

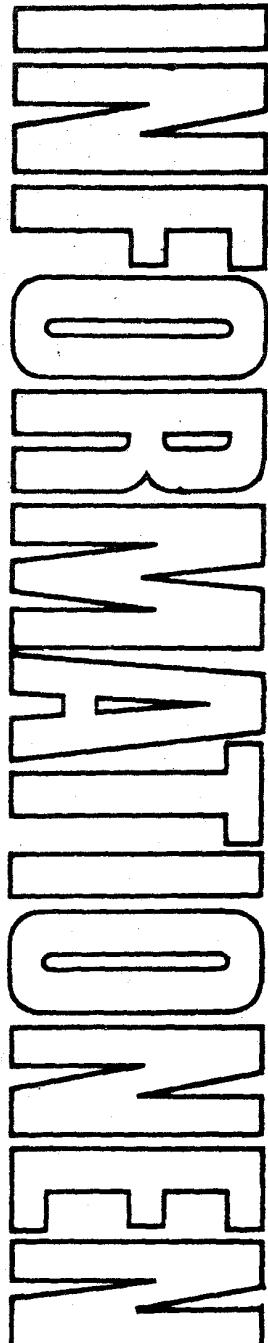
INTERNATIONALE

Der Opportunismus der TKP/ML(B)

IV.

Das bürokratische Konzept
und das revisionistische
Disziplinverständnis
des ZK der TKP/ML(B) ~

Absage an den Aufbau der
marxistisch-leninistischen
Partei des Proletariats



Redaktion ROTE FAHNE, Zentralorgan der MLPÖ

Redaktion WESTBERLINER KOMMUNIST, Organ für den
Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei
Westberlins

Redaktion GEGEN DIE STRÖMUNG, Organ für den Aufbau
der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

15

März 1983

4,50 DM 30 öS

INHALTSVERZEICHNIS

VORBEMERKUNG	5
A. DIE ZWEITE PARTEIKONFERENZ DER TKP/ML(B) UND DAS BÜROKRATISCHE KONZEPT DES ZK DER TKP/ML(B)	14
1. Der auf der 2.Parteikonferenz der TKP/ML(B) unternommene Versuch, den ideologischen Liberalismus und Opportunismus in eine bürokratische Form zu zwängen	14
a) Der mit der 2.Parteikonferenz der TKP/ML(B) verbundene Versuch, in bürokratischer Weise die Parteilinie "zentral festzulegen" und die Diskussion "abzuschließen"	15
b) Eine offene Verhöhnung der bewußten Parteidisziplin: "Jetzt w i s s e n alle Genossen, in welchen Punkten wir welche Positionen haben"	18
c) Bürokratisch-revisionistischer Versuch, den Parteimitgliedern den Mund zuzusperren	19
d) Die "weise Führung" arbeitet die Linie aus, die Parteimitglieder dürfen die von der Führung ausgearbeiteten Ansichten "verbreiten"	22
2. Der auf der 2.Parteikonferenz unternommene Versuch, den demokratischen Zentralismus außer Kraft zu setzen	23
a) Liquidierung der Parteiorganisation durch die Zentrale Leitung der TKP/ML(B)	23
b) Versuch der Liquidierung des demokratischen Zentralismus durch Blankovollmacht für das ZK	27
c) Ein bürokratisches Konzept, in dem vom demokratischen Zentralismus nichts übrigbleibt	30
B. OFFENE VERFÄLSCHUNG UND REVISION DES MARXISMUS-LENINISMUS ZUR VERTEIDIGUNG DES BÜROKRATISCHEN KONZEPTS UND DES REVISIONISTISCHEN DISZIPLIN-VERSTÄNDNISSES DES ZK DER TKP/ML(B)	33
I. ALLSEITIGE REVISION DES LENINISMUS IN DER FRAGE VON BESCHLUSSFASSUNG, BESCHLUSSDURCHFÜHRUNG UND INNERPARTEILICHEM KAMPF	37

1. Revision Stalins, um "blinde" Disziplin durchzusetzen und um den innerparteilichen Kampf gegen den Opportunismus zu verunmöglichen	37
a) Revisionistische Entstellung von Stalins "Grundlagen des Leninismus"	37
b) "Noch ein offeneres Beispiel" für den Revisionismus des ZK der TKP/ML(B)	41
2. Revision des Statuts der KPR(B), um die Freiheit der Kritik und Debatte nach Beschußfassung zu liquidieren	43
3. Revision des Statuts der Kommunistischen Internationale im Sinne der Durchsetzung einer "blinden" Disziplin	45
4. Der revisionistische Standpunkt, daß es genüge, vor der Beschußfassung zu diskutieren, bereitet der Entartung der Partei den Weg	48
5. Die Dühringsche Erfindung einer bloßen "Wie"-Diskussion, in der die kritische Erörterung des "Was" verboten ist	50
6. Revisionistische Spekulationen mit der "Unionsdebatte"	52
★	
II. REVISION DER ALLGEMEINGÜLTIGEN LEHREN DES LENINISMUS ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT DER DEBATTE VON PARTEITAGSBESCHLÜSSEN NACH DEM PARTEITAG	56
1. Das ZK der TKP/ML(B) leugnet die grundsätzliche Notwendigkeit der Debatte von Parteitagsbeschlüssen	57
2. Offene Revision der Prinzipien des Leninismus unter dem Vorwand der "konkreten Bedingungen": Debatte der Parteitagsbeschlüsse nur erlaubt, wenn zwei Linien bestehen und die falsche vorherrscht	60
3. Eine für den Opportunismus typische Konfusion	64
4. In flagranter Verletzung der marxistisch-leninistischen Parteidisziplin sabotiert das ZK der TKP/ML(B) die Durchführung der Parteikonferenzbeschlüsse	66

5. Ein dem Leninismus diametral entgegengesetztes Verständnis von "ZK-Disziplin"	69
6. Sabotage an der öffentlichen Debatte der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B)	71
SCHLUSSBEMERKUNG	74

ANMERKUNG: Das ZK der TKP/ML(B) versucht mit allen Mitteln, die offene und öffentliche Debatte der grundlegenden Widersprüche zu verhindern 77

Alle Hervorhebungen sind von uns, falls sie nicht anders gekennzeichnet sind.

Alle Papiere, aus denen in der vorliegenden Nummer zitiert wurde und die noch nicht veröffentlicht wurden, können von uns als Kopien angefordert werden.

VORBEMERKUNG

oooooooooooooo

Im Mittelpunkt des ersten Teils unserer Kritik am Opportunismus der TKP/ML(B) steht die Vorgeschichte und die Entwickl lung der TKP/ML(B), die schließlich dazu geführt hat, daß in dieser Organisation der Opportunismus vorherrscht.

Gegenstand des zweiten und dritten Teils dieser Kritik sind Grundfragen der ideologischen und politischen Linie der TKP/ML(B), ihre den proletarischen Internationalismus mit Füßen tretenden Standpunkte und ihre rechtsopportunistische Nachtrabpolitik.

Im vorliegenden vierten Teil geht es vor allem um die Grundfragen des ideologischen Kampfes beim Parteiaufbau, um jene opportunistischen Standpunkte und Methoden, die das bürokratische Konzept des ZK der TKP/ML(B) im allgemeinen und dessen revisionistisches Disziplinverständnis im besonderen kennzeichnen.

Solange wir den Opportunismus und Revisionismus in der ideologischen und politischen Linie der TKP/ML(B) bzw. vorher auch schon der TKP/ML kritisieren, solange kritisieren und bekämpfen wir auch schon bürokratische Abweichungen und Konzeptionen sowie bürokratisch-revisionistische Entstellungen auf dem Gebiet des ideologischen Kampfes und der Disziplin der TKP/ML(B), die den Aufbau einer wirklich marxistisch-leninistischen Partei des Proletariats unmöglich machen. Das ist durchaus kein Zufall, sondern bringt einen gesetzmäßigen Zusammenhang zum Ausdruck, der tiefgehend verstanden werden muß.

1.

Ohne marxistisch-leninistische Partei, die proletarisches Bewußtsein in die Arbeiterklasse - wie Lenin lehrt - von außen, das heißt von einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse hineinträgt, indem sie durch eine auf der Verteidigung und konsequenten Anwendung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus beruhende Analyse der internationalen Realität und aller Klassen und Schichten im eigenen Land eine fundierte Propaganda und Agitation betreibt und eine klare Zielsetzung der Arbeiterklasse bewußtmacht - ohne eine solche marxistisch-leninistische Partei kann die Arbeiterklasse ihre Hegemonie über die werktätigen Massen im Kampf gegen die Bourgeoisie und jegliche Reaktion nicht verwirklichen.

Die Partei der Arbeiterklasse schafft die Bewußtheit und Organisiertheit der Mehrheit der Arbeiterklasse in einem langwierigen Prozeß des Kampfes gegen Revisionismus und Opportunismus innerhalb der Arbeiterklasse und innerhalb der eigenen Reihen. Durch diesen Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus, der untrennbar mit den Klassen-

schlachten der Arbeiterklasse gegen den Imperialismus verbunden ist und ihm dient, werden die Avantgarde des Proletariats und die revolutionären Kräfte überhaupt erhärtet und gestählt.

Der D i s z i p l i n b e g r i f f des Marxismus-Leninismus ergibt sich aus dem Wesen, der Funktion, den Aufgaben und Zielen der bolschewistischen Partei. Lenin, der verfocht, daß die Kommunisten stets auf ihrem Recht bestehen und die volle Möglichkeit haben müssen, den "entschiedensten, offenstein und schonungslosesten ideologischen Kampf" zu führen, schrieb:

"Es fragt sich nun, wie dieser rücksichtslose ideologische Kampf mit der P a r t e i d i s z i p l i n des Proletariats zu vereinbaren ist. Diese Frage muß offen gestellt und unverzüglich und restlos geklärt werden..."

G r u n d s ä t z l i c h haben wir schon wiederholt unsere Ansichten über die Bedeutung der Disziplin und den Begriff Disziplin in der Arbeiterpartei dargelegt. Einheit der Aktion, Freiheit der Diskussion und der Kritik (*) - so lautet unsere D e f i n i t i o n . Nur eine solche Disziplin ist der demokratischen Partei der fortgeschrittensten Klasse würdig. Die Kraft der Arbeiterklasse ist die Organisation. Ohne Organisation der Massen ist das Proletariat nichts. Organisiert ist es alles. Organisiertheit ist Einheit der Aktion, ist Einheit des praktischen Handelns. Selbstverständlich sind aber alle Aktionen und alles Handeln nur deshalb und nur insoweit von Wert, als sie vorwärtsbringen und nicht zurückwerfen, als sie das Proletariat ideologisch zusammenschweißen, es heben und nicht herabdrücken, nicht korrumpern, nicht schwächen. Organisation ohne ideologischen Inhalt ist ein Unfug, der die Arbeiter in der Praxis in klägliche Nachläufer der machthabenden Bourgeoisie verwandelt. Deshalb erkennt das Proletariat keine Einheit der Aktion ohne Freiheit der Diskussion und der Kritik an.

Deshalb dürfen klassenbewußte Arbeiter niemals vergessen, daß es so ernsthafte Verletzungen der Prinzipien geben kann, daß der Bruch aller organisatorischen Beziehungen zur Pflicht wird."

(Lenin, "Der Kampf gegen die kadettisierenden Sozialdemokraten und die Parteidisziplin", 1906, LW 11, S. 314 f.)

Dieser prinzipielle Gedanke Lenins erweist sich im Kampf gegen den modernen Revisionismus von höchster Aktualität.

An anderer Stelle erläuterte Lenin, worauf die bewußte, sich auf den "ideologischen Inhalt" des Marxismus-Leninismus stützende, dem Kampf für den Kommunismus dienende Disziplin beruht:

"Wodurch wird die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats aufrechterhalten? Wodurch wird sie kontrolliert? Wodurch gestärkt? Erstens durch das Klassenbewußtsein der proletarischen Avantgarde und ihre Ergebenheit für die Revo-

(*) Hervorhebung im Original

lution, durch ihre Ausdauer, ihre Selbstaufopferung, ihren Heroismus. Zweitens durch ihre Fähigkeit, sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, aber auch mit den nichtproletarischen werktätigen (*) Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grad sogar mit ihnen zu verschmelzen. Drittens durch die Richtigkeit der politischen Führung, die von dieser Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik, unter der Bedingung, daß sich die breisten Massen durch eigene Erfahrung (*) von dieser Richtigkeit überzeugen. Ohne diese Bedingungen kann in einer revolutionären Partei, die wirklich fähig ist, die Partei der fortgeschrittenen Klasse zu sein, deren Aufgabe es ist, die Bourgeoisie zu stürzen und die ganze Gesellschaft umzugestalten, die Disziplin nicht verwirklicht werden. Ohne diese Bedingungen werden die Versuche, eine Disziplin zu schaffen, unweigerlich zu einer Fiktion, zu einer Phrase, zu einer Farce."

(Lenin, "Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, LW 31, S.9)

Das ist auch ganz klar: Eine Organisation, die nicht über eine richtige ideologische und politische Linie verfügt, welche im bewußten ideologischen Kampf gegen den Opportunismus, im unversöhnlichen innerparteilichen Kampf, unter Überwindung der Fehler durch Kritik und Selbtkritik sowie durch offene und öffentliche Rechenschaftslegung vor den Massen ausgearbeitet und verwirklicht wird, eine solche Organisation kann in ihren eigenen Reihen keine bewußte Disziplin schaffen, eine solche Organisation kann durch ihre theoretische und praktische Tätigkeit keine wirklich proletarische Disziplin in die Reihen der Arbeiterklasse und der kämpfenden Massen überhaupt bringen.

In formal-demokratischen, bürgerlichen oder revisionistischen Parteien kann es keine bewußte Disziplin geben. Denn solche Parteien dienen der Erhaltung und Festigung jener Ausbeuterordnung, in der die breiten Massen nicht nur politisch unterdrückt, wirtschaftlich ausgebeutet, sondern auch geistig versklavt werden, in der sie über ihre wirkliche Lage in Unwissenheit gehalten, ihre Initiative niedergehalten, ihre selbsttätige Aktivität unterdrückt wird.

Nur eine wirklich kommunistische Partei kann die Verkörperung wirklich bewußter und eiserner Disziplin sein, denn nur sie kämpft für die Zerschlagung jeglicher Ausbeuterordnung. Nur sie kämpft, um die Arbeiterklasse mit dem Bewußtsein ihrer historischen Mission zu erfüllen, sie dafür zu organisieren und in den Kampf zu führen.

2.

Der gesamte Kampf gegen den modernen Revisionismus hat gezeigt und zeigt das auch weiterhin, daß die Durchsetzung einer revi-

(*) Hervorhebung im Original

sionistischen Linie, die Usurpierung der Parteiführung durch Revisionisten-Cliquen in einer marxistisch-leninistischen Partei oder Organisation n o t w e n d i g damit einhergeht, daß die bewußte bolschewistische Disziplin durch die "blinde" revisionistische Disziplin ersetzt wird. Da die Revisionisten und Opportunisten nicht offen für ihre schändlichen Ziele kämpfen können und nicht in der Lage sind, sich auf dem Parteiewege einer echten ideologischen Auseinandersetzung zu stellen, müssen sie alles tun, um auf administrativ-disziplinarischem Wege den Widerstand und den Kampf der Marxisten-Leninisten zu ersticken. Deshalb lassen sie nichts unversucht, damit

- den Marxisten-Leninisten in der Partei die Möglichkeit genommen wird, im innerparteilichen Kampf den Opportunismus zu bekämpfen;
- die offene und öffentliche Debatte ersetzt wird durch die "diplomatische" Intrige, um hinter dem Rücken der Partei- und Arbeitermassen Ränke zu schmieden;
- die Kritik und Selbstkritik verunmöglich wird;
- die Normen der innerparteilichen Demokratie außer Kraft gesetzt und durch eine revisionistische Willkürherrschaft ersetzt werden, um bewußte Entscheidungen der Parteimassen zu verhindern und mit bürokratischen Tricks revisionistische Entscheidungen herbeizuführen;
- der demokratische Zentralismus gegen jeglichen revolutionären Widerstand zum bürokratischen Zentralismus entartet, als Knüppel, um gegen Kritik und Widerstand mit Represalien und Ausschlußterror, also bürokratisch, vorzugehen;
- extrem rechte Opportunisten aller Schattierungen zugelassen werden und sie sich selbst als angebliche Kämpfer gegen rechts profilieren können, um die wirklichen Linken besser schlagen zu können.

Genau das taten die Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten, um ihre revisionistische L i n i e , ihre revisionistischen B e s c h l ü s s e des XX. Parteitags der KPdSU im Jahre 1956 durchzusetzen. Das alles mußten sie tun, um ihre konterrevolutionäre Politik der ganzen Partei, den Massen der Arbeiterklasse und Werktätigen von oben bis unten aufzuzwingen und jeden Widerstand dagegen - den es sehr wohl gab - mit den Mitteln der administrativen, bürokratischen, staatlichen Gewalt niederrzuschlagen, wodurch sie die ruhmreiche KPdSU(B) Lenins und Stalins entarten ließen und wodurch sich die Diktatur des Proletariats folglich zu einer konterrevolutionären Diktatur der neuen Bourgeoisie verkehrte.

Als nach dem Tode Mao Tse-tungs die Deng-Hua-Revisionisten vollständig die Macht in der KP Chinas und im Staate Chinas an sich rissen und die Revolutionäre und Marxisten-Leninisten liquidierten, propagierten sie in den Fußstapfen der Chruschtschow-Revisionisten ebenfalls eine revisionistische Auf-fassung von Disziplin, die in dem Aufruf zum Kadavergehorsam

gipfelte: "In allen Aktionen dem Kommando des vom Vorsitzenden Hua geführten ZK der Partei folgen!" Mit dieser Propaganda einer "ZK-Disziplin" sollte unter den Parteikadern und unter den Massen sklavische Folgsamkeit gezüchtet werden, um sich gefügige Werkzeuge zur Durchsetzung und Durchführung der revisionistischen Linie zu schaffen.

Auch in der Partei der Arbeit Albaniens zeigte sich bereits vor Jahren "die Gefahr der praktischen Verunmöglichung jeglicher Kritik an als falsch betrachteten Beschlüssen und Direktiven der einzelnen Parteinstanzen und somit die Gefahr eines Abgleitens zu Formen des revisionistischen Gehorsams in der Partei" ("Über den Klassenkampf in der marxistisch-leninistischen Partei", MLSK Nr. 2/79, Vorbemerkung des Herausgebers, S. 27). Das hat die Durchsetzung einer revisionistischen Linie in der Partei der Arbeit Albaniens erleichtert und diente ihr.

Ein solch bürokratisch-revisionistisches Disziplinverständnis wird von jeher auch von solchen Pseudomarxisten und Nachbetern der modernen Revisionisten wie der westdeutschen Aust-"KPD" (ganz ohne "ML") propagiert, die es überhaupt verbietet, "die Partei am Ort oder im Landesbezirk gegen das Z e n t r a l - k o m i t e e (zu) beeinflussen bzw. (zu) mobilisieren" (IV. Parteitag der "KPD"). Damit wird offensichtlich jegliche Kritik an der Parteiführung von vornherein unmöglich und zu einem "Disziplinbruch" gemacht, was ganz dem revisionistischen Slogan entspricht: "Die Partei, die Partei, die hat immer recht."

3.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben drastisch gezeigt:

- Alle jene sich als marxistisch-leninistisch vorstellenden Organisationen und Parteien, welche nicht gerade auch die Grundfragen des innerparteilichen Kampfes, der offenen und öffentlichen Polemik gegen den Opportunismus, der innerparteilichen Demokratie, der revolutionären Disziplin, des demokratischen Zentralismus usw. bewußt im Kampf gegen den Einfluß des modernen Revisionismus angepackt haben, können nicht allseitig und tiefgehend mit ihrem revisionistischen "Erbe", mit ihrem revisionistischen Ballast brechen und führen, früher oder später offen zutage tretend, bei sich selbst ein bürokratisch-revisionistisches Regime ein, das notwendigerweise jeden wirklichen Ansatz zum Neuaufbau einer marxistisch-leninistischen Partei im Keim ersticken muß. Und mehr noch: Das Festhalten, der Ausbau und die Systematisierung bürokratisch-revisionistischer Methoden und Konzeptionen ist untrügliches Anzeichen und alarmierendes Indiz dafür, daß massive Bestrebungen, wenn nicht eine ganze opportunistisch-revisionistische Führungsgruppe vorhanden sind, die darauf hinwirken und darauf hinarbeiten, einen opportunistischen politischen Kurs, eine revisionistische ideologische und politische Linie durchzusetzen.

Die Entwicklung erst der TKP/ML und dann auch der TKP/ML(B) hat das einmal mehr drastisch gezeigt.

4.

Mehr als zehn Jahre sind es her, seitdem Ibrahim Kaypakkaya im Kampf gegen den Bürokratismus der Aydinlik-Revisionisten nachgewiesen hatte, daß die sogenannte "Parteidisziplin" der Aydinlik-Şafak-Revisionisten in Wirklichkeit die "bürgerliche Disziplin über die proletarische Idee" war, daß die Marxisten-Leninisten in der Aydinlik-Şafak-Organisation, die fest in der Hand einer unverbesserlichen Revisionisten-Clique war, "kein Lebensrecht mehr" hatten, daß den Revolutionären gegenüber die "Beraubung jeglicher Kritikmöglichkeit" betrieben wurde. (Siehe: "Allgemeine Kritik am Şafak(Aydinlik)-Revisionismus", S. 46/47)

Besonders nach dem Tode Ibrahim Kaypakkayas, des Gründers der TKP/ML, wäre es unbedingt nötig gewesen, den von Ibrahim Kaypakkaya begonnenen Kampf selbstkritisch auszuwerten, um einerseits die großartigen Verdienste Ibrahim Kaypakkayas in diesem Kampf als eine starke Waffe und einen wichtigen Erfahrungsschatz der jungen TKP/ML bewußt zu machen, andererseits aber auch um die Unzulänglichkeiten, Schwächen und Fehler des von Ibrahim Kaypakkaya begonnenen Kampfes in solidarischer Offenheit aufzudecken und zu korrigieren.

Das alles wäre eine wichtige Voraussetzung gewesen, um nach dem organisatorischen Bruch mit den Aydinlik-Şafak-Revisionisten auch tiefgehend ideologisch zu brechen. Die führenden Kader, die den Kern der jungen, aus "Aydinlik" hervorgegangenen TKP/ML bildeten, waren zum Teil lange Zeit in der bürokratisch-revisionistischen Disziplin, in dem bürokratisch-revisionistischen Organisationsverständnis der Aydinlik-Partei erzogen worden. Ihr Bewußtsein und ihre politische "Gewohnheit" war demzufolge mit Notwendigkeit in hohem Maße von revisionistisch-opportunistischen und bürokratischen Vorstellungen und Ideen beeinflußt und geprägt worden.

Erst recht galt das für jenen Teil der TKP/ML, der sich erst 1974/75 im Ausland der TKP/ML anschloß und aus dem auch fast der ganze Führungskern der heutigen TKP/ML(B) stammt. Diese Kader waren unmittelbar an dem Kampf Ibrahim Kaypakkayas und jener Kräfte, die 1973 in der Türkei die TKP/ML gründeten, gar nicht beteiligt gewesen. Bis Ende 1974 befanden sie sich noch in den Reihen der revisionistischen Aydinlik-Partei.

Der unbedingt nötig gewesene Kampf für den allseitigen bewußten Bruch mit dem Aydinlik-Revisionismus, der als Teil des umfassenden Kampfes gegen die internationale Strömung des modernen Revisionismus hätte geführt werden müssen, fand jedoch nicht, und gerade auch nicht in den Grundfragen des Parteiaufbaus, statt.

Das rächte sich in der jungen TKP/ML, die sich besonders nach dem Tode Ibrahim Kaypakkayas und nach den schweren Schlägen

von seiten der herrschenden Klassen der Türkei in einem Kampf auf Leben oder Tod befand, sehr bitter.

Schon nach kurzer Zeit traten, besonders in der Frage der Disziplin, erschreckende Auswüchse zutage, die man nur als alarmierende Entartungserscheinungen bezeichnen kann. Extrem bürokratische Praktiken und Einstellungen gehörten bald zum Standardarsenal in der TKP/ML. Wir werden darauf im weiteren noch zurückkommen. Der Kampf dagegen kam in der Partei über ganz unzureichende Ansätze nicht hinaus. Auch die I.Konferenz der TKP/ML im Februar 1978 änderte an diesem Zustand nichts Grundlegendes. Die Bruderorganisationen kritisierten bereits damals, daß sich die "Selbstkritik" dieser I.Konferenz der TKP/ML "nicht tiefgehend mit der Frage des demokratischen Zentralismus auseinandersetzt". Sie warnten vor der "A d - m i n i s t r i e r k r a n k h e i t", die hinter den bürokratisch-revisionistischen Handlungsweisen der TKP/ML vermutet werden konnte, und werteten das als womöglich "ein sehr böses Zeichen für die Zukunft". (Siehe "Der Opportunismus der TKP/ML(B), I., Zur Vorgeschichte und Entwicklung der TKP/ML(B): Eine Kette versäumter Möglichkeiten und mißachteter Notwendigkeiten", "Internationale Informationen", Nr. 12, S. 19.)

Da den Fehlern nicht ernstlich zu Leibe gerückt wurde - auch nicht von der RK/A-Opposition (★) -, mußten sich diese notwendigerweise vertiefen und systematisieren. Auf der II.Parteikonferenz der TKP/ML im Februar 1981 zeigte sich endgültig, daß in dieser Partei keine innerparteiliche Demokratie, kein demokratischer Zentralismus und keine bewußte proletarische Disziplin herrschen, sondern ein bürokratisches Konzept verfolgt wird. Das zeigte auch die organisatorisch-administrative Liquidierung der RK/A-Opposition, die in der Partei den offen revisionistischen Kurs der II.Parteikonferenz der TKP/ML kritisierte.

In der Auseinandersetzung mit dem Bürokratismus und dem Revisionismus des 2. ZK der TKP/ML proklamierte die TKP/ML(B), nun endlich mit den unseligen bürokratisch-revisionistischen Praktiken und Einstellungen Schluß zu machen. Doch ein wirklicher Bruch fand wieder nicht statt!

So waren die Bruderorganisationen GDS, WBK und MLPÖ, kaum ein Jahr, nachdem sie das bürokratische Konzept des 2. ZK der TKP/ML entlarvt und bekämpft hatten, auf der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) im Februar 1982 erneut gezwungen, ein ganzes bürokratisches Konzept der Führung der TKP/ML(B) zu bekämpfen, und inzwischen müssen wir entlarven, daß das ZK der TKP/ML(B) zur offenen Revision des Marxismus-Leninismus übergegangen ist, um sein bürokratisches Konzept gegen die marxistisch-leninistische Kritik der Bruderorganisationen und gegen die Kritik aus der eigenen Partei zu verteidigen, weiterzuverfolgen und umzusetzen.

Vor dem Hintergrund dieser verhängnisvollen Entwicklung, die bereits die schlimmsten Folgen zeigt, halten wir es für nötig,

(★) RK/A = Regionalkomitee Ausland

grundsätzlich herauszuarbeiten und zu beweisen, daß das ZK der TKP/ML(B) und all jene, die ihm kritiklos folgen, nicht mit dem Opportunismus der "alten" TKP/ML gebrochen haben, daß sie im Kern demselben bürokratisch-revisionistischen Konzept folgen wie das revisionistische 2. ZK der TKP/ML nach der II.Parteikonferenz der TKP/ML im Jahre 1981.

5.

Unserer Meinung nach lag hier der Schlüssel für die Entwicklung der TKP/ML(B) in die eine oder andere Richtung, vorwärts zum Bruch mit dem revisionistischen und bürokratischen Ballast auf dem Wege einer marxistisch-leninistischen Entwicklung oder rückwärts zu den Standpunkten und Methoden der Partizan-Opportunisten, bei der 2. Konferenz der TKP/ML(B).

Wir haben die Bedeutung dieser 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) immer wieder als sehr positiv gewürdigt und tun das auch weiterhin, weil diese Parteikonferenz in einer bereits äußerst verfahrenen Situation noch einmal sehr große Möglichkeiten für eine marxistisch-leninistische Vorwärtsentwicklung der TKP/ML(B) eröffnet hatte.

Aber bereits auf der Konferenz selbst zeigte sich, was heute auch praktisch immer deutlicher wird: Die 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) konnte eine positive Wirkung nur im ausgesprochenen Gegensatz zu den Ansichten und Konzeptionen der TKP/ML(B)-Führung haben. Sie konnte ein vorwärtsbringendes Ergebnis nur dort haben, wo sie sich gegen die Ansichten und Absichten der Führung der TKP/ML(B) richtete, wie sie beispielsweise in den von dieser Führung vorgelegten Dokumententwürfen zum Ausdruck kamen.

Was die 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) gemäß den Vorstellungen der Führung der TKP/ML(B) sein sollte und was sie dann - vor allem aufgrund der heftigen Kritiken der Bruderorganisationen - wirklich war, sind zwei ganz verschiedene Dinge, die streng auseinander gehalten werden müssen, denn sonst kann man die ganze folgende Entwicklung nicht richtig verstehen.

Auf der 2. Parteikonferenz versuchte die Führung der TKP/ML(B) mit einem bürokratischen Konzept eine opportunistische Linie durchzusetzen. Das soll im folgenden bewiesen werden.

Außerdem soll im folgenden bewiesen werden, daß ein ganz direkter Zusammenhang besteht zwischen dem bürokratischen Konzept, welches die Führung der TKP/ML(B) auf der 2. Konferenz durchzusetzen suchte, und den revisionistischen Entstellungen und Verfälschungen der Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus durch das ZK der TKP/ML(B).

Gerade in der revisionistischen Position, daß "im allgemeinen bei allen Beschlüssen ... die Diskussion nicht ... nach dem Beschuß geführt wird" ("Unsere Haltung zu unserer Durchführung der Diskussion mit GDS über den Roten 1.Mai in Westdeutschland am 1.Mai 1982" in: GDS-Info 12/82, S.21 - Rohübersetzung) kommt

deutlich zum Vorschein, wie die Revision der Theorie des Marxismus-Leninismus dem ZK dazu dient, in der Praxis den opportunistischen Weg zu gehen, diesen zu bemänteln und zu rechtfertigen.



Da wir in den bisherigen Teilen dieser Kritik bereits ausführlich die revisionistische Linie des ZK der TKP/ML(B) behandelt haben, werden wir in diesem Teil darauf nicht mehr genauer eingehen und uns auf die revisionistischen Methoden und bürokratischen Konzeptionen konzentrieren, die der Durchsetzung dieser revisionistischen Linie entsprechen und dieser dienen.

Wir werden in dem vorliegenden Teil auch nicht mehr im Detail jene Fragen behandeln, die bereits in der Gemeinsamen Erklärung "Kritik an der Linie der TKP/ML(B)" (RF Nr.207, GDS Nr. 30, WBK Nr.27) in dem Abschnitt "Grundlegende bürokratische Fehler auf organisatorischem Gebiet" dargelegt worden sind.



A. DIE ZWEITE PARTEIKONFERENZ DER TKP/ML(B) UND DAS BÜROKRATISCHE KONZEPT DES ZK DER TKP/ML(B)

1. Der auf der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) unternommene Versuch, den ideologischen Liberalismus und Opportunismus in eine bürokratische Form zu zwängen
-

In den "Internationalen Informationen" Nr. 12, 13 und 14 haben wir bereits ausführlich dargelegt, daß die TKP/ML(B) nach der Spaltung in der Theorie- und Praxis in erschreckender Weise auf die opportunistischen Positionen einer ausgesprochenen Nachtrabpolitik abglitt ("Grüne", 12. September usw.).

Auch ideologisch war die Lage durch extremen Liberalismus gekennzeichnet. Es herrschte eine Atmosphäre der "Freiheit der Kritik", die von der Führung der TKP/ML(B) gefördert wurde mit der Begründung, daß man sich erst einmal "kennenlernen" müßte. So heißt es im Rechenschaftsberichtsentwurf für die 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B):

"Die vergangenen 10 Monate waren eine Vorbereitungszeit für eine neue Organisierung, eine Zeit des Kennenlernens der Genossen, die mit uns zusammenarbeiten, eine Zeit, in der die Meinungen, die in unseren Reihen existieren, sich herausstellen sollten. Wir haben in unserer Vergangenheit durch die Verheimlichung von Anschauungen viele schlechte Erfahrungen gemacht. Deswegen haben wir in dem neuen Arbeitsabschnitt alles nur Mögliche unternommen, damit die Meinungsverschiedenheiten an die Oberfläche kamen. Wir haben uns bemüht, eine Situation zu schaffen, in der jeder seine Meinung frei in der Diskussion vertreten konnte."

("Rechenschaftsbericht der Zentralen Leitung (Entwurf)", S. 12)

Selbstverständlich haben wir nichts dagegen, daß die existierenden Meinungsverschiedenheiten "an die Oberfläche kamen". Doch der Leninismus fordert nicht nur, daß die Gegensätze in der Partei aufgedeckt werden, sondern vor allem, daß die falschen Ansichten in der Partei unversöhnlich bekämpft werden, daß der innerparteiliche Kampf um die prinzipielle Linié entfaltet wird, um die Widersprüche im ideologischen Kampf zu überwinden.

Dabei muß man sich vor Augen halten, wie tief die Meinungsunterschiede waren. Im "Rechenschaftsbericht der Zentralen Leitung (Entwurf)" zur 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) heißt es etwa, daß es im eigenen Umkreis, unter den organisierten Sympathisanten, Leute gab, die der Meinung sind, daß man Mao Tse-tung "nach 1956 als Revisionisten einschätzen muß". Andere vertreten, daß Stalin "nicht zu den Klassikern zu zäh-

len sei" (ebenda, S. 11), wieder andere, "einige Genossen sowohl in unseren Reihen als auch in unserer Peripherie", vertreten, daß man erst beweisen müsse, daß die heutige UdSSR sozialimperialistisch ist und man bis dahin "vertreten muß, daß sie sozialistisch sei". ("Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B), III, Zur 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B)", S. 62)

In dem "Rechenschaftsbericht der Zentralen Leitung (Entwurf)" wird überhaupt nicht ausgeführt, wie, mit welchem Erfolg, mit welcher Wirksamkeit, denn gegen diese revisionistischen Auffassungen der Kampf geführt wurde. Man erfährt nicht, welche Fehler in diesem Kampf gemacht wurden usw. Man erfährt deshalb nichts, weil dieser Kampf nicht wirklich geführt worden ist.

Gegen das Wuchern opportunistischer Ansichten, die der Führung der TKP/ML(B) nicht in den Kram paßten - diese Führung vertritt und vertrat selbst opportunistische Ansichten - sah sich die TKP/ML(B)-Führung nach einer Lösungsmöglichkeit um und landete "spontan" prompt wieder bei "Altbewährtem", dem von der TKP/ML her gewohnten bürokratischen Konzept.

- a) Der mit der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) verbundene Versuch, in bürokratischer Weise die Parteilinie "zentral festzulegen" und die Diskussion "abzuschließen"

Die einleitende Passage des Dokumententwurfs "Über unsere Linie und unser Verständnis der Disziplin" wirft ein gretles Licht auf das bürokratische Verständnis der Führung der TKP/ML(B). Dort heißt es:

"In der Vergangenheit haben wir in der Partei über fast alle Fragen Diskussionen geführt. Wir haben nicht verhindert, daß unsere Genossen in vielen Fragen, auch in den Fragen, in denen eine klare, zentrale Meinung vorhanden war, nach außen ihre eigene Meinung vertraten und sie verbreiteten. Obwohl wir auf der 1. Konferenz festgestellt hatten, daß die Auffassungen, die nicht kritisiert wurden, nach wie vor gültig sind, erweckten wir in der Praxis den Anschein, als ob unsere Organisation in fast keiner Frage eine festgelegte Meinung besitzt. Da in Fragen wie Einschätzung unserer Linie in der Vergangenheit, Charakter der Partei usw. zentral keine eindeutige Haltung vertreten wurde, war jeder Sympathisant gezwungen, nach außen hin eine andere Meinung zu vertreten. ... Da nicht eindeutig festgelegt war, welche Fragen Gegenstand einer Diskussion waren und in welchen Punkten wir zentral eine vereinheitlichte Position vertraten, erweckten wir eben den Anschein, eine Organisation zu sein, die in keiner Frage eine feste Auffassung hat.

Wir sind uns über die schädliche Wirkung, die diese Situa-

tion hervorbrachte, völlig bewußt und erachten es für notwendig, zentral festzulegen und zu bestimmen, in welchen Punkten die Diskussion ausreichend geführt wurde und wir eine eindeutige Position besitzen und in welchen Fragen eine Diskussion geführt wird und wie der Entwicklungsstand und die Entwicklungsrichtung der Diskussion ist. In diesem Zusammenhang wollen wir auch unsere Haltung hinsichtlich der Genossen darlegen, die unterschiedliche Auffassungen vertreten."

("Dokumente zur Debatte...", III, a.a.O., S. 52)

Der Dokumentenentwurf "Über unsere Linie und unser Verständnis der Disziplin" sollte also zum Beschuß erhoben werden, um den "Anschein" zu beseitigen, als ob die TKP/ML(B) "in fast keiner Frage eine festgelegte Meinung besitzt". Mit Annahme dieses Beschlusses sollte auch verhindert werden, daß "nach außen" eigene Ansichten - unter denen man offenbar von vornherein abweichen würde vermutete - vertreten werden. Durch diesen Beschuß sollte "zentral" die zu vertretende Linie festgelegt und ebenso "zentral" bestimmt werden, worüber diskutiert werden dürfe und worüber nicht.

Im selben Sinne heißt es auch im "Rechenschaftsbericht der Zentralen Leitung (Entwurf)" an die 2. Parteikonferenz:

"Die Diskussion zu einem Thema wird solange geführt, bis die Mehrheit, nachdem die verschiedenen Ansichten klar herausgestellt wurden und miteinander kämpfen konnten, ihre Meinung festlegt. Nachdem dieser Prozeß durchlaufen ist, ist dieses Thema keine Sache mehr, die zur Diskussion steht. Das trifft auch auf die oben angeschnittenen Fragen zu (Einschätzung Mao Tse-tungs, Haltung zu Stalin, Sowjetunion als sozialimperialistisches Land, Adv).

Die große Mehrheit der Organisation hat ihre Ansichten zu den oben genannten Thesen dokumentarisch mit Begründungen darlegt. Die Konferenz muß diese Dokumente offiziell beglaubigen und offiziell die Diskussion zu diesem Thema beenden." (ebenda, S.11)

Kurzum, die Führung der TKP/ML(B) meinte, die ganze Situation durch die Verabschiedung eines Beschlusses beheben zu können. Das war in mehrerer Hinsicht ganz falsch und schädlich.

Erstens war es so, daß die gesamte 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) völlig unzureichend vorbereitet worden war, daß es buchstäblich keine Frage gab, in der "die Diskussion ausreichend geführt" worden war, so daß sorgfältig ausgearbeitete und kollektiv diskutierte Dokumentenentwürfe zu den Grundfragen "unserer Linie" gemäß den Prinzipien des demokratischen Zentralismus und speziell gemäß den Prinzipien der innerparteilichen Demokratie und der in der revolutionären Öffentlichkeit geführten Debatte hätten angenommen werden können.

Zum Beispiel wurde "Die Frage der Einschätzung der Vergangenheit der Partei und der Einschätzung Ibrahim Kaypakkayas"

als eine jener Fragen hingestellt, in der angeblich die "Diskussion ausreichend geführt" worden sei und man angeblich eine "eindeutige Position" besitze. Das war jedoch überhaupt nicht der Fall. Somit sollte, ohne eine umfassende Diskussion an der Parteibasis durchgeführt zu haben, über Thesen über Verdienste und Fehler Ibrahim Kaypakkayas abgestimmt werden. Dieser Versuch, der theoretisch in eine ganz falsche Richtung lief und auch viel zu unausgegoren war, hat einem demokratisch-zentralistischen Konzept widersprochen, da eine gründliche Diskussion der Schriften Ibrahim Kaypakkayas die Voraussetzung ist, um über solche Thesen abstimmen zu lassen. Ein solch bürokratisches Vor gehen wäre auch dann falsch gewesen, wenn die von der TKP/ML(B)-Führung vorgelegten Thesen nicht so gravierend falsch gewesen wären.

Das alles war im Grunde ein großangelegter Versuch der Führung der TKP/ML(B), unter Mißachtung der elementarsten Erfordernisse der innerparteilichen Demokratie auf bürokratischem Wege Beschlüsse durchzusetzen, per "Dekret" der Partei die Linie zu "verordnen".

Dieses Unterfangen stand im diametralen Gegensatz zur innerparteilichen Demokratie, denn Stalin lehrt:

"Wir verstehen unter Demokratie Hebung der Aktivität und der Bewußtheit der Parteimasse, systematische Heranziehung der Parteimasse nicht nur zur Erörterung von Fragen, sondern auch zur Leitung der Arbeit."

(Stalin, "Die XIII. Konferenz der KPR(B)", 1924, SW 6, S. 35)

Die Führung der TKP/ML(B) wirft sich heute ins Zeug, um zu betonen, daß sie unbedingt für die breiteste Debatte vor Beschlußfassung ist. Was davon zu halten ist, hat die 2. Parteikonferenz eben dieser TKP/ML(B) deutlich gezeigt. Noch auf der ganzen Konferenz selbst, als bereits klar war, daß die vorgelegten Dokumente insgesamt untauglich sind und nicht verabschiedet werden können, mußten die Vertreter der Brudерorganisationen ständig einen Kampf führen, damit nicht doch noch Beschlüsse in solchen Fragen "durchgedrückt" werden, über die sich die Partei inhaltlich noch überhaupt keine Meinung gebildet hatte!

Zweitens läßt es die Führung der TKP/ML(B) so erscheinen, als hätten die Genossen nach "außen" im Grunde nur deshalb ihre eigenen Ansichten vertreten, weil es zentral keine "eindeutige Haltung" gegeben habe, gerade so, als ob man den Genossen nur "eindeutig" zu sagen habe, was sie zu vertreten haben, um das Problem aus der Welt zu schaffen.

Die Führung der TKP/ML(B) ignorierte faktisch die Existenz schwerwiegender ideologischer Widersprüche, die einen harten ideologischen Kampf erfordert hätten und denen keineswegs mit irgendwelchen bürokratisch-administrativen Winkelzügen beizukommen war.

Die Führung der TKP/ML(B) interessierte sich überhaupt nicht dafür, daß in der Partei und im Umkreis der Partei in Wirklich-

keit in Grundfragen überhaupt keine tatsächliche ideologische Einheit herrschte. Mit ihrem bürokratischen Konzept im Kopf glaubte sie durch das Verabschieden von ein paar Beschlüssen das rechte Mittel zur Erledigung dieses Problems gefunden zu haben, um dann per "Parteidisziplin" ein "einheitliches Auftreter" durchsetzen zu können.

Diese Situation hätte nur durch den vollentfalteten ideologischen Kampf geändert werden können. Das Problem konnte nicht sein, durch irgendwelche Beschlüsse einfach zu "verhindern", daß jeder nach außen etwas anderes vertritt, sondern es hätte solche ideologische Arbeit geleistet werden müssen, daß inhaltlich eine solche Klarheit besteht, eine solche Bewußtheit geschaffen wird, daß sowohl nach innen als auch nach außen echte Einheit besteht!

Dieses Ausscheiden vom Gebiet des ideologischen Kampfes auf das Gebiet der "Disziplin" ist äußerst symptomatisch für die Haltung der TKP/ML(B)-Führung und wird im weiteren noch eingehender zu behandeln sein.

b) Eine offene Verhöhnung der bewußten Parteidisziplin: "Jetzt wissen alle Genossen, in welchen Punkten wir welche Positionen haben"

Die Führung der TKP/ML(B) dachte überhaupt nicht daran, die Ergebnisse der 2. Parteikonferenz dieser Partei in den Rahmen des ideologischen Kampfes und der marxistisch-leninistischen Hebung des Niveaus der Parteimitglieder zu stellen. Eine prinzipielle Debatte um die Beschlüsse und Ergebnisse der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) wäre jedoch eine unverzichtbare Voraussetzung gewesen, um in den eigenen Reihen zu einer wirklich ideologischen Vereinheitlichung zu gelangen, um eine auf ideologischem Inhalt beruhende organisatorische Festigung zu erreichen und eine bewußte Disziplin zu schaffen. Die Führung der TKP/ML(B) verfolgte mit der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) ein den tatsächlichen Erfordernissen ganz entgegengesetztes Konzept.

Auf das zutiefst bürokratische Unterfangen der Führung der TKP/ML(B) wird ein äußerst bezeichnendes Licht geworfen, wenn es in dem Dokumentenentwurf "Über unsere Linie und unser Verständnis der Disziplin" heißt:

"Jetzt wissen alle Genossen, in welchen Punkten wir welche Positionen haben."

("Dokumente zur Debatte...", III, a.a.O., S. 63)

Ergebnis der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) sollte also entsprechend den Vorstellungen der Zentralen Leitung dieser Partei sein, daß den Genossen m i t g e t e i l t wird, was sie zu vertreten haben!

Das ist offensichtlich der größte Hohn auf jede bewußte

bolschewistische Disziplin, die verlangt, daß jeder Genosse inhaltlich durch einen breiten innerparteilichen Kampf, durch Debatte und ideologischen Kampf fundiert, begreift, ob und warum die Parteilinie korrekt ist.

Dem Konzept der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) lag zugleich auch schon die revisionistische Position zugrunde: "Keine Diskussion nach Beschußfassung", wie sie heute vom ZK der TKP/ML(B) in die Welt hinausposaunt wird. Nachdem per Beschuß "zentral" eine "eindeutige Haltung" festgelegt werden sollte, sollte damit zugleich auch die Diskussion über die betreffenden Fragen abgeschlossen werden. Weiter unten werden wir darauf eingehen, wie das ZK der TKP/ML(B) darüberhinaus nun auch anfängt, Lenin, Stalin und die Komintern zu verfälschen.

Hier zeigt sich besonders auch, daß das ZK der TKP/ML(B) nach Beschußfassung in einem übergeordneten Parteigremium, etwa der Parteikonferenz oder dem ZK, in den darunterliegenden Gremien keine Debatte über die dort angenommenen Beschlüsse zu lassen will. Es soll lediglich darüber informiert werden, was denn nun vertreten werden soll!

Wäre die 2. Parteikonferenz für die Führung der TKP/ML(B) wunschgemäß abgelaufen, dann hätte faktisch es so ausgesehen: Vor der 2. Parteikonferenz gab es keine wirkliche, die ganze Partei aktivierende Debatte über die zur Beschußfassung anstehenden Fragen. Ohne eine solche Debatte wäre also die Linie verbindlich festgelegt worden. Mit der 2. Parteikonferenz wollte man zugleich jedoch in all den Fragen, "die keine Diskussionsthemen mehr sind" - wie etwa die Einschätzung Ibrahim Kaypakkayas - "Die Diskussion abschließen" (siehe "Rechenschaftsbericht der Zentralen Leitung (Entwurf)", S.12).

Bevor die Debatte eröffnet gewesen wäre, hätte sie auch schon abgeschlossen sein sollen - und die Partei wäre zu ihrer "eindeutigen" Linie allein aufgrund der genialen Anstrengung des einen oder anderen "Theoretikers" gekommen, der festlegt, was für die Partei richtig ist!

c) Bürokratisch-revisionistischer Versuch, den Parteimitgliedern den Mund zuzusperren

In dem bürokratischen Konzept der Führung der TKP/ML(B) war auch enthalten, den Parteimitgliedern zu verbieten, außerhalb der eigenen Partei ihre eigene Meinung zu vertreten:

"Alle unsere organisierten Genossen sind angehalten, in den Fragen, die nicht Gegenstand der Diskussion sind, die zentralen Positionen zu vertreten. Alle organisierten Genossen haben das Recht, über Fragen, die nicht zur Diskussion stehen, wenn sie eine andere als die zentrale Ansicht besitzen, ihre eigenen Auffassungen in jedem Parteigremium, in dem sie tätig sind, in jeder Parteiveranstaltung, an der sie teilnehmen, vorzubringen und zu vertreten. Die Genossen, die eine andere Ansicht als die zentrale vertreten, haben das Recht, die Veröffentlichung ihrer Auffassungen in al-

len Presseorganen der Partei zu fordern. Sie haben das Recht zu fordern, daß diese Frage wieder zur allgemeinen Diskussion gestellt wird. Wenn allerdings die Zentrale nicht beschlossen hat, über irgendeine Frage eine allgemeine Diskussion zu eröffnen, hat kein Genosse das Recht, seine Ansichten außerhalb der Partei zu vertreten.

Dies ist nur in einem Ausnahmefall, d.h. wenn der betreffende Genosse speziell gefragt wird, was seine Ansichten sind, möglich. In diesem Fall kann der Genosse, nachdem er die Ansicht der Partei dargelegt hat, wenn er gefragt wird, auch wenn dies nicht Gegenstand der Diskussion ist, seine eigene Meinung vortragen." ("Über unsere Linie und unser Verständnis der Disziplin", in: "Dokumente zur Debatte...", III, a.a.O., S.63)

Kernpunkt des bürokratischen Verständnisses ist hier, daß es in der Regel verboten werden soll, daß ein Parteimitglied nach Abschluß einer Diskussion seine eigene Meinung (die, wie hier stets angenommen wird, von jener des ZK abweicht), nach außen hin äußern darf. (★)

Hierin zeigt sich ein monströses Unverständnis für die Prinzipien des demokratischen Zentralismus, für die Rechenschaftspflicht eines jeden Kaders in seiner Zelle über alle von ihm gemachten persönlichen Äußerungen und für die daraufhin einsetzende Diskussion und Kritik - wenn diese persönlichen Äußerungen der Parteilinie widersprechen - in der Zelle oder sogar in den verschiedenen höheren Gremien der Partei. Stattdessen zeigt sich der Versuch, eine komplizierte Frage per Dekret regeln zu wollen.

Geradezu absurd und lächerlich ist dabei die Konstruktion eines "Ausnahmefalls", dann seine persönliche Meinung doch äußern zu dürfen, wenn man gefragt wird. Der eine Kader, der, o h n e gefragt zu werden, seine Meinung äußert, begeht einen "Disziplinbruch"; der andere, der womöglich dieselbe Meinung äußert, zuvor aber gefragt wurde, bewegt sich im Rahmen der "Disziplin". Im übrigen dürfte sich dieser Trick mit der "Ausnahme" sehr rasch herumsprechen, so daß aus der "Ausnahme" die "Regel" werden dürfte.

Auch in dieser Frage zeigt sich, daß die Frage nicht auf der Ebene des ideologischen Kampfes angepackt wird, sondern zu einer "Disziplinfrage" gemacht und auf bürokratische Weise "geregelt" wird.

Wenn das Mitglied einer Parteizelle "nach außen" seine abweichende persönliche Ansicht äußert, so muß vor allem kritisiert

(★) Ein in Wirklichkeit nutzloses und wertloses "Recht" wird von der Führung der TKP/ML(B) "gewährt", wenn es in der zitierten Passage lediglich heißt, daß die Genossen das "Recht" hätten, "die Veröffentlichung ihrer Auffassungen in allen Presseorganen der Partei zu fordern". Die Genossen haben also kein Recht auf Veröffentlichung, sondern nur das Recht, zu fordern, was zwei ganz verschiedene Dinge sind.

werden, was der oder die Betreffende geäußert haben, und nicht, daß überhaupt eine persönliche Ansicht geäußert wird.

An diesem Punkt zeigt sich besonders markant, daß das bürokratische Konzept der Führung der TKP/ML(B) im Grunde nur eine Hülle für ideologischen Liberalismus ist, wie das eine in das andere übergeht, wie sich Liberalismus und Bürokratismus bedingen. Mit der "Ausnahmeregelung" wird nämlich dem ideologischen Liberalismus Tür und Tor geöffnet: Wird man nämlich "gefragt" und geht derart formal richtig vor, so erlaubt das, auch ganz falsche, opportunistische Ansichten unter die Massen zu tragen.

Die von der Führung der TKP/ML(B) propagierte Auffassung bewegt sich im Rahmen des Opportunismus und Bürokratismus der "alten" TKP/ML.

Das zeigt sich deutlich in dem Versuch, zwischen der Situation innerhalb der Partei, "in jedem Parteigremium, in dem man tätig ist", "in jeder Parteiveranstaltung" einerseits und der Lage außerhalb der Partei andererseits eine chinesische Mauer zu ziehen, so daß die Partei entgegen der Realität nach außen hin als etwas ganz Einheitliches, mit zentraler Meinung erscheint.

Zudem wird das Recht, seine Meinung zu vertreten, auch noch innerhalb der Partei eingeschränkt. Die Parteimitglieder dürfen ihre Ansichten nämlich nur in dem "Parteigremium, in dem sie tätig sind", vorbringen, jedoch nicht innerhalb der ganzen Partei verbreiten. (*) Dementsprechend hat kein Genosse das Recht, seine Meinung und Kritik etwa im internen Organ der Partei darzulegen, geschweige denn im theoretischen Organ oder im Zentralorgan der Partei.

Damit erweckte die Führung der TKP/ML(B) einen uralten Beschuß aus der "alten" TKP/ML wieder zum Leben, der selbst dort wieder revidiert worden ist. Wie bereits erwähnt, wurde von der TKP/ML

(*) Wohin die Gelüste der Führung der TKP/ML(B) gehen, zeigt sich besonders deutlich an einer Passage, die wir bereits in unserer "Kritik an der Linie der TKP/ML(B)" ausführlich kritisiert haben:

"Parteimitglieder haben das Recht, in Fragen, in denen es keine Beschlüsse gibt, oder bei unklaren, 'für eine Auslegung in diese oder jene Richtung offenen, politischen Themen' bis zu dem Zeitpunkt, an dem offene klare Beschlüsse gefaßt werden, ihre eigenen Ansichten zu verteidigen, wenn betont wird, daß das die eigene Meinung ist."
("Dokumente der TKP/ML(B) zur Spaltung der Partei", II, zitiert in: RF Nr.207, GDS Nr.30, WBK Nr.27, S.51)

Nach Beschußfassung sollen die Parteimitglieder also kein Recht mehr haben, ihre eigene Meinung zu verteidigen. Das bedeutet nichts weniger, als jeglichen innerparteilichen Kampf gegen den Opportunismus, jegliche Kritik und Selbstkritik an den Fehlern der Partei unmöglich zu machen.

seinerzeit ein Besluß gefaßt, daß nicht jeder in der gesamten Partei seine Widersprüche darstellen dürfe. Ganz offensichtlich ist die Führung der TKP/ML(B) "sehr schwer von der Administrer-Krankheit befallen", die seinerzeit schon an der TKP/ML kritisiert werden mußte.

Dahinter steckt eine bürokratische Auffassung von Disziplin, die in einer Situation, in der die "offenen, klaren Beschlüsse" dennoch falsch sind, im Grunde den Marxisten-Leninisten in der Partei den Mund verbieten und die Hände binden und eine offensiv geführte Polemik - parteintern und öffentlich - massiv behindern bzw. unmöglich machen würde. Ein solches Konzept ist unvereinbar mit den Erfordernissen des innerparteilichen Kampfes, der öffentlichen Polemik und den Prinzipien von Kritik und Selbtkritik. Damit wird "blinder" Gehorsam geübt.

-
- d) Die "weise Führung" arbeitet die Linie aus, die Parteimitglieder dürfen die von der Führung ausgearbeiteten Ansichten "verbreiten"
-

In der "Kritik an der Linie der TKP/ML(B)" vom Juli 1982 haben wir bereits die von der TKP/ML(B) propagierte Ansicht kritisiert, die "Arbeit nach innen" bedeutet,

"daß man den Genossen, welche die Fähigkeiten besitzen, Untersuchungen durchzuführen, praktische Arbeiten abnimmt und ihnen die Möglichkeit gibt, sich auf diesem Gebiet ('politische Untersuchungen und Schulungen', AdV.) zu spezialisieren."
("Dokumente der TKP/ML(B) zur Spaltung der Partei", II, S. 57/58, bzw. RF Nr. 207, GDS Nr. 30, WBK Nr. 27, S. 18)

Wir haben kritisiert, daß es katastrophal falsch ist, politische Untersuchungen und Schulungen (!) als Spezialgebiet einiger weniger zu betrachten. Wir haben dargelegt, daß diese Abweichung im Zusammenhang mit der mangelnden demokratischen Konzeption überhaupt gesehen werden muß; denn, wie Stalin lehrt, hängt die Hebung der Aktivität der Parteimitglieder und ihre systematische Heranziehung zur Leitung der Arbeit direkt zusammen und ist unlösbar damit verbunden, daß sie an der theoretischen Arbeit beteiligt sind, ihre theoretische Ausbildung angepackt haben und ihre theoretischen Fähigkeiten schrittweise entwickelt werden.

Auf der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) wollte die Führung der TKP/ML(B) gerade ein solches bürokratisches Konzept der "Spezialisierung" durchsetzen. So sollten spezielle "Zellen zur Untersuchung bestimmter politischer Themen" gebildet werden, die "für unsere Genossen eine gute Möglichkeit (seien), sich auf dem Gebiet der Untersuchungen zu spezialisieren"
("Rechenschaftsbericht der Zentralen Leitung - Entwurf", S.20)

Selbstverständlich haben wir nichts dagegen, daß sich dieser oder jener Kader besonders auf dem einen oder anderen Gebiet in der theoretischen Arbeit spezialisiert. Doch hier geht es darum, daß die ganze theoretische Arbeit als Spezialgebiet einiger Kader propagiert wird!

Das wird besonders deutlich, wenn man gegenüberstellt, was als primäre Aufgabe der Parteizellen propagiert wird,

"die den Rumpf der Parteiorganisation bilden und deren primäre Aufgabe die Verbreitung der Meinungen der Partei ist und die sich auf dieser Grundlage organisieren."
("Beschlußentwurf über die Organisierung", S.3)

Der "Rumpf" der Parteiorganisation sollte also als "primäre Aufgabe" lediglich die "Verbreitung der Meinungen der Partei" haben. Die Basis der Partei soll also nicht primär an der "Arbeit nach innen", an der Schaffung und Festigung der Partei, mitarbeiten, nicht maximal auch zur Ausarbeitung und Prüfung der Parteilinie usw. herangezogen werden, sondern eine bloße "Verteiler"-Funktion haben, nämlich das unter die Leute zu bringen, was gewisse Spezialisten ausgeheckt haben.

Bei einer solchen Organisierung der theoretischen Arbeit muß sich zwangsläufig eine tiefe, ungesunde Kluft zwischen den "Spezialisten" für die Arbeit nach innen auf theoretischem Gebiet und dem Rest der Genossen entwickeln, die offensichtlich die praktische Arbeit zu leisten und, ohne viel zu fragen, die "Meinungen der Partei" zu kolportieren haben. Das sollten sie auch noch tun, ohne das Recht auf die eigene Meinung zu haben!

Das alles lief auf nichts anderes hinaus als auf die revisionistische Theorie der "gefügigen Werkzeuge".

2. Der auf der 2. Parteikonferenz unternommene Versuch, den demokratischen Zentralismus außer Kraft zu setzen

a) Liquidierung der Parteiorganisation durch die Zentrale Leitung der TKP/ML(B)

Bekanntlich unternahm das revisionistische 2. ZK der TKP/ML nach der II. Konferenz der TKP/ML im Jahre 1981 den Versuch, jeglichen Widerstand der RK/A-Opposition auf organisatorischem Wege zu liquidieren, indem es die Parteiorganisation im Ausland für aufgelöst erklärte und die so atomisierten Parteimitglieder unter die Vormundschaft eines vom 2. ZK der TKP/ML bürokratisch ernannten Ein-Mann-Büros stellen wollte, was allen Normen der innerparteilichen Disziplin widersprach.

Der Widerstand gegen diesen revisionistischen Versuch der Liquidierung der RK/A-Opposition war entscheidender Grund, daß sich die TKP/ML-Parteiorganisation/Ausland im März 1981 entgegen der revisionistischen Disziplin des 2. ZK der TKP/ML konstituierte.

Unserer Meinung nach wäre es eine erstrangige Aufgabe der jungen TKP/ML(B) gewesen, im Kampf gegen den Revisionismus des 2. ZK der TKP/ML gerade auch die Parteiorganisation zu festigen, um nicht nur in Worten, sondern auch in Taten zu unterstreichen, daß es die vom RK/A-Komitee geführte Opposition ist, die wirklich am Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei arbeitet. Die Erhaltung und Festigung der Parteiorganisation wäre für die Verstärkung des ideologischen Kampfes, für die Hebung des ideologischen Niveaus und besonders für den innerparteilichen Kampf in den eigenen Reihen unerlässlich gewesen.

Das hätte selbstverständlich nicht bedeuten dürfen, einen aufgeblähten organisatorischen Popanz zu konstruieren, sondern, wie Lenin es fordert,

- ◆ "solche organisatorischen Verhältnisse zu schaffen, die ein gewisses Niveau der Bewußtheit sichern und dieses Niveau systematisch heben." (*)
(Lenin, "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", 1904, LW 7, S. 273)

Die Führung der TKP/ML(B) tat jedoch gerade das Gegenteil davon.

In dem der 2. Konferenz der TKP/ML(B) vorgelegten "Rechenschaftsbericht der Zentralen Leitung (Entwurf)" heißt es über die Periode nach der Konstituierung der TKP/ML(B):

"Wir machten uns nicht daran, direkt die Partei zu organisieren, sondern schufen nur eine vorübergehende Organisierung zur Erledigung bestimmter Arbeiten.

Das oberste Organ bei dieser Organisierung war die Zentrale Leitung...

Außer der Zentralen Leitung wurde kein weiteres Parteidremium gebildet. Alle Zwischengremien wurden aufgehoben. In allen Städten wurde auf verschiedene Weise unter der Leitung eines Stadtkomitees organisiert.

("Rechenschaftsbericht der Zentralen Leitung (Entwurf)", S.19)

Die opportunistische Konzeption der sogenannten "vorübergehenden Organisierung zur Erledigung bestimmter Arbeiten", wie sie die Führung der TKP/ML(B) betrieben hat, kommt hier gleich in mehrerer Hinsicht zum Ausdruck.

Im Grunde tat die Führung der TKP/ML(B) nämlich nun selbst was das 2.ZK der "alten" TKP/ML anstrebte, aber nicht durchzusetzen vermochte: Sie liquidierte die Parteiorganisation im Ausland! Für die Parteimitglieder gab es keine Form der Parteiorganisation mehr, keine Zellen, keine "Zwischengremien" mehr.

(*) Hervorhebung im Original

(★) Aber das ist noch nicht alles!

Diesem "Organisierungskonzept" lag nämlich die Verwischung des Unterschieds zwischen Parteimitgliedern und Sympathisanten zu grunde. Diese "Stadtkomitees" waren nichts als ein Mischmasch von atomisierten Parteimitgliedern und organisierten Sympathisanten. (★★)

Das, was die Zentrale Leitung der TKP/ML(B) als "eine vorübergehende Organisierung zur Erledigung bestimmter Aufgaben (!)" bezeichnete, hatte mit den Organisationsprinzipien des Leninismus überhaupt nichts zu tun.

Auch auf organisatorischem Gebiet kam damit kraß zum Ausdruck, daß die Führung der TKP/ML(B) in ihrem Handeln n i c h t von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus ausgeht, sondern unter dem Vorwand der "konkreten Umstände", des "Provisoriums" usw. flagrant von diesen Prinzipien abweicht.

(★) Im Gründungsdokument der TKP/ML(B) heißt es:

"Bei der Diskussion dieses Tagesordnungspunktes (der 1. Konferenz der TKP/ML(B), AdV.) wurde festgestellt, daß durch den Beschuß des Politbüros des ZK das Regionalkomitee also nicht mehr existiert, daß damit auch die ganze Organisation in ... aufgelöst worden ist und daß alle Genossen, die an der Konferenz teilnehmen, sozusagen Kommunisten ohne irgendwelche organisatorischen Bindungen sind." ("Dokumente der TKP/ML(B) zur Spaltung der Partei I", S.10)

Die Führung der TKP/ML(B) hat sich nur der Liquidierung des Regionalkomites / Ausland durch das revisionistische Politbüro des 2. ZK der TKP/ML widersetzt, selbst aber hat sie zugleich die Parteimitglieder in dieser Region ohne Organisation gelassen und sie damit ebenfalls zu "Kommunisten ohne irgendwelche organisatorischen Bindungen" gemacht, die als atomisierte Parteimitglieder lediglich jetzt nicht mehr dem 2. ZK der TKP/ML, sondern der Zentralen Leitung der TKP/ML(B) unterstehen sollten.

(★★) Die Verwischung des Unterschieds zwischen Parteiorganisation und Sympathisantenorganisation führt in der Theorie und Praxis der TKP/ML(B) auch zu einem ausgesprochen merkwürdigen Status der Sympathisanten der Partei. In dem "Beschußentwurf über die Organisierung" heißt es dazu:

"Unter der Führung der eng zu haltenden Parteiorganisation muß man auch die nächsten Sympathisanten in einer der Parteiorganisation ähnelnden, in bezug auf die Disziplinregeln und die Form sich nicht sehr von den Parteizellen unterscheiden dem Organ vereinen. Die nächsten Sympathisanten müssen auch unter der Führung von Parteimitgliedern in Z e l l e n organisiert werden." (S.4)

Die "Disziplinregeln" der Parteiorganisation und jedes Parteimitglieds beruhen auf fest be- (Fortsetzung der Fußnote auf der nächsten Seite)

Das, was die Führung der TKP/ML(B) da als "Organisierung" präsentierte und in der Praxis betrieb, war in Wirklichkeit ein menschewistisches Konzept, das die Grenzen zwischen Parteimitgliedern, die der Parteidisziplin unterstehen, und den Sympathisanten der Partei, die nicht zur Partei gehören, aufhob. Wird in der "Organisierung" kein Unterschied zwischen Parteimitgliedern und Sympathisanten gemacht, so bedeutet das die prinzipielle Verletzung des Organisationsprinzips des Bolschewismus in bezug auf die Parteimitgliedschaft. Darüber führte Lenin bekanntlich den Kampf gegen die Menschewiki. Wie Lenin schrieb, begann sich im Kampf gegen die Menschewiki gerade in bezug auf die deutliche Unterscheidung zwischen Parteimitglied und Nicht-Parteimitglied in dem berühmten Kampf um die Formulierung des § 1 des Statuts der SDAPR

◆ "die ganze Stellung der Opportunisten in der organisatorischen Frage abzuzeichnen: ihr Eintreten für eine verschwommene, nicht fest gefügte Parteiorganisation".
 ◆ (Lenin, "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", 1904, LW 7, S. 200)

○ Erhaltung, Festigung und Säuberung der Parteiorganisation im Sinne der Leninschen Lehre vom Aufbau der proletarischen Vorhutspartei als organisierter Avantgarde des Proletariats oder "vorübergehende Organisierung zur Erledigung bestimmter Arbeiten" im Sinne eines menschewistischen Konzepts der "Organisierung", so stand die Frage nach der Spaltung der TKP/ML, die von der Führung der TKP/ML(B) im letzteren Sinne beantwortet wurde. Auf diese Weise spiegelte sich der ganze rechtsopportunistische Einbruch, wie er in der Frage der politischen Linie und Praxis der TKP/ML(B) nach der Spaltung der TKP/ML sichtbar wurde (Hauptsächlich gegen die Junta, "Grüne", pazifistische Flugblätter usw. usf.), in Form dieser "vorübergehenden Organisierung" auch auf dem Gebiet der Organisationsfragen des Parteiaufbaus wider.

Bemerkenswert in diesem menschewistischen Konzept der "Organisierung" ist schließlich noch die schon zitierte Feststellung:

(Fortsetzung der Fußnote von der vorherigen Seite)

stimmten Normen des demokratischen Zentralismus, sie umfassen präzise definierte Rechte und Pflichten jedes Parteigremiums und jedes Parteimitglieds, die wir hier im einzelnen nicht aufzuzählen brauchen (Recht auf Anträge an den Parteitag, Recht, in die zentralen Gremien gewählt zu werden usw.).

Die Sympathisanten haben in diesem Konzept der Führung der TKP/ML(B) nur Pflichten, aber keine Rechte!

"Ähnlich" wie die Parteiorganisationen wird von ihnen erwartet, daß sie die "Disziplinregeln" beachten, d.h. sich den Beschlüssen unterordnen, die Parteilinie propagieren usw., doch müssen sie das alles tun, ohne irgendein Recht wahrnehmen zu können. Es wird von den Sympathisanten also eine Disziplin erwartet, die nur in die eine Richtung, nämlich von oben nach unten verläuft.

"Das oberste Organ bei dieser Organisierung war die Zentrale Leitung".
(a.a.O., S.19)

Das bringt zwar symptomatisch die Vorstellungswelt der Führung der TKP/ML(B) zum Ausdruck, entspricht aber nicht der Realität.

Die Zentrale Leitung der TKP/ML(B) hat einfach die 1. Konferenz der TKP/ML(B) als höchstes, als bis zur 2. Konferenz "oberstes Organ" der Partei verschwinden lassen! Sie hat vertuscht, daß "außer der Zentralen Leitung" nach der Spaltung in Wirklichkeit sehr wohl noch ein "weiteres Parteigremium gebildet" wurde, nämlich die 1. Konferenz der TKP/ML(B), welche tatsächlich das höchste Organ der TKP/ML(B) war, das selbstverständlich über der Zentralen Leitung der TKP/ML(B) stand, genauso wie die 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) über dem von dieser Konferenz gewählten ZK der TKP/ML(B) steht, auch wenn das ZK der TKP/ML(B) das nicht wahrhaben will und dem zuwiderhandelt.

Diese "fixe Idee" der Zentralen Leitung bzw. später des ZK der TKP/ML(B), sich als "das oberste Organ" zu betrachten, widerspricht zutiefst den Prinzipien des demokratischen Zentralismus, der die Unterordnung des Zentralkomitees der Partei unter den Willen und die Beschlüsse des Parteitags bzw. der Parteikonferenz fordert (★).

b) Versuch der Liquidierung des demokratischen Zentralismus durch Blankovollmacht für das ZK

Wie Lenin in den "Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale" schrieb, müssen die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien

◆ "nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus (*) aufgebaut sein."

(Lenin, "Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale", 1920, LW 31, S.197)

(★) Von der Gründung der TKP/ML im Jahre 1973 bis zu ihrer Spaltung im März 1981 hat die TKP/ML zwei zentrale Parteikonferenzen durchgeführt, die erste im Februar 1978, die zweite im Februar 1981. Die TKP/ML(B) führte im März 1981 ihre erste und im Februar 1982 ihre zweite Konferenz durch.

Diese zentralen Parteikonferenzen hatten im Grunde Parteitagscharakter. Zu diesen Parteikonferenzen wurden von der gesamten Partei Delegierte gewählt bzw. entsandt. Auf ihnen wurden unter anderem Statuten verabschiedet, grundlegende Linienänderungen beschlossen, das ZK der Partei gewählt usw.

(*) Hervorhebung im Original

Wie Lenin weiter schrieb, kann die kommunistische Partei in unserer Epoche ihre Pflicht nur erfüllen,

- ◆ "wenn ihr Parteizentrum ein starkes, autoritatives Organ mit weitgehenden Vollmachten ist, das das allgemeine Vertrauen der Parteimitgliedschaft genießt."
- ◆ (ebenda)

Der Widerwillen der Menschewiki gegen den Leninschen Gedanken des

- ◆ "Aufbaus der Partei von oben nach unten, ausgehend vom Parteitag und den von ihm geschaffenen Körperschaften"
- ◆ (Lenin, "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", 1904, LW 7, S. 201)

brachte die Menschewiki und andere Opportunisten zu der Verleumdung, daß Lenin angeblich

- ◆ "der Zentralleitung eine unbeschränkte Macht"
- ◆ (ebenda, S. 248)

einräumen wollte.

Bei der Entlarvung des menschewistischen Charakters dieses Vorwurfs legte Lenin auch klar, daß der leninistische Zentralismus keinesfalls "unbeschränkte" Rechte für die "Zentralleitung", d.h. für das ZK, vorsieht. "Weitgehende Vollmachten" sind etwas ganz anderes als eine "unbeschränkte Macht" oder etwa "alle Kompetenzen". Seine "Vollmachten" erhält das ZK von der obersten Instanz der Partei, dem Parteitag bzw. der Zentralen Parteikonferenz. Diese Vollmachten des ZK müssen gemäß den Prinzipien des demokratischen Zentralismus im Rahmen der Grundsätze des Parteiprogramms, der Parteitagsbeschlüsse und des Statuts ausgeübt werden. Darüber ist das ZK dem nächsten Parteitag gegenüber rechenschaftspflichtig.

Lenin entlarvte davon ausgehend den opportunistischen "Bund", der gegen den leninistischen demokratischen Zentralismus ein großes Geschrei erhob, um die von ihm beanspruchten Sonderrechte zu verteidigen, zugleich aber bei sich selbst die Zentrale mit unbeschränkten Rechten ausstattete, der seiner Zentralleitung

- ◆ "unbeschränkte Rechte einräumt (so zum Beispiel die Ernennung und den Ausschluß von Mitgliedern und sogar die Nichtzulassung von Delegierten zu Tagungen.)"
- ◆ (ebenda)

Entgegen dem demokratischen Zentralismus der bolschewistischen Partei unternahm die Führung der TKP/ML(B) auf der 2. Parteikonferenz den Versuch, sich mit uneingeschränkter Macht ausstatten zu lassen. Im ersten Satz des "Beschlußentwurfs über die Organisierung" heißt es ausdrücklich:

"Die von der Konferenz gewählte Zentrale Leitung (ZL) besitzt auf organisatorischem Gebiet bei der Schaffung einer

bolschewistischen Partei (!) alle Kompetenzen.

In dem Bewußtsein, daß ein radikaler Bruch mit der Vergangenheit für eine bolschewistische Organisierung notwendig ist, übergibt die Konferenz der Zentralen Leitung die Befugnis und die Aufgabe, alle bisherigen Parteimitgliedschaften neu zu überprüfen."

("Beschlußentwurf über die Organisierung", S.1)

Damit wurde der demokratische Zentralismus im Parteiaufbau über Bord geworfen. "Alle Kompetenzen" für die Zentrale Leitung bzw. für das ZK bedeutete, in gänzlich unbeschränkter Weise das ZK nicht nur zum "obersten Organ", sondern sogar zu dem allein entscheidenden Gremium zu machen.

Die damit zusammenhängende Vorstellung, daß die Zentrale Leitung ohne irgendeine festgelegte und definierte Kontröllmöglichkeit alleine über die Frage des Ausschlusses, der Neuaufnahme und der Überprüfung der Parteimitgliedschaft überhaupt entscheiden sollte, zeigt deutlich, daß in diesem Konzept "der Schaffung einer bolschewistischen Partei" kein demokratischer, sondern nur ein bürokratischer Zentralismus vorhanden war.

In diesem extrem bürokratischen Konzept war keinerlei Recht auf Einspruch, keinerlei Recht auf Widerspruch etwa an den nächsten Parteitag oder die nächste Parteikonferenz, keinerlei demokratisches Recht auf Mitsprache der einzelnen Parteizellen und nicht einmal das Recht und die Pflicht auf demokratische Konsultation der von der Entscheidung betroffenen Gremien.

Dieser selbstherrliche Charakter dessen, was die Führung der TKP/ML(B) da durchsetzen wollte, wird nur noch krasser sichtbar, wenn es in dem "Beschlußentwurf über die Organisierung" heißt:

"Bei der Neuaufnahme von Parteimitgliedern, bei der Entfernung von Mitgliedern aus der Partei als auch bei anderen organisatorischen Fragen kann (!) man sich auf den Abschnitt über die ... Regeln des Statuts, das die erste Konferenz (der TKP/ML, AdV.) annahm, ... stützen."
(ebenda)

Ja, wenn es dem ZK beliebt, wenn es dem ZK in den Kram paßt, "kann" es sich auf das Statut stützen, und wenn nicht, dann "kann" es das auch bleiben lassen. Außerdem sei dieses Statut auch kein Dokument, "an welches man sich wortwörtlich halten muß, sondern ... ein hilfestellendes Dokument"! Mit anderen Worten: Es liegt nicht nur ganz im "freien Ermessen" des ZK der TKP/ML(B), ob es sich auf dieses Statut stützt, sondern es kann dieses Statut dann, wenn es sich zur Abwechslung mal drauf stützt, auch ganz so auslegen, wie es möchte, da man es ohnedies nicht "wortwörtlich" zu nehmen habe.

Diesem Beschlußentwurf, den man nur als bürokratischen Exzeß verurteilen kann, lag das Bestreben der Führung der TKP/ML(B) zugrunde, in der Periode nach der 2. Parteikonferenz, ohne ir-

gendwelche Rechenschaftspflicht, ohne daß die Partei selbst "dazwischenredet", beliebig aus den zum damaligen Zeitpunkt organisierten Parteimitgliedern jene "auszusuchen", die man für die "Schaffung der bolschewistischen Partei" als würdig betrachtete. Klar, daß damit der Führung von vornherein alle Mittel in die Hand gegeben worden wären, ganz nach Belieben unliebsame "Kritiker" auszuschließen.

Es war das ein "Konzept", vergleichbar nur mit jenem des opportunistischen "Bund" in Rußland, der entgegen dem demokratischen Zentralismus seiner Zentralleitung "unbeschränkte Rechte", so zum Beispiel das Recht auf die Ernennung und den Ausschluß von Mitgliedern und sogar das Recht auf Nichtzulassung von Delegierten zu Tagungen einräumte!

c) Ein bürokratisches Konzept, in dem vom demokratischen Zentralismus nichts übrigbleibt

Eine marxistisch-leninistische Partei ohne demokratischen Zentralismus ist undenkbar. Die Erziehung der Parteimitglieder in einem tiefgehenden ideologischen Verständnis des Wesens des demokratischen Zentralismus ist für die Festigung marxistisch-leninistischer Parteien lebenswichtig. Besonders wenn in der Linie der Partei schwere Abweichungen vorhanden sind oder gar eine grundlegend falsche Linie herrscht, entscheidet über das weitere Schicksal dieser Partei oder Organisation, ob noch die Normen des demokratischen Zentralismus vorhanden, anerkannt und durchsetzbar sind oder ob bereits der demokratische Zentralismus durch den bürokratischen Zentralismus ersetzt worden ist, so daß die den Marxismus-Leninismus verteidigenden Kräfte von jeglicher Möglichkeit ausgeschlossen sind, auf regulärem Wege für die Korrektur der Linie, für die Ersetzung einer untauglichen Führung usw. zu kämpfen.

Das Konzept der Führung der TKP/ML(B) zur "Schaffung einer bolschewistischen Partei", wie es auf der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) zum Beschuß erhoben werden sollte, beruhte von vornherein nicht auf dem demokratischen, sondern auf dem bürokratischen Zentralismus.

In dem Dokumententwurf "Über die Organisierung" ist von allem Möglichen die Rede, von "Untersuchungszellen", von "Übersetzungszellen", einer "Agitations- und Propagandazelle", vom Prinzip der "Arbeitsteilung/Spezialisierung" und dgl. mehr, doch das organisatorische Grundprinzip der leninistischen Partei neuen Typus, der demokratische Zentralismus, ist darin nicht zu finden!

Schlimm genug, daß der demokratische Zentralismus darin nicht ausdrücklich als leitendes Grundprinzip verankert wurde, was nicht einfach mit "Vergeßlichkeit" erklärt werden kann, zumal nicht bei einem Dokumententwurf von solcher Bedeutung! Dieser schwerwieghende Mangel würde sich jedoch noch in Grenzen halten, wenn in dem Dokumententwurf faktisch die wesentlichen Momente des demokratischen Zentralismus enthalten gewe-

sen wären. Eben das ist jedoch nicht der Fall. Es fehlten darin einfach die minimalen demokratischen Elemente, ohne die der demokratische Zentralismus zum bürokratischen Zentralismus entarten muß. In diesem Dokumentenentwurf der Führung der TKP/ML(B) war speziell die innerparteiliche Demokratie, ohne die es keinen bewußten Zentralismus geben kann, einfach nicht enthalten.

Das alles wiegt umso schwerer, als es in der TKP/ML, aus der die TKP/ML(B) hervorging, in der Vergangenheit gerade auch in dieser Hinsicht ein erhebliches bürokratisch-revisionistisches "Erbe" gibt, mit dem hätte bewußt gebrochen werden müssen. Bekanntlich wurden vom revisionistischen 2. ZK der TKP/ML wichtige demokratische Elemente des demokratischen Zentralismus unter Vorwänden wie "Im Lande herrscht Faschismus" außer Kraft gesetzt und mit bürokratischen Maßregelungen der Widerstand der RK/A-Opposition organisatorisch liquidiert.

In dem Dokumentenentwurf der Führung der TKP/ML(B) wurde im Kampf gegen das bürokratisch entstellte Verständnis von "demokratischem Zentralismus", in dem auch die Parteimitglieder im Ausland erzogen wurden, nicht eine einzige Frage der Erziehung der Parteimitglieder zur Demokratie angeschnitten. Es finden sich darin zwar alle möglichen organisatorischen Spitzfindigkeiten; doch eine solch grundlegende Frage wie etwa das Verhältnis von demokratischem Zentralismus und illegaler Arbeit und Konspiration, über das in den Köpfen der Parteimitglieder und Sympathisanten aufgrund der falschen Erziehung in der "alten" TKP/ML mit Sicherheit eine Fülle von falschen Vorstellungen existieren, wird überhaupt nicht angesprochen.

Daß eine solche tiefgehende ideologische Auseinandersetzung mit Grundfragen des demokratischen Zentralismus und ihrer Rolle im Kampf für den Parteiaufbau, im Kampf für die Säuberung des Bewußtseins der Parteigenossen von bürokratischem und liberalistischem Gedankengut, nach der Spaltung der TKP/ML nicht auf die Tagesordnung gesetzt und nicht anhand der wichtigsten Bereiche begonnen wurde, erleichtert es der Führung der TKP/ML(B), heute wiederum mit Methoden gegen die Opposition in den eigenen Reihen vorzugehen, die den Erfordernissen des demokratischen Zentralismus Hohn sprechen, Methoden, die sich wesentlich nicht von jenen der Partizan-Opportunisten unterscheiden.



Was bleibt? Es zeigt sich, daß die Führung der TKP/ML(B) nach der Zeit des "Provisoriums" mit ihrer 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) im Grunde genau dort weiterzumachen versuchte, wo die II.Parteikonferenz der TKP/ML ein Jahr zuvor aufgehört hatte.

In der ganzen Konzeption der II.Parteikonferenz der TKP/ML einerseits und der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) andererseits bestand kein wesentlicher Unterschied. In beiden Fällen sollte entgegen den Prinzipien der innerparteilichen Demokratie und des innerparteilichen Kampfes auf bürokratischem Wege eine falsche Linie durchgesetzt werden. In beiden Fällen sollte mit

der Beschußfassung auf der Konferenz die Diskussion "abgeschlossen" und danach verboten werden. In beiden Fällen sollte ein bürokratisch-revisionistisches Konzept von "Disziplin" durchgesetzt werden, das den innerparteilichen Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus verunmöglicht, die öffentliche Debatte ausschließt und den Parteimitgliedern den Mund verbietet.

Auf der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) sollte auch ein Organisationskonzept verabschiedet werden, welches den demokratischen Zentralismus über Bord wirft, ein Konzept, das alle Chancen gehabt hätte, die Liquidierung des demokratischen Zentralismus durch das 2. ZK der TKP/ML noch zu übertreffen!

Kurzum, bei alledem gab es nicht viel Unterschied. (Vgl. dazu "Der Opportunismus der TKP/ML(B)", I, in: "Internationale Informationen", Nr. 12, Abschnitt "Die 2. Parteikonferenz", S.70 ff.)

Auf der 2. Konferenz der TKP/ML(B) gelang es der Führung der TKP/ML(B) nicht, dieses extrem bürokratische und revisionistische Konzept formell zum Beschuß zu erheben, da die scharfe Kritik der Bruderorganisationen bei vielen Delegierten der Parteikonferenz dazu führte, daß sie diese bürokratischen Auffassungen ablehnten. Die 2. Parteikonferenz stellte fest, daß es sich hierbei um "bürokratische Fehler" handelt, ohne jedoch den Zusammhang zwischen den einzelnen Fehlern herauszustellen, die zusammengenommen ein bürokratisches Konzept ergeben. In einem Beschuß der 2. Parteikonferenz wird allerdings gewarnt:

"Wachsamkeit gegenüber Liberalismus und Bürokratismus!"

Doch die Führung der TKP/ML(B), das 2. ZK der TKP/ML(B), war ungeachtet dessen entschlossen, auf dem revisionistischen Weg weiterzugehen - ob mit oder ohne Beschuß der 2. Konferenz der TKP/ML(B).

Schon kaum zwei Monate später ging das ZK der TKP/ML(B) zur Offensive über und begann schließlich alle Rekorde an revisionistischen Entstellungen und Verfälschungen der Klassiker des Marxismus-Leninismus zu schlagen, um sein bürokratisches Konzept durchzusetzen.

Dabei springt besonders ins Auge, daß das ZK der TKP/ML(B) im Zusammenhang mit seiner Praxis der Sabotage der Durchführung und Debatte der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) darüber zu "theoretisieren" anfängt, daß "im allgemeinen" nach Parteitagen oder Parteikonferenzen die Parteitags- oder Konferenzbeschlüsse nicht diskutiert werden dürften.

Um die Bedeutung der revisionistischen Verdrehungen des ZK der TKP/ML(B) zu veranschaulichen, werden wir diese im folgenden vor allem anhand seiner eigenen Praxis in bezug auf die Behandlung der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) illustrieren.



B. OFFENE VERFÄLSCHUNG UND REVISION DES MARXISMUS-LENINISMUS
 ZUR VERTEIDIGUNG DES BÜROKRATISCHEN KONZEPTS UND DES REVI-
 SIONISTISCHEN DISZIPLINVERSTÄNDNISSES DES ZK DER TKP/ML(B)

oooooooooooooooooooooooooooo

Wie wir bereits in den "Internationalen Informationen" Nr. 13 kritisiert haben, hat sich das ZK der TKP/ML(B) am 1. Mai 1982 für die Durchführung einer gegen die Erfordernisse des proletarischen Internationalismus gerichteten Linie entschieden. Das hat GDS kritisiert und die offene und öffentliche Debatte darüber begonnen. Schon zu dieser Gelegenheit zeigte das auf der 2. Konferenz der TKP/ML(B) gewählte ZK, daß es in der Tat nicht mit seinem bürokratischen Konzept gebrochen hatte und auch nicht gewillt war, es zu tun. Neben anderen jämmerlichen "Argumentationen", auf die schon eingegangen wurde, führte das ZK der TKP/ML(B) bezeichnenderweise auch seine Vorstellung von "Disziplin" ins Feld, um zu demonstrieren, daß es vom offenen und in der Öffentlichkeit geführten ideologischen Kampf, von der offenen Kritik an seiner Politik und seinen Beschlüssen nichts hält. Das ZK entgegnete auf die ganz den Grundlagen der Bruderbeziehungen entsprechende offene und öffentliche Kritik von GDS:

"Im allgemeinen sind wir nicht für eine solche Praxis. Im allgemeinen finden wir es nicht richtig, daß über einen Aktionsbeschuß debattiert wird, nachdem der Beschuß gefaßt worden ist. Bei der Aktion muß man nach dem Fällen des Beschlusses darüber diskutieren, wie man diesen Beschuß am besten durchführt, Aufgaben verteilt usw."
 ("Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B), I, Zur 1. Parteikonferenz der TKP/ML(B) - Zum 1. Mai 1982", S. 125/26)

Diese revisionistische These wurde von GDS prinzipiell kritisiert:

"Diese These hat nichts mit der differenzierten Heran gehensweise des Marxismus-Leninismus an die Frage der Debatte und der Disziplin zu tun, aber sehr viel mit den Thesen der Revisionisten vom 'gefügigen Werkzeug'. Es ist eine zutiefst revisionistische These, deren Anwendung zum Untergang der Organisation und ihrer völligen Entartung führen muß..."

Worin liegt das revisionistische Wesen dieser These des ZK der TKP/ML(B)? Worin besteht der grundlegende Bürokratismus in dieser These?

Vor allem darin, daß nicht verstanden wird, daß bewußte Disziplin die Abwägung und das Verstehen des Für und Wider erfordert, um überhaupt das "Wie" der Umsetzung gemäß den konkreten Bedingungen richtig anpacken zu können.

Vor allem darin, daß nicht verstanden wird, daß auch und gerade bei Aktionsbeschlüssen die Parteimitglieder durch die Debatte darüber

- a) lernen müssen, wie das ZK bzw. die jeweilige Führung bezüglich dieses Beschlusses die Prinzipien versteht, die konkrete Lage einschätzt und die Prinzipien auf die konkrete Lage anwendet,
- b) so die Bedeutung des Beschlusses, das Für und Wider zu verstehen, um konkret den Beschuß gegen alle möglichen Widerstände des Opportunismus mit proletarischer Disziplin durchführen zu können,
- c) festzustellen, ob der Beschuß richtig oder falsch ist, und ihn gegebenenfalls zu k r i t i s i e r e n,
- d) seine Rechte wahrzunehmen, auf eine Änderung des Beschlusses drängen zu können und einen innerparteilichen Kampf im Rahmen des Statuts entfachen zu können, wenn der Beschuß als falsch eingeschätzt wird.

Alle diese Aspekte führen dazu, daß durchaus auch nach dem Beschuß des ZK bzw. der Führung eine kontroverse Debatte über die Richtigkeit des Beschlusses erlaubt ist.

Gilt dies uneingeschränkt? Die Antwort darauf ist klar und eindeutig 'Nein'. Dieses Recht auf Debatte auch nach einem Beschuß (das keinesfalls uneingeschränkt 'im allgemeinen' verneint werden darf, wie es das ZK der TKP/ML(B) tut) ist nicht uneingeschränkt.

Denn erstens gibt es Aktionen, die der Geheimhaltung unterliegen, sofort und ohne Diskussion in den Parteizellen oder gar in der Öffentlichkeit von besonders zu benennenden verantwortlichen Genossen und Genossinnen durchgeführt werden müssen (spezielle militärische und illegale Aktionen).

Hierüber dürfte es, wie die Polemik Lenins für den Parteiausschuß Sinowjews und Kamenews bewiesen hat, keinen Zweifel geben.

Und zweitens - und hier ist die richtige Anwendung wesentlich komplizierter, auch wenn das Prinzip klar ist - darf die Freiheit der Debatte (sowohl innerhalb der Partei als auch auf öffentlichen Arbeiterversammlungen) niemals die Einheit der Aktion und des Handelns, die unbedingte Durchführung der Beschlüsse untergraben und stören."
 (ebenda, S.105/106)

Auf diese marxistisch-leninistische Kritik von GDS an der zufirst revisionistischen und bürokratischen These des ZK der TKP/ML(B) antwortete das ZK der TKP/ML(B) mit Windungen und Wendungen, mit Ablenkungsmanövern und Spurenverwischen, doch schließlich und endlich nahm das ZK der TKP/ML(B) seine revisionistische These offen in Schutz, versuchte sie zu "begründen" und begann unverschämt die Klassiker zu verfälschen, um seine revisionistische These als "korrekt" erscheinen zu lassen.

Zunächst startete das ZK der TKP/ML(B) in einem "Antwortpapier" auf eine Kritik aus den eigenen Reihen das Manöver, sich auf

die "konkreten Bedingungen" zu berufen:

"Es ist klar, daß es einfach ist, eine solche Feststellung als 'allgemein revisionistische These' abzustempeln, wenn man diese von der konkret diskutierten Verbindung loslässt." ("Unsere Haltung zu unserer Durchführung der Diskussion mit GDS über den Roten 1. Mai in Westdeutschland am 1. Mai 82", zitiert nach GDS-Info 12/82, S.19)

Das ZK ließ es so erscheinen, als hänge die Richtigkeit bzw. Unrichtigkeit seiner revisionistischen These ganz davon ab,

"unter welchen Bedingungen dies gesagt wurde."
(ebenda, S.18)

Das war ein sophistischer Trick. Denn ob das, was das ZK der TKP/ML(B) von sich gab, eine "allgemeine revisionistische These" ist oder nicht, hängt überhaupt nicht "von der konkret diskutierten Verbindung" ab. Diese These ist auf jeden Fall falsch, da sie dem Marxismus-Leninismus, der "Erfahrung der Arbeiterbewegung aller Länder, in ihrer allgemeinen Form genommen" (Stalin), prinzipiell widerspricht und es überhaupt nicht darum geht, in welcher konkreten Situation diese revisionistische These angewandt wird. Diese These widerspricht dem Marxismus-Leninismus und ist deshalb unter allen Bedingungen falsch!

Doch schon wenig später entlarvt das ZK der TKP/ML(B) selbst, daß sein Verweis auf die "konkreten Bedingungen" nur ein billiges Verwirrungsmanöver ist, denn schon eine Seite weiter behauptet das ZK der TKP/ML(B) das gerade Gegenteil:

"Drittens sind wir der Ansicht, daß man die Feststellung 'Im allgemeinen finden wir es nicht richtig, daß über einen Aktionsbeschuß debattiert wird', auf keinen Fall als 'zutiefst revisionistische These' bezeichnen kann. Denn wie schon das Wort 'Aktionsbeschuß' beinhaltet, faßt man diesen, um eine 'Aktion durchzuführen'. Und über Aktionsbeschlüsse (dies gilt auch für andere Beschlüsse) diskutiert, debattiert und kritisiert man im allgemeinen vor der Beschußfassung und faßt den Beschuß anschließend dazu. Nachdem ein Beschuß gefaßt worden ist, besteht die Frage nicht darin, das zuvor diskutierte Problem erneut auf die Tagesordnung zu setzen, sondern darin, diesen Beschuß durchzuführen." (ebenda, S.20)

In dieser kurzen Passage zeigt sich, wie ungestüm sich das bürokratisch-revisionistische Verständnis und Konzept des ZK der TKP/ML(B) Bahn bricht. Das ZK der TKP/ML(B) selbst macht klar, daß es nicht nur um die Frage der "Aktionsbeschlüsse" geht, sondern sein revisionistisches Verständnis sich auch auf "andere Beschlüsse" erstreckt.

Diskutiert wird "im allgemeinen" vor der Beschußfassung, nach der Beschußfassung wird durchgeführt - das ist, kurz gesagt, die vom ZK der TKP/ML(B) gegen die marxistisch-leninistische Kritik verteidigte revisionistische These.

Sicherlich ist dieses revisionistische Verständnis in dem Sinne nichts Neues, als sowohl in der TKP/ML damals als auch dann in der TKP/ML(B) von jeher praktisch dieses Verständnis herrschte. (Das haben wir in den vorliegenden Teilen bereits nachgewiesen.)

Das - zumindest in dieser "Konzentration" - "Neue" in der Antwort des ZK der TKP/ML(B) auf die marxistisch-leninistische Kritik der Bruderorganisation GDS ist, daß nun zur eifersüchtigen Verteidigung des bürokratisch-revisionistischen Verständnisses, zur Durchsetzung der revisionistischen Theorie und Praxis in dieser Frage, zur allseitigen, offenen und direkten Revision der prinzipiellen Lehren des Marxismus-Leninismus in dieser Frage übergegangen wird.

Der grundlegend revisionistische Charakter der Ansichten des ZK der TKP/ML(B), wie sie am deutlichsten bisher in dem Antwortpapier auf die GDS-Kritik zum Roten 1. Mai 1982 sichtbar werden, wird dadurch bestimmt, daß vor allem zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten des Parteiaufbaus ganz bewußt ausgeklammert werden, um das revisionistische Disziplinverständnis des ZK der TKP/ML(B) im Gegensatz zu den marxistisch-leninistischen Voraussetzungen des demokratischen Zentralismus zu begründen, nämlich

- a) das Gesetz des innerparteilichen Kampfes. Dieses Gesetz tritt keinesfalls nur in Erscheinung, "wenn eine revisionistische Linie vorherrscht", sondern muß in allen Stadien und allen Erscheinungsformen verstanden und zum Ausgangspunkt gemacht werden. Sonst ist eine marxistisch-leninistische Anwendung der Prinzipien der Debatte, der Beschußfassung und Disziplin unmöglich.
- b) Das Gesetz der Kritik und Selbstkritik, das ebenfalls fundamental und unerlässlich für die marxistisch-leninistische Weiterentwicklung einer Partei ist und in untrennbarem Zusammenhang mit dem Gesetz des innerparteilichen Kampfes steht. Auch diese Gesetzmäßigkeit gilt keineswegs nur in "bestimmten Stadien", sondern steht grundlegend als Basis für die Debatte und Diskussion vor wie nach einer Beschußfassung.

Das richtige Verständnis des in verschiedenen Formen zutage tretenden, aber gesetzmäßig existierenden innerparteilichen Kampfes einerseits und der unbedingten Notwendigkeit der Kritik und Selbstkritik vor wie nach einer Beschußfassung andererseits ist die eigentliche Voraussetzung, um die revisionistischen Thesen des ZK der TKP/ML(B) über das Abwürgen des innerparteilichen Kampfes und die Vergewaltigung der Kritik und Selbstkritik zu verstehen.



I. ALLSEITIGE REVISION DES LENINISMUS IN DER FRAGE VON BESCHLUSS-FASSUNG, BESCHLUSSDURCHFÜHRUNG UND INNERPARTEILICHEM KAMPF

1. Revision Stalins, um "blinde" Disziplin durchzusetzen und um den innerparteilichen Kampf gegen den Opportunismus zu verunmöglichen
-

- a) Revisionistische Entstellung von Stalins "Grundlagen des Leninismus"
-

Bei der Verteidigung seiner am 1. Mai formulierten und von GDS kritisierten revisionistischen These über Aktionsbeschlüsse ist das ZK der TKP/ML(B) sogleich zu der allgemeineren Frage der Beschlüsse überhaupt bzw. zu den Erfordernissen der marxistisch-leninistischen Disziplin generell übergegangen und hat geschrieben:

"Wir schätzen die Bewertung der These 'Im allgemeinen finden wir es nicht richtig, daß über einen Aktionsbeschuß debattiert wird' als eine 'zutiefst revisionistische These' als eine Abweichung ein."

Warum?

Stalin sagt in 'Grundlagen des Leninismus' bei der Diskussion um die Frage der Partei in dem Abschnitt 'Die Partei als eine mit der Existenz von Fraktionen unvereinbare Einheit des Willens' folgendes:

'5. Die Partei als eine mit der Existenz von Fraktionen unvereinbare Einheit des Willens. (*) Die Diktatur des Proletariats zu erobern und zu behaupten ist unmöglich ohne eine Partei, die durch ihre Geschlossenheit und eiserne Disziplin stark ist. Die eiserne Disziplin in der Partei aber ist undenkbar ohne die Einheit des Willens, ohne die völlige und unbedingte Einheit des Handelns aller Parteimitglieder. Das bedeutet natürlich nicht, daß dadurch die Möglichkeit eines Meinungskampfes in der Partei ausgeschlossen wird. Im Gegenteil, die eiserne Disziplin schließt Kritik und Meinungskampf in der Partei nicht nur nicht aus, sondern setzt sie vielmehr voraus. Das bedeutet erst recht nicht, daß die Disziplin 'blind' sein soll. Im Gegenteil, die eiserne Disziplin schließt Bewußtheit und Freiwilligkeit der Unterordnung nicht aus, sondern setzt sie vielmehr voraus, denn nur eine bewußte Disziplin kann eine wirklich eiserne Disziplin sein. Aber nachdem der Meinungskampf beendet, die Kritik erschöpft und ein Beschuß gefaßt ist, bildet die Einheit des Willens und die Einheit des Handelns aller Parteimitglieder jene uner-

(*) Hervorhebung im Original

läßliche Bedingung, ohne die weder eine einheitliche Partei noch eine eiserne Disziplin in der Partei denkbar ist.
 (Stalin, 'Über die Grundlagen des Leninismus', 1924, SW 6,
 S.160)"

(ebenda, S.20)

Das ZK der TKP/ML(B) schließt hieran folgende bemerkenswerte "Interpretation" an:

"Wir verstehen hierunter, daß Stalin die Erreichung des Beschlusses gleichsetzt mit dem Moment, an dem die Kritiken erschöpft, der Meinungskampf beendet ist. Das heißt also, daß sich hieraus die Schlußfolgerung ergibt, daß, nachdem in irgendeiner Frage ein Beschuß gefaßt worden ist, im allgemeinen dieser nicht sofort - sofort nach der Beschußfassung - zu einer Diskussionsfrage gemacht werden darf. So ist es doch wohl, wenn über eine Frage diskutiert, alle verschiedenen Meinungen sich gezeigt und sich der Willen der Partei klar herausgebildet hat, dann bedeutet die Forderung derjenigen, deren Meinungen in der Minderheit blieben, die gleiche Frage weiter zu diskutieren, dem Willen der Partei keine Bedeutung beizumessen. Aus diesem Grunde existierten auch in dem Statut der KPdSU besondere (Klauseln?) darüber, wie man insbesondere 'Allgemeine Diskussionen' eröffnet. So weit wir verstanden haben, ist es so, daß Stalin nicht nur bei Beschlüssen für eine Aktion, sondern im allgemeinen bei allen Beschlüssen (besonders bei allgemeinen Diskussionen) die Diskussion nicht als eine Sache ansieht, die nach dem Beschuß geführt wird, sondern als etwas, das vor der Beschußfassung durchgeführt wird. Vertritt Stalin hier wohl eine 'zutiefst revisionistische These'? Oder legen wir ihn falsch aus?"

(ebenda, S.21)

Tatsächlich haben wir es hier mit einem Musterbeispiel an revisionistischer "Auslegung" zu tun. Der revisionistische Hund ist hier in dem Wörtchen "gleichsetzt" begraben. Das ZK behauptet nämlich,

"daß Stalin die Erreichung des Beschlusses gleichsetzt mit dem Moment, an dem die Kritiken erschöpft, der Meinungskampf beendet ist."

(ebenda, S.21)

Daraus konstruiert das ZK der TKP/ML(B) dann, daß nach der Beschußfassung "im allgemeinen" jede weitere kontroverse Debatte über diese Frage verboten sei. Damit hat das ZK der TKP/ML(B) die Ansichten Stalins völlig entstellt. Denn bei Stalin findet sich eine solche "Gleichsetzung" überhaupt nicht.

Stalin spricht von etwas ganz anderem, nämlich davon, daß "nachdem der Meinungskampf beendet, die Kritik erschöpft und ein Beschuß gefaßt ist", die "Einheit des Willens und die Einheit des Handelns aller Parteimitglieder jene unerlässliche Bedingung" darstellt, "ohne die weder eine einheitliche Partei noch eine eiserne Disziplin in der Partei denkbar ist".

Das sind offensichtlich zwei ganz verschiedene Thesen:

- Das ZK der TKP/ML(B): Beschußfassung wird "gleichgesetzt" mit: keine weitere Diskussion mehr!
- Stalin: Beschußfassung wird "gleichgesetzt" mit der unbedingten Notwendigkeit der Durchführung des Beschlusses als "unerlässliche Bedingung" der "Einheit des Willens" und der "Einheit des Handelns aller Parteimitglieder".

Stalin sagt also: Ist ein Beschuß gefaßt, muß er durchgeführt werden. Das ZK der TKP/ML(B) macht daraus: Ist ein Beschuß gefaßt, darf über seinen Inhalt nicht mehr diskutiert werden!

Die in der Position des ZK der TKP/ML(B) enthaltene Vorstellung, daß mit einer Beschußfassung notwendigerweise der Meinungskampf beendet und die Kritik erledigt sein müsse, entspricht nicht dem Marxismus-Leninismus, der eine Beschußfassung keineswegs als Beendigung des Meinungskampfes und der Kritik versteht.

Ist ein Beschuß gefaßt worden, muß dieser als Erfordernis der Einheit des Willens und des Handelns selbstverständlich durchgeführt werden - auch wenn der Meinungskampf in der betreffenden Frage noch nicht beendet worden ist und auch dann sogar, wenn nicht einmal die Kritik erschöpft ist.

Das bedeutet: Sollte wirklich der Meinungskampf über eine Frage beendet sein und kann auf dieser Basis ein Beschuß gefaßt werden, dann ist dies eine günstige, aber bei entwickeltem innerparteilichen Kampf sicherlich keinesfalls ein "im allgemeinen" geltender Fall.

Davon muß der Fall unterschieden werden, daß "die Kritik erschöpft" ist. Dies heißt keineswegs, daß der Meinungskampf beendet ist, sondern lediglich, daß jede Seite weitgehend ihre Argumente dargelegt hat, ohne daß völlige Einheit der Meinungen entstanden ist, so daß der Beschuß über diese Frage lediglich einen Einschnitt in den Meinungskampf bildet, nachdem die Kritik erschöpft ist.

Die Vorstellung, daß immer erst ein Beschuß gefaßt werden dürfe, wenn der Meinungskampf beendet ist, würde die kommunistische Partei zum Diskussionsklub degradieren und handlungsunfähig machen. In den seltensten Fällen käme ein Beschuß zu stande, würde zur Bedingung gemacht, daß vorher der Meinungskampf beendet sein müsse.

Für die im Klassenkampf stehende, politisch einheitlich handelnde kommunistische Partei ist es auch denkbar und manchmal nötig, daß von den Führungsorganen, dem ZK oder sogar von einem Parteitag ein Beschuß gefaßt werden muß, bevor selbst "die Kritik erschöpft" ist!

Der Marxismus-Leninismus lehrt so oder so, daß auch nach der Beschußfassung, unter den nun entstandenen Bedingungen (unbedingte Durchführung) der Meinungskampf weitergehen kann, die

Kritik weitergeführt wird, kurz, in dieser oder jener Form der innerparteiliche Kampf als Gesetz des Parteiaufbaus in bezug auf die betreffende Frage weitergeführt wird. Die Anwendung des Beschlusses in der Praxis ergibt eben das Material für die Weiterführung des Meinungskampfes in den Formen, die die Einheit der Aktion nicht stören.

Die Freiheit der Kritik gilt immer, ist jedoch eine Regel unter der Voraussetzung, daß die "Einheit der Aktion" der Partei nicht gestört wird. (★) Diese Voraussetzung bedeutet nicht, wie das ZK der TKP/ML(B) glauben machen will, daß nach Beschußfassung die "Freiheit der Kritik" aufgehoben, die Kritik verboten wird, sondern bedeutet lediglich, daß sie die Durchführung des gefaßten Beschlusses respektieren, daß sie also Formen und Wege nehmen muß, die die Einheit der Aktion nach einem Beschuß nicht stört. Daher kann "widerspruchslose Durchführung" eines Beschlusses und die Kritik an diesem Beschuß gleichzeitig erfolgen.

Die Notwendigkeit der unbedingten Durchführung der Parteibeschlüsse setzt die Freiheit der Kritik und Diskussion nicht außer Kraft, sondern begrenzt sie lediglich. Lenin legte ganz klar, was es heißt, die Freiheit der Diskussion und Kritik mittels des Arguments zu beschränken, daß die "Aktionseinheit des Proletariats" nicht gestört werden dürfe. Lenin sagte:

◆ "Das politische Handeln der Partei muß einheitlich sein. Jedweder 'Aufruf', der die Einheit bestimmter Aktionen verletzt, ist sowohl in Massenversammlungen als auch in Parteiversammlungen und in der Parteipresse unzulässig... Das Prinzip des demokratischen Zentralismus und der Autonomie der lokalen Körperschaften bedeutet gerade die Freiheit der Kritik (*), vollständig und allerorts, wenn dadurch die Einheit einer bestimmten Aktion (*) nicht gestört wird, und die Unzulässigkeit jedweder (*) Kritik, welche die Einheit einer bestimmen Aktion untergräbt oder erschwert."

(Lenin, "Freiheit der Kritik und Einheit der Aktionen", 1906, LW 10, S.447)

Die "Freiheit der Kritik" wird also lediglich durch die Erfordernisse der Durchführung der verbindlichen praktischen Parteibeschlüsse begrenzt. Das eben bedeutet, wie Lenin forderte,

◆ "die Einfügung des innerparteilichen Kampfes in einen schicklichen und würdigen Rahmen, damit dieser Kampf keine Desorganisation bewirke und die positive Arbeit nicht störe".

(Lenin, "Was erstreben wir?", 1904, LW 7, S.450)

Daher kann unbedingte Durchführung eines Beschlusses und

(*) Hervorhebung im Original

(★) Sicher ist in der Praxis die Anwendung dieses Prinzips durchaus nicht leicht. Es ist nicht immer einfach, jeweils konkret zu entscheiden, was die Durchführung einer Aktion nicht behindert und was sie stört. Aber unbeschadet dessen, muß erst einmal das Prinzip klar sein.

die Kritik an diesem Beschuß gleichzeitig erfolgen. Das eben bedeutet, daß die eiserne Disziplin die Kritik und den Meinungskampf in der Partei nicht ausschließt, sondern sogar voraussetzt, da nur eine bewußte Disziplin, die auf den ideologischen Kampf nicht verzichtet, eine wirklich eiserne Disziplin sein kann.

Selbstverständlich können diese zwei Dinge, einerseits Debatte und Kritik und andererseits konsequente Durchführung der Parteibeschlüsse, nur in einer wirklich kommunistischen Partei gleichzeitig erfolgen, denn nur in einer wirklich kommunistischen Partei ist die Disziplin wirklich bewußt, nur dort gründet sie sich auf tiefgehender ideologischer Einsicht in die Notwendigkeit bewußter und freiwilliger Unterordnung unter die Parteibeschlüsse, die niemals "blind", sondern mit tiefem Verständnis durchgeführt werden müssen. In ein Bürokratengehirn allerdings geht das nicht hinein, für dieses gibt es nur eins von beiden: entweder Debatte und Kritik oder widerspruchlose Durchführung, entweder debattieren oder handeln. Diskussion, Kritik usw., das ist für einen Bürokraten allemal eine Störung der politischen Arbeit.

b) "Noch ein offeneres Beispiel" für den Revisionismus des ZK der TKP/ML(B)

Sich seiner Sache so sicher, bringt das ZK der TKP/ML(B) noch ein weiteres Zitat Stalins, was seinen Revisionismus noch deutlicher hervortreten läßt. Im Anschluß an die oben zitierte Passage fährt das ZK der TKP/ML(B) fort:

"Es kann hier der Einwand kommen, daß man Stalin nicht auf die Weise, wie wir ihn auslegten, auslegen kann. Geben wir darum noch ein offeneres Beispiel:

Stalin hält auf dem Vereinigten Plenum des ZK und des ZKK der KPdSU(B) vom 29. Juli - 9. August 1927 eine Reihe Reden. Bei seiner Rede vom 5. August behandelt er die Meinungsverschiedenheiten in grundlegenden Fragen zwischen den Bolschewiki und der 'Opposition'. Bei der Diskussion der dritten grundlegenden Frage sagt er:

'Der Leninismus lehrt, daß die Partei des Proletariats einheitlich und aus einem Guß sein muß, ohne Fraktionen, ohne fraktionelle Zentren, mit einem einheitlichen Parteizentrum, mit einem einheitlichen Willen. Der Leninismus lehrt, daß die Interessen der proletarischen Partei eine bewußte Erörterung der Fragen der Parteipolitik erfordern, ein bewußtes Verhältnis der Mitgliedermassen der Partei zur Parteiführung, Kritik an den Mängeln der Partei, Kritik an ihren Fehlern. Aber der Leninismus fordert gleichzeitig, daß die Parteibeschlüsse von allen Parteimitgliedern widerspruchlos durchgeführt werden, sobald diese Beschlüsse von den leitenden Organen der Partei angenommen

"... und gebilligt sind.' (Stalin, 'Vereinigtes Plenum des ZK und des ZKK der KPdSU(B)', 1927, SW 10, S.69)"
 ("Unsere Haltung...", zitiert nach GDS-Info 12/82, S.21)

Hieran schließt sich die "Interpretation" des ZK der TKP/ML(B), eine revisionistische Meisterleistung, die sich des Wörtchens "widerspruchslos" bemächtigt:

"Soweit wir wissen (!), würde nach einer Beschlüffassung die Behauptung, daß der Beschuß falsch sei, die Grenze von 'widerspruchslos' überschreiten. Oder irren wir uns da? Täuschen wir uns? Ist es so, daß Stalin... hier eine 'zutiefst revisionistische These' vertritt?"
 (ebenda)

Ja, das ist "noch ein offeneres Beispiel", doch wieder ein Beispiel für den Revisionismus des ZK der TKP/ML(B). Tatsächlich, das ZK der TKP/ML(B) "irrt" sich schon wieder, es täuscht nicht nur sich selbst, sondern leider versucht es auch andere zu täuschen.

Mittels einer kleinen "Schiebung", eines Tricks, hat das ZK der TKP/ML(B) den Sinn des Zitats gerade ins Gegenteil verkehrt.

Stalin bezieht "widerspruchslos" eindeutig auf die Durchführung der Beschlüsse, die selbstverständlich schnell und genau in die Tat umgesetzt werden müssen. Bei Stalin ist "gleichzeitig" das Recht auf "Kritik an den Mängeln der Partei", das Recht auf "Kritik an ihren Fehlern", ausdrücklich festgehalten.

Das ZK der TKP/ML(B) bezieht "widerspruchslos" jedoch nicht auf die Frage der Durchführung der Beschlüsse, sondern macht ein Verbot der Diskussion und Kritik daraus, macht daraus so etwas wie "Maul halten". Verbunden wird, eine kritische Ansicht zu einem gefassten Beschuß auch nur zu äußern! Jegliche Möglichkeit eines Kampfes für die Korrektur falscher Beschlüsse ist auf diese Weise beseitigt. Für den innerparteilichen Kampf, für Kritik und Selbstkritik bleibt dieser revisionistischen Ansicht gemäß nach einer Beschlüffassung keinerlei Platz mehr! Und sowas wird als angebliche Position Stalins dargestellt. Das ist in Wahrheit eine antikommunistische Vorstellung von Stalin, eine Verleumdung Stalins, die das ZK der TKP/ML(B) hier propagiert.

Nehmen wir abschließend zu diesem Punkt noch ein Beispiel aus der Praxis der TKP/ML(B) selbst, um zu illustrieren, was marxistisch-leninistische Disziplin bedeutet und was nicht.

Die 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) hat bekanntlich beschlossen, daß sich die gesamte Partei in nächster Zeit intensiv mit den Kritiken der Bruderorganisationen auseinandersetzen soll. Das ZK der TKP/ML(B) war zur widerspruchslosen Durchführung dieses Beschlusses verpflichtet. Die widerspruchslose Durchführung dieses Beschlusses hat das ZK der TKP/ML(B) jedoch praktisch sabotiert und damit die Parteidisziplin verletzt. Gemäß der Disziplin des Leninismus hätte das ZK unbedingt widerspruchslos den Beschuß auf Auseinandersetzung mit den Kritiken

d u r c h f ü h r e n müssen. "Gleichzeitig" mit der korrekten Durchführung dieses Beschlusses hätte das ZK jedoch auch in einer Weise und in Formen, welche die widerspruchslose Durchführung des Beschlusses nicht behindern, seine Meinung äußern dürfen, daß es diesen Beschuß nun doch nicht für richtig hält, kurz, es hätte durchaus kritisch zu diesem Beschuß Stellung nehmen können, zu dessen widerspruchsloser Durchführung es jedoch verpflichtet war.

Stattdessen hat das ZK der TKP/ML(B) ein Jahr kein Dokument der 2.Parteikonferenz veröffentlicht, keine einzige Kritik der Bruderorganisationen an den Dokumenten der 2.Parteikonferenz zur internen, geschweige denn zur öffentlichen Debatte gestellt.

Das ZK der TKP/ML(B) hat es vorgezogen, Monate über die Frage der Einheitsfront mit den Opportunisten aus der Türkei zu diskutieren und mit der revisionistischen TKP(B) Briefe zu wechseln.

2. Revision des Statuts der KPR(B), um die Freiheit der Kritik und Debatte nach Beschußfassung zu liquidieren

Eine Revision an die andere reihend, fährt das ZK der TKP/ML(B) fort:

"Wenn auch dieses Beispiel eine Frage der Auslegung ist, dann geben wir ein noch klareres Beispiel aus dem Statut der KPR(B): In dem von dem VII.Parteitag der KPR(B) 1919 angenommenen Statut heißt es in dem Abschnitt über die Parteidisziplin in Punkt 50:

'50. Straffste Parteidisziplin ist die erste Pflicht aller Parteimitglieder und Parteiorganisationen. Ein Beschuß der zentralen Parteiinstanzen muß schnell und genau ausgeführt werden. Gleichzeitig ist innerhalb der Partei die Erörterung aller Streitfragen des Parteilebens völlig frei, solange über sie noch kein Beschuß gefaßt worden ist.'

Ja, 'solange über sie noch kein Beschuß gefaßt worden ist', 'ist... die Erörterung aller Streitfragen des Parteilebens völlig frei'.

Das ist das Statut der KPR(B). Sagt ihr etwa, daß sie eine 'zutiefst revisionistische These' vertreten?"
(ebenda, S.21/22)

Man fragt sich, warum sich das ZK der TKP/ML(B) mit diesem Zitat in der Hand triumphierend in Pose wirft, spricht doch dieses Zitat ganz und gar gegen das, was das ZK der TKP/ML(B) damit "beweisen" will.

Das Zitat der KPR(B) von 1919 besagt sehr klar, daß die "Erörterung aller Streitfragen des Parteilebens völlig frei" ist, "solange über sie noch kein Beschuß gefaßt worden ist."

Von entscheidender Bedeutung ist hier die Formulierung "völlig frei", auf das Wörtchen "völlig" kommt es an.

Das bedeutet: Vor Beschlußfassung kann "völlig frei" diskutiert werden (im Rahmen der Grundsätze des Parteiprogramms und des Statuts), ob ein entsprechender Beschuß überhaupt gefaßt werden soll, ob ein solcher oder ein anderer Beschuß gefaßt werden soll, ob also in der einen oder anderen Weise politisch einheitlich gehandelt, einheitlich durchgeführt werden soll.

Ist dann aber nach der "völlig freien Debatte ein Beschuß gefaßt worden, dann ist die Debatte nicht mehr "völlig frei". Nach der Beschlußfassung kann vor allem nicht mehr diskutiert werden, ob der gefaßte Beschuß überhaupt durchgeführt werden muß oder nicht. Er muß widerspruchslös durchgeführt werden muß oder nicht. Die Diskussion, die selbstverständlich auch nach der Beschlußfassung weitergehen kann, ist also insofern nicht mehr "völlig frei", als nicht mehr zur Debatte gestellt werden kann, ob der Beschuß durchgeführt werden muß oder nicht, denn gemäß dem Leninismus muß ein gültiger Beschuß unbedingt durchgeführt werden. Das bedeutet Freiheit der Diskussion und Kritik und Einheit der Aktion nach Beschlußfassung in einer bestimmten Frage.

Dieser Standpunkt ergibt sich folgerichtig aus dem ganzen System der Auffassungen des Marxismus-Leninismus in puncto Disziplin und Debatte. Doch das ZK der TKP/ML(B) geht ganz anders heran, es liest aus den Klassikern und aus allem, was es brauchen zu können glaubt, das heraus, womit es seine revisionistische Position rechtfertigen zu können meint. In diesem Fall hat das ZK der TKP/ML(B) in seiner eigenen Darstellung wieder den Sinn des Zitats mittels eines kleinen Taschenspielertricks völlig verdreht. Es verfälscht in seiner eigenen Darstellung das Statut der KPR(B), indem es behauptet, dieses Statut besage,

"daß, solange in einer Frage noch kein Beschuß gefaßt worden ist, die Diskussion frei ist".
(ebenda, S.27)

Aus "völlig frei" hat es einfach "frei" gemacht, was dem Ganzen einen entschieden anderen Sinn, nämlich statt eines marxistisch-leninistischen einen revisionistischen Sinn gibt.

Indem das ZK der TKP/ML(B) das kleine, in diesem Zusammenhang aber entscheidende Wörtchen "völlig" verschwinden läßt, tut es so, als gebe es lediglich vor der Beschlußfassung eine freie Diskussion und Kritik, nicht aber danach. Das Statut der KPR(B) besagt aber gerade das Gegenteil. Es enthält eindeutig, daß es auch nach Beschlußfassung eine freie Diskussion, eine Debatte geben kann, die allerdings aufgrund der Erfordernisse der widerspruchslösen Durchführung der Beschlüsse bzw. des betreffenden Beschlusses nicht mehr "völlig frei" sein kann.

Erläutern wir das wiederum an einem Beispiel aus der Praxis der TKP/ML(B) selbst.

Auf der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) hätte deren ZK "völlig frei" dafür polemisieren können, daß die Kritiken der Bruderorganisationen nicht in nächster Zeit intensiv in der Partei diskutiert werden sollen und das ZK dazu eine Antwort zu verfassen habe. Es hätte "völlig frei" etwa dafür plädieren können, daß diese Kritiken frühestens in einem Jahr oder noch später beantwortet und diskutiert werden sollen. Es hätte sogar "völlig frei" verlangen können, alle diese Kritiken zu ignorieren, in den Mistkübel zu werfen o. dgl.

Nachdem der Beschuß der 2. Parteikonferenz aber gefaßt worden wär, daß sich in nächster Zeit die Parteimitglieder intensiv mit diesen Kritiken auseinandersetzen werden und das ZK eine Antwort zu verfassen hat, konnte das ZK die Debatte darüber nicht mehr "völlig frei" führen, denn es konnte nicht mehr zur Diskussion stehen, ob der Beschuß durchgeführt werden soll oder nicht, denn dieser verbindliche Beschuß hätte durchgeführt werden müssen - und ein nicht opportunistisches ZK hätte das auch gemacht!

3. Revision des Statuts der Kommunistischen Internationale im Sinne der Durchsetzung einer "blindem" Disziplin

Als weiteres Glied in der Kette revisionistischer Verfälschungen kommt auch noch das Statut der Komintern dran, welches das ZK der TKP/ML(B) wie folgt interpretiert:

"So wollen wir dann noch referieren, was in dem Statut der 'Kommunistischen Internationale', die der Ausdruck der ideo-logischen und organisatorischen Einheit war, zu dieser Frage gesagt wird. In dem 1928 angenommenen Statut der Komintern heißt es in dieser Frage:

'...Parteifragen werden von den Parteimitgliedern und Organisationen nur bis zu ihrer Entscheidung durch die entsprechenden Parteiorgane diskutiert. Nach Annahme von Beschlüssen durch Kongresse der Kommunistischen Internationale, Parteitage ihrer Sektionen oder durch deren leitende Parteiorgane müssen diese Beschlüsse unbedingt durchgeführt werden, auch dann, wenn ein Teil der Mitglieder oder der lokalen Parteiorganisationen mit ihnen nicht einverstanden ist...'

('Protokolle des VI. Weltkongresses der Komintern', 1928, Bd. II, Anhang: 'Thesen, Resolutionen, Programm, Statuten', S.101f)

Bitte schön, hier heißt es ganz klar: 'Nur...bis zu ihrer Entscheidung ... diskutiert (man)'. Nachdem der Beschuß gefaßt ist, wird dagegen ganz klar nicht die 'Freiheit der Diskussion' (denn die soll im allgemeinen bis hin zur Beschußfassung genutzt werden), sondern die Pflicht, diese Beschlüsse durchzuführen, betont."

(ebenda, S.27/28)

"Bitte schön", warum nicht auch das Statut der Komintern ver-drehen und verfälschen?!

Nach Beschußfassung ist jede weitere Diskussion zu unterlas-sen - das ist die revisionistische Schlußfolgerung des ZK der TKP/ML(B), die jedoch k e i n e s w e g s dem entspricht, worum es im Statut der Komintern in Wirklichkeit geht.

Der Kerngedanke dieser Passage hängt offenbar direkt mit der Frage der "völlig freien" Debatte v o r Beschußfassung und der nicht mehr "völlig freien" Debatte n a c h Beschußfassung zusammen.

Wenn die Komintern feststellt: "Parteifragen werden von den Parteimitgliedern und Organisationen nur bis zu ihrer Entscheidung durch die entsprechenden Parteiorgane diskutiert", so ist hier offensichtlich davon die Rede, daß v o r der Entscheidung "durch die entsprechenden Parteiorgane" selbstverständlich in der gesamten Partei, ja in der gesamten Komintern "völlig frei" diskutiert werden kann, ob man einen solchen oder möglicherwei-se einen ganz anderen Beschuß fassen soll.

Unter diese "völlig freie" Debatte wird mit der Be-schußfassung "durch die entsprechenden Parteiorgane" i n - s o f e r n ein Schlußstrich gesetzt, als nunmehr die Pflicht der Durchführung der Beschlüsse besteht, worüber es keine De-batte mehr geben kann. Gerade dieser Gedanke der Notwendigkeit der Einheit des Willens und des Handelns zur Durchsetzung der verbindlichen Beschlüsse wird von der Komintern in dieser Pas-sage betont und keineswegs das gesagt, was das ZK der TKP/ML(B) daraus machen will, nämlich ein angebliches Verbot jeglicher Diskussion nach der Beschußfassung. Die Komintern behandelt hier überhaupt nicht die Frage, ob die Parteimitglieder, die Zellen usw. nicht auch über die Beschlüsse diskutieren dürfen, wenn g e s i c h e r t ist, daß unbedingt, unverzüglich und genau durchgeführt wird.

Bemerkenswert ist auch hier wieder, daß das ZK der TKP/ML(B) et-was "herausliest", was in dem Text gar nicht enthalten ist. Dabei macht es allerdings auch wieder deutlich, welches dem Marxismus-Leninismus widersprechendes Verständnis es hat: Faßt ein Parteitag oder ein ZK einen Beschuß, so besteht nach Dafürhalten des ZK der TKP/ML(B) überhaupt keine Notwendigkeit einer Debatte in der Partei und unter den Massen über diesen Beschuß. Ohne Recht auf Debatte und Kritik soll dieser Beschuß von den untergeord-neten Organen durchgeführt werden.

Das widerspricht diametral einer bewußten bolschewistischen Dis-ziplin und den Erfordernissen des demokratischen Zentralismus.

Kernpunkt ist dabei das, was das ZK der TKP/ML(B) in seiner ei-genen Darstellung geflissentlich übergeht und mit "man" bezeich-net: Es geht um die "Entscheidung durch die entsprechenden Par-teiorgane" und die Durchsetzung dieser Entscheidung in der gan-zen Partei.

Wenn in einem leitenden Parteiorgan, etwa dem Parteitag oder dem Zentralkomitee, ein Beschuß gefaßt wird, dann ist klar, daß in

diesem entsprechenden Parteigremium, nachdem dort gerade diskutiert wurde und ein Beschuß gefaßt ist, dort in der Regel die Diskussion der betreffenden Frage nicht ununterbrochen weitergeführt wird. Eine Sitzung des Zentralkomitees oder ein Parteitag oder eine Parteikonferenz hat eine bestimmte Tagesordnung, und wenn zu einem bestimmten Thema die Debatte geführt worden ist, dann ist die Debatte in der entsprechenden Parteiorganisation erst einmal beendet.

Wenn das ZK oder der Parteitag seinen Beschuß aber einer unteren Parteiorganisation oder außerhalb der Partei darstellt, muß dort selbstverständlich wiederum diskutiert werden, muß dort eine durchaus auch kontroverse Debatte stattfinden, um von der Richtigkeit des Beschlusses zu überzeugen und so die entscheidende Voraussetzung für seine korrekte Durchführung zu schaffen. Kurzum, muß der Beschuß auch in dem darunterliegenden, dem breiteren Gremium durchgeführt werden, so muß -nachdem die Diskussion in dem höheren Gremium mit dem Beschuß beendet wurde - auch dort diskutiert werden. Diese Diskussion ist nicht mehr "völlig frei", sie ist begrenzt durch das Erfordernis der Durchführung des Beschlusses. Das unterscheidet sie von der Diskussion in dem höheren Gremium, wo vor der Beschußfassung die Diskussion "völlig frei" war. Darin drückt sich der demokratische Zentralismus aus, die Unterordnung der unteren Organe unter die höheren, der gesamten Partei unter das ZK, des ZK unter den Parteitag.

Was schließlich Beschlüsse, speziell Aktionsbeschlüsse, angeht, die von den Massen außerhalb der Partei durchgeführt werden sollen, ist es nicht nur erforderlich, schon vor der Beschußfassung innerhalb der Partei auf breitestmöglicher Basis demokratische Beratungen durchzuführen, sondern auch nach Beschußfassung innerhalb der Partei muß die Diskussion unter den Arbeiterorganisationen durchgeführt werden. Hier gibt es zudem einen wichtigen Unterschied zur Situation innerhalb der Partei: Der Partei nicht direkt unterstellte Massenorganisationen und erst recht unorganisierte Massen sind selbstverständlich überhaupt nicht verpflichtet, die Beschlüsse der Partei durchzuführen. Hier hängt alles von der Überzeugungsarbeit der Parteikader ab. Es ist, wie Lenin, ausgehend vom Prinzip der proletarischen Demokratie, die als unverzichtbares Element den Meinungskampf über alle Fragen des Klassenkampfes unter den Massen enthält, unterstrich:

- ◆ "Ohne Diskussion (*) werden klassenbewußte Arbeiter eine wichtige Frage niemals entscheiden."
- ◆ (Lenin, "Die Arbeiter sollen entscheiden", 1906, LW 10, S.509)

Die vom ZK der TKP/ML(B) propagierte Ansicht, daß nach Beschußfassung durch die leitenden Organe der Partei die untergeordneten Parteiebenen - und selbst die Arbeitermassen! - ganz ohne Debatte und Kritikmöglichkeit die Parteibeschlüsse durchzuführen hätten, ist eine zutiefst bürokratische, der revisionistischen Entartung der Partei den Weg bereitende These. Da ist es

(*) Hervorhebung im Original

dann nicht mehr weit zu dem Slogan der Hua-Revisionisten: "Wir müssen in all unseren Aktionen des vom Vorsitzenden Hua geführten Zentralkomitees der Partei folgen" - und im übrigen die Klappe halten.

Ganz ohne Zweifel hängt eben mit dieser revisionistischen Ansicht auch der Umstand zusammen, daß das ZK der TKP/ML(B) es bis heute nicht für nötig befunden hat, die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B), dieses höchsten Organs der Partei, in der eigenen Partei, unter den Sympathisanten und unter den Massen zu diskutieren.

4. Der revisionistische Standpunkt, daß es genüge, vor der Beschußfassung zu diskutieren, bereitet der Entartung der Partei den Weg

Ganz allgemein ist es eine Erscheinungsform des Bürokratismus, daß bestimmte Dekrete erlassen und Beschlüsse gefällt werden, die *n i c h t* der Parteilinie entsprechen, aber als "Partei-
beschlüsse", die "unbedingt durchzuführen sind", deklariert werden. Daher ist es eine ständige wichtige Aufgabe eines jeden Kommunisten und eines jeden Revolutionärs, die Beschlüsse und Direktiven auf ihre Übereinstimmung mit der als richtig anerkannten Parteilinie zu überprüfen. Würde von vornherein eine unfehlbare Übereinstimmung zwischen der Parteilinie und den einzelnen Beschlüssen und Direktiven der leitenden Parteinstanzen angenommen, so wären für Revisionisten in führenden Positionen alle Türen offen, dort, wo sie Macht haben, durch Beschlüsse und Direktiven auch ehrliche Genossen für ihre revisionistischen Pläne einzuspannen und könnten Fehler und Abweichungen niemals rechtzeitig entlarvt werden.

Wir halten es für eine sehr wichtige und in bestimmten Situationen lebenswichtige Front des innerparteilichen Kampfes, für die Zurückweisung jener Direktiven und Beschlüsse zu kämpfen, die der marxistisch-leninistischen Linie widersprechen.

Die Beschlüsse und Direktiven der Partei bzw. ihrer verschiedenen Instanzen, insbesondere Änderungen der Linie der Partei gründlich und umfassend von den Grundlagen des Marxismus-Leninismus her zu überprüfen und speziell die Übereinstimmung von Direktiven mit der allgemein beschlossenen Parteilinie zu überprüfen, ist eine Grundvoraussetzung zur wirklich qualifizierten Umsetzung der Linie und der Direktiven einerseits sowie auch für die unbedingt notwendige selbstkritische Aufdeckung der Fehler der Partei und die Aufdeckung der Angriffe von Revisionisten innerhalb der Partei.

Gerade eine "blinde", mehr dem bürgerlichen Kadavergehorsam entsprechende, denn der bolschewistischen Bewußtheit gemäße Halbung zu den Parteibeschlüssen ist ohne Zweifel ein wichtiger Nährboden einer möglichen bürgerlichen Entartung der kommunistischen Partei. Deshalb kommt es geradezu einer Propaganda der Einschläferung gegenüber dieser Gefahr gleich, wenn das ZK der TKP/ML(B) propagiert, daß eigentlich gar keine Notwendigkeit zur Debatte der Parteibeschlüsse bestehe, daß eine solche Debatte genausogut,

ja sogar besser vor der Beschußfassung stattfinden könnten und das vollkommen ausreiche. Ausdrücklich schreibt das ZK der TKP/ML(B) gegen die von GDS vorgenommene Aufzählung der wichtigsten Aspekte, die dazu führen, "daß durchaus auch nach dem Beschuß des ZK bzw. der Führung eine kontroverse Debatte über die Richtigkeit des Beschlusses erlaubt ist" (siehe "Stellungnahme und Kritik von GDS an der TKP/ML(B) anlässlich der Debatte um den 1. Mai 1982", in: "Dokumente zur Debatte...", I, S.106):

"GDS denkt überhaupt nicht daran, daß all dies, was sie hier sagt, auch für eine Diskussion vor der Beschußfassung (*) möglich ist. Die leitenden Organe der Partei können auch, bevor sie einen Beschuß fassen, ihre Ansichten zu der Frage der Partei eröffnen und darüber debattieren. Und den Beschuß kann es danach fassen. In allen wichtigen Fragen ist der richtige Weg sowieso so! GDS zieht aus all dem den Schluß, 'daß durchaus (auch - das Wort fehlt beim ZK, AdV) nach dem Beschuß des ZK bzw. der Führung eine kontroverse Debatte über die Richtigkeit des Beschlusses erlaubt ist'. Wir dagegen kommen zu dem Schluß, daß es notwendig ist, die Diskussion vor der Beschußfassung zu führen." ("Unsere Haltung....", zitiert nach GDS-Info 12/82, S.23)

Nach der Beschußfassung ist die Diskussion nicht notwendig... es wird schon alles seinen sozialistischen Gang gehen - so könnte man diese äußerst gefährliche, direkt zur revisionistischen Entartung führende These des ZK zusammenfassen.

Die Vorstellung des ZK der TKP/ML(B), daß die Debatte "im allgemeinen" vor einem Beschuß zu führen sei, ist eine gefährliche Halbwahrheit, die auf morschen Voraussetzungen beruht.

Vor allem hat diese Vorstellung des ZK der TKP/ML(B) zur Voraussetzung, daß die Beschlüsse im allgemeinen richtig sind.

Es leuchtet unmittelbar ein, daß in dem Moment, in dem ein Beschuß falsch ist, der richtigen Parteilinie bzw. den marxistisch-leninistischen Prinzipien widerspricht oder auch einfach den Anforderungen der Praxis nicht gerecht wird, die scharfe Debatte gerade nach dem Beschuß forciert werden muß. Bei manchen Beschlüssen, die zunächst sogar richtig schienen, stellt sich erst bei ihrer Umsetzung und den dabei gemachten Erfahrungen heraus, daß der Beschuß Fehler enthält oder überhaupt falsch ist. Für ein bürokratisches Konzept nach dem Motto "Die Beschlüsse der übergeordneten Parteiorganisation sind 'im allgemeinen', 'in der Regel' richtig", also könne man von dieser Voraussetzung ausgehen, ist dies unverständlich. Nach dem Motto "Die Partei hat in der Regel recht" - in leicht abgewandelter Form haben wir hier das sattsam bekannte Motto "Die Partei, die Partei hat immer recht" vor uns - wird die entscheidende Aufgabe im Kampf gegen die revisionistische Entartung negiert: Jeder Beschuß muß auf seine Richtigkeit hin überprüft werden. Die Frage Nr.1 ist immer, ob ein Beschuß wohlgegründet und richtig ist oder nicht.

Die Marxisten-Leinisten, die im Kampf gegen die revisionistische Entartung stehen, müssen sich grundsätzlich gegen die fau-

(*) Hervorhebung im Original

le Methode wehren, aus Verallgemeinerungen wie, daß "in der Regel" die Beschlüsse richtig seien, die falsche Schlußfolgerung zu ziehen, daß daher es "in der Regel" genüge, sich nur noch zu überlegen, wie der Beschuß umgesetzt werden soll, und keine besondere Notwendigkeit bestehe, stets vorrangig sich bewußt zu machen, was umgesetzt werden soll. Die Praxis zeigt, daß jene, die in diese Richtung ihre Propaganda und Erziehung durchführen, es offensichtlich nötig haben, zu solchen faulen Schlußfolgerungen zu greifen, weil auch der Inhalt ihrer Dekrete und Beschlüsse faul ist.

Selbst in einer Partei, in der nachweislich die Mehrheit der Beschlüsse richtig war, ist eine derartige Schlußfolgerung aus dieser Tatsache für die Zukunft verhängnisvoll, ja tödlich. Sie schläfert die Wachsamkeit der Kommunisten ein, sie richtet sich dagegen, daß die kommunistische Partei anhand ihrer Fehler, die nicht ein für allemal zu verhindern sind, lernt, und bereitet so der bürgerlichen Degenerierung den Weg.

Das ZK der TKP/ML(B) spricht nicht so deutlich aus, daß es "im allgemeinen" von richtigen Beschlüssen ausgeht. Aber seine revisionistischen Auffassungen stützen sich auf solche Vorstellungen. Der innerparteiliche Kampf und die Kritik und Selbstkritik sollen ja gerade "in der Regel", "im allgemeinen" nach der Beschußfassung liquidiert werden.

5. Die Dühringsche Erfindung einer bloßen "Wie"- Diskussion, in der die kritische Erörterung des "Was" verboten ist

Die Liquidierung des innerparteilichen Kampfes und der Kritik und Selbstkritik nach Beschußfassung kommt am deutlichsten in der an die Leistungen Dührings erinnernden Erfindung des ZK der TKP/ML(B) zum Ausdruck, zwischen einer "Kontrovers"-Diskussion und einer "Wie"-Diskussion zu unterscheiden, um nach Beschußfassung eine wirkliche Debatte im leninistischen Sinne zu sabotieren und unmöglich zu machen.

Bereits in seiner zum 1. Mai 1982 vorgebrachten revisionistischen These heißt es:

"Im allgemeinen finden wir es nicht richtig, daß über einen Aktion beschluß debattiert wird, nachdem der Beschuß gefaßt worden ist. Bei der Aktion muß man nach dem Fällen des Beschlusses darüber diskutieren, wie man diesen Beschuß am besten durchführt, Aufgaben verteilen usw." ("Dokumente zur Debatte...", I, a.a.O., S.125/26)

In seinem "Antwortpapier" schreibt das ZK der TKP/ML(B) dann dazu:

"Nun kann man sagen, ja aber damit der Beschuß durchgeführt wird, ist es notwendig, diesen begreiflich zu machen. Damit er begreiflich wird, muß man diskutieren. Natürlich ist dies so. Auch nach der Beschußfassung wird diskutiert, wird diskutiert werden. Jedoch hat sich das besondere Ziel der Diskussion verändert. Das besondere Ziel der

Diskussion liegt darin, daß dieser (der Beschuß) begreiflich gemacht und durchgeführt wird. Das hauptsächliche Ziel, das die Diskussion vor der Beschußfassung mit dem besonderen Ziel, das die Diskussion nach der Beschußfassung besitzt, miteinander zu vermischen, bedeutet, Weizen und Spreu miteinander zu vermengen."

("Unsere Haltung...", a.a.O., S.26)

Nach der Beschußfassung soll die Diskussion also darauf beschränkt werden, den Beschuß "begreiflich zu machen", zu klären, "wie" durchgeführt werden soll. Ausdrücklich soll also ausgeklammert werden, ob der Beschuß richtig oder falsch ist, verboten werden soll damit auch jegliche Kritik, die nach Darstellung des ZK der TKP/ML(B) nach der Beschußfassung angeblich nicht zulässig sei, weil "widerspruchslos", lies "blind", durchgeführt werden soll.

Eine solche Begrenzung der Diskussion ist prinzipiell falsch und sogar in sich unlogisch, da selbstverständlich in einer ernsten Diskussion über die optimale Durchführung eines f a l s c h e n Beschlusses die Debatte zwangsläufig auf den Punkt kommt, wo jeder die Frage: "Ist der Beschuß überhaupt richtig oder falsch?" aufwerfen muß.

Eine Erziehung hin zu einer solchen Debatte ist ja der Grundpfeiler des Gedankens der Kontrolle der Führung durch die Parteimitglieder und auch die parteilosen Massen, auch durch die Arbeiterorganisationen. Eine künstliche Trennung der kontroversen Debatte von der sogenannten Debatte "Wie durchführen?" bzw. der Debatte des bloßen "Begreiflichmachens" ist das Produkt eines revisionistisch-bürokratischen Hirns, das eben davon ausgeht, daß seine "sieben mal gemessenen und einmal abgeschnittenen" Beschlüsse "im allgemeinen richtig" sind!

Diese aus opportunistischen Erwägungen heraus künstlich ersonnene Unterscheidung beruht ganz auf dem vom ZK der TKP/ML(B) propagierten revisionistischen "blinden" Disziplinverständnis. Im Teil A) haben wir bereits kritisiert, daß den Parteimitgliedern und auch den mit der Partei sympathisierenden Arbeitern nach der Beschußfassung durch die Parteiführung bzw. den Parteitag einfach mitgeteilt werden sollte, was sie zu vertreten haben, nachdem sie nunmehr "wissen", "in welchen Punkten wir welche Positionen haben" (siehe "Über unsere Linie und unser Verständnis der Disziplin", in "Dokumente zur Debatte...", III, S.63). Jetzt erfahren wir, daß lediglich eine Debatte zugelassen werden soll, um den Beschuß "begreiflich" zu machen, um die Leute zu instruieren, "wie" der Beschuß aufzufassen und durchzuführen ist. Ganz klar: Wer in dieser Debatte kritische Fragen nach dem "Was" stellt, wer an seiner kritischen Meinung festhält, der hat halt nicht "begriffen", was die "weise Führung" sich ausgesonnen hat oder ist sogar ein übler Quertreiber, der die Durchführung der praktischen Parteipolitik sabotiert. Genau auf diese Weise wird die Führung der TKP/ML(B) in der Praxis gegen Kritiker vorgehen, welche es wagen, offen ihre Ansichten zu äußern.

Hinter dieser bürokratischen Vorstellung steht im Grunde, daß

"die Partei, die Partei immer recht" habe. Das bildet in der Tat eine gefährliche Quelle des Übels, um in entscheidenden Momenten des innerparteilichen Kampfes das eigene Gehirn auszuschalten, abzuwarten und die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen, "treu" und blind, nicht bewußt, sondern im direkten Sinne des Wortes bewußtlos alles, was "von oben" kommt, durchzuführen, und Kaiserneinhofmethode statt demokratischen Zentralismus in der Partei als Normalzustand zu betrachten, sich allerhöchstens noch den Kopf über Details des "Wie durchführen?" zu zerbrechen, aber nicht über die entscheidende Frage, was durchgeführt werden soll, eine marxistisch-leninistische Linie oder eine revisionistische Linie.

6. Revisionistische Spekulationen mit der "Unionsdebatte"

Die ganze Polemik des ZK der TKP/ML(B) richtet sich dagegen, daß nach der Beschußfassung eine kontroverse Debatte stattfinden kann, daß auch nach Beschußfassung Debatte und Kritik weitergehen, wenn auch nicht "völlig frei" weitergehen können. Seine revisionistische Position gipfelt in der Position, nach Beschußfassung sogar die bloße Äußerung einer kritischen Ansicht verbieten zu wollen.

Das ZK der TKP/ML(B) steht dabei natürlich vor der Frage, wie sich denn der innerparteiliche Kampf nach Beschußfassung vollziehen soll. Es umgibt diese grundlegende Frage, es läßt im Dunkeln, wie nach Beschußfassung Kritik und Selbstkritik und innerparteilicher Kampf durchgeführt werden sollen.

Das ZK schreibt dazu:

"Nun schön, was werden denn die machen, die Beschlüsse nicht teilen? Das, was sie machen werden, liegt klar auf der Hand: Sie werden den Beschuß durchführen. Darüberhinaus werden sie entsprechend der Klauseln des Statuts dafür kämpfen, daß der Beschuß, den sie nicht teilen, abgeändert wird - und dies bedeutet bei Aktionsbeschlüssen im allgemeinen, daß danach eine Selbstkritik gemacht wird - und fordern, daß das Thema, das schon diskutiert und zu dem schon ein Beschuß gefaßt wurde, wieder als Thema zur Diskussion gestellt wird. Für solche Situationen gibt es in den Statuten der kommunistischen Parteien klare Klauseln."

(ebenda, S.28)

Tatsächlich geht es dem ZK der TKP/ML(B) um eine ganz bestimmte Klausel. An anderer Stelle schreibt es:

"Die Fassung des Beschlusses bedeutete, daß die Diskussion der (zur Diskussion anstehenden) Frage damit beendet wurde! Und dies, bis in dieser Frage nach der Klausel des Statuts eine neue Diskussion eröffnet wurde."

(ebenda, S.22)

Diese "Klausel" ist jene über die Eröffnung einer "Unionsdebatte", d.h. einer Diskussion im Landesmaßstab. Das ZK zitiert dazu:

"So heißt es in dem Statut, welches vom XIX. Parteitag der KPdSU angenommen wurde (also zu Bedingungen, wo das Proletariat sich an der Macht befand und ein starker sozialistischer Block existierte!!!), daß eine breite Diskussion auf Landesebene nur 'dann als notwendig betrachtet werden (kann), wenn

- a) diese Notwendigkeit wenigstens von mehreren örtlichen Parteiorganisationen im Gebiets- oder Republikmaßstab anerkannt wird;
- b) Wenn innerhalb des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in den wichtigsten Fragen der Parteipolitik keine genügend feste Mehrheit vorhanden ist;
- c) Wenn das Zentralkomitee, ungeachtet des Vorhandenseins einer festen Mehrheit im ZK, die einen bestimmten Standpunkt vertritt, es dennoch für notwendig erachtet, die Richtigkeit seiner Politik durch eine Erörterung in Form einer Parteidiskussion zu überprüfen.

Nur die Erfüllung dieser Bedingungen gibt der Partei die Gewähr gegen den Mißbrauch der innerparteilichen Demokratie durch parteifeindliche Elemente. Nur unter diesen Bedingungen ist damit zu rechnen, daß die innerparteiliche Demokratie der Sache zum Nutzen gereicht und nicht zum Schaden der Partei und der Arbeiterklasse ausgenutzt wird.' ('Beschlüsse des XIX. Parteitags, III., Parteiaufbau, innerparteiliche Demokratie, Paragraph 28')

GDS diskutiert in seiner Schrift alle diese Fragen nicht."
(ebenda, S.28)

Ja, GDS diskutiert die Frage der "Unionsdebatte" in seinem 1. Mai-Papier nicht, da sie mit der zur Debatte stehenden Frage nichts zu tun hat. Es gehört dagegen zum Sophismus des ZK der TKP/ML(B), alle möglichen Dinge anzuführen, die mit der gegenständlichen Frage nichts zu tun haben, um so Verwirrung zu stiften. Aber da das ZK der TKP/ML(B) das Beispiel schon gebracht hat, kann auch daran einmal mehr sein revisionistisches Verständnis veranschaulicht werden.

Das ZK der TKP/ML(B) hat klar und deutlich festgestellt, daß es seiner Meinung nach Beschußfassung keine Diskussion mehr geben darf, bis "in dieser Frage nach der Klausel des Statuts eine neue Diskussion eröffnet wurde". Wird eine solche "allgemeine Debatte" nicht offiziell eröffnet, so gibt es keine Diskussion - und damit gibt es auch keinen innerparteilichen Kampf in der betreffenden Frage. Das ist der Kern.

Im übrigen kann gemäß den Ansichten des ZK der TKP/ML(B) in Wirklichkeit nach der Beschußfassung nicht einmal der Kampf für die Eröffnung einer solchen "allgemeinen Debatte" geführt werden. Dies würde ja bedeuten, daß die abweichende Ansicht die Möglichkeit hat, sich in der ganzen Partei darzustellen, um von der Notwendigkeit einer solchen "allgemeinen Debatte" zu überzeugen. Aber das ist nach Ansicht des ZK der TKP/ML(B) ja verboten! Von der Möglichkeit, einen innerparteilichen Kampf

zu führen, Kritik und Selbstkritik zu praktizieren, ist faktisch also gar nichts übrig geblieben. Es bleibt faktisch ganz im "Ermessen" des ZK, ob eine solche Debatte anberaumt wird oder nicht.

Grundlegend ist, daß die ganze Berufung auf die "Unionsdebatte" fehl am Platz ist. Es entspricht nicht dem Marxismus-Leninismus und widerspricht auch ganz der Theorie und Praxis der KPdSU(B) unter Führung Lenins und Stalins, den innerparteilichen Kampf, die Debatte in der Partei, auf eine Situation zu reduzieren, in der die Bedingungen für eine "allgemeine Debatte" erfüllt sind. Ganz klar ist doch: Nicht jede Debatte in einer Zelle, einer Region usw. muß eine Unionsdebatte sein, so daß die angeführten Kriterien für eine Unionsdebatte selbstverständlich nicht zur Abwägung jeder Debatte benutzt werden dürfen! Die im Statut der KPdSU vorgesehene Möglichkeit einer "Unionsdebatte" war keineswegs die gewöhnliche und übliche Form der Diskussion in der KPdSU, sondern stellte eine besondere Möglichkeit für Situationen dar, die bereits außerordentlich charakter hatten, z.B.: "Wenn innerhalb des ZK der KPdSU in den wichtigsten Fragen der Parteipolitik keine genügend feste Mehrheit vorhanden ist", was ohne Zweifel bereits eine sehr zugespitzte Situation darstellt. Daraus wird ersichtlich, daß diese "Klausel" keinesfalls regelt, wann überhaupt in der Partei diskutiert werden darf und wann nicht, wie es das ZK der TKP/ML(B) fälschlich erscheinen läßt. Die Anwendung dieser "Klausel" damit gleichzusetzen, ob diskutiert werden darf oder nicht, ist ein äußerst übler Trick, mit dem die innerparteiliche Debatte, der innerparteiliche Kampf und die Kritik und Selbstkritik "in der Regel" verboten werden sollen.

Auch an diesem Punkt zeigt sich:

Das ZK der TKP/ML(B) geht an den Marxismus-Leninismus grundlegend revisionistisch heran, es pickt sich jeweils das heraus, was es für seine Zwecke brauchen zu können glaubt und "übersieht" geflissentlich all das, was ihm nicht in den Kram paßt. So auch in diesem Fall. In demselben Statut des XIX. Parteitags der KPdSU heißt es ausdrücklich - wie in den vorangegangenen Statuten der KPdSU(B) :

- * "Die freie und sachliche Erörterung der Fragen der Parteipolitik in den einzelnen Organisationen oder in der Partei in ihrer Gesamtheit ist ein unantastbares, sich aus der innerparteilichen Demokratie ergebendes Recht jedes Parteimitgliedes."
- * ("Statut der KPdSU", III, 28, 1952, in "Neue Welt", Heft 22, S.2900, November 1952)

In bezug auf die Frage, die wirklich zur Diskussion steht, heißt es in diesem Statut, was vom ZK der TKP/ML(B) revisionistisch geleugnet wird:

- * "In den Städten und Rayonzentren werden zur Erörterung der wichtigsten Beschlüsse der Partei und der Regierung Versammlungen des Aktivs der Rayonorganisationen der Partei einberufen, wobei diese Aktivversammlungen nicht zu Paradezwecken

- * und nicht zu einer formalen feierlichen Billigung dieser Be-
- * schlüsse einberufen werden sollen, sondern zu ihrer tatsäch-
- * lichen Erörterung."
- * (ebenda, III, 27)

"Tatsächliche Erörterung" - das bedeutet, wie Lenin wiederholt klargemacht hat, nicht nur Debatte über das "Wie", nicht nur Debatte, um "begreiflich" zu machen, aber ohne Recht auf die Äußerung kritischer Ansichten, sondern "tatsächliche Erörterung" bedeutet, daß eine wirkliche Debatte durchgeführt wird, in der die tatsächlichen Meinungen vorgebracht werden, in der selbstverständlich auch die Frage der Richtigkeit des Beschlusses bzw. der Beschlüsse debattiert werden kann.



II. REVISION DER ALLGEMEINGÜLTIGEN LEHREN DES LENINISMUS ÜBER
DIE NOTWENDIGKEIT DER DEBATTE VON PARTEITAGSBESCHLÜSSEN
NACH DEM PARTEITAG

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Um zu zeigen, daß die These des ZK der TKP/ML(B) "Im allgemeinen finden wir es nicht richtig, daß über einen Aktionsbeschluß debattiert wird, nachdem der Beschuß gefaßt worden ist" von ihren Grundlagen her revisionistisch ist, führte GDS in ihrer "Stellungnahme und Kritik an der TKP/ML(B) anlässlich der Debatte um den 1.Mai 1982" auch Lenin an und schrieb:

"Nach dem sogenannten Vereinigungsparteitag, dem IV. Parteitag, forderte Lenin die Diskussion aller Beschlüsse dieses Parteitags, auch der Beschlüsse, in denen es um die Vorbereitung von Aktionen ging. Über diese Diskussion der Beschlüsse des höchsten Gremiums der Partei, das noch über dem ZK steht, nämlich dem Parteitag, schrieb er:

'Man muß die b r e i t e s t e Diskussion der Parteitagsbeschlüsse durchsetzen, muß von allen Parteimitgliedern eine völlig bewußte und kritische Stellungnahme zu diesen Beschlüssen fordern. Man muß erreichen, daß alle Arbeiterorganisationen mit voller Kenntnis der Sache ihre B i l l i g u n g oder M i ß b i l l i g u n g dieses oder jenes Beschlusses zum Ausdruck bringen. Diese Diskussion muß in der Presse, in Versammlungen, in Zirkeln und Gruppen geführt werden, wenn wir wirklich ernstlich entschlossen sind, den demokratischen Zentralismus in unserer Partei durchzuführen, wenn wir entschlossen sind, die Arbeitermassen zu einer bewußten Lösung der Parteifragen heranzuziehen.

Aber in einer einheitlichen Partei darf dieser ideologische Kampf die Organisation nicht spalten, darf er die Aktionseinheit des Proletariats nicht stören. Das ist ein in der Praxis unserer Partei noch neues Prinzip, und man wird viel Arbeit aufwenden müssen, um es richtig in die Tat umzusetzen.

Freiheit der Diskussion und Einheit der Aktion - das ist es, was wir erreichen müssen.' (Lenin, 'Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR', 1906, LW 10, S.383/384)" ("Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B)", I, Nov.1982, S.107/108)

Das ZK der TKP/ML(B) hat nicht übersehen, daß diese allgemeingültigen Lehren Lenins, die sich folgerichtig aus dem Prinzip "Freiheit der Diskussion und Einheit der Aktion" ergeben, im diametralen Gegensatz zu seiner eigenen revisionistischen These stehen. Diesen Widerspruch "löste" es durch die Revision dieser prinzipiellen Lehren Lenins, was zu einer ganzen Reihe weiterer revisionistischer Absurditäten führte, auf die es noch näher einzugehen gilt.

1. Das ZK der TKP/ML(B) leugnet die grundsätzliche Notwendigkeit der Debatte von Parteitagsbeschlüssen

Nachdem das ZK der TKP/ML(B) in seinem Papier auf einige besondere "Bedingungen" hingewiesen hat, unter denen seinerzeit der IV. Parteitag der SDAPR stattgefunden habe, ruft es aus:

"Es ist eine Karikatur auf Lenin, wenn man, ohne diese konkrete Situation zu schildern, diese Stelle zitiert und die Sache so hinstellt, als ob es sich dabei um die allgemeine Haltung Lenins handelte, und so tut, als ob Lenin im allgemeinen der Ansicht wäre, daß man die Beschlüsse des Parteitags diskutieren, die Billigung oder Mißbilligung dieses oder jenes Beschlusses von den Arbeiterorganisationen einholen muß. Nein, Lenin war natürlich im allgemeinen nicht dafür, die Beschlüsse des Parteitags auch nach dem Parteitag zu diskutieren. Er war natürlich wie alle Kommunisten dafür, daß im allgemeinen die Beschlüsse des Parteitags vor der Beschußfassung diskutiert wurden."

("Unsere Haltung...", a.a.O., S.25)

Im allgemeinen ist es nicht richtig, die Beschlüsse des Parteitags nach dem Parteitag in der Partei und unter den Arbeiterorganisationen zu diskutieren - das ist die These des ZK der TKP/ML(B), die es auch Lenin unterzuschieben versucht, indem sie die von GDS zitierten Feststellungen Lenins zu einer Art "Ausnahmefall" degradiert.

Tatsächlich stammen die zitierten Ausführungen Lenins über die "breiteste Diskussion der Parteitagsbeschlüsse" aus einer Zeit, als der Zustand in der Partei nicht "normal" war, als noch die Fraktionen der Bolschewiki und Menschewiki nebeneinander bestanden. Das ändert aber nichts am allgemeingültigen Kern der Ausführungen Lenins.

Die Diskussion der Parteitagsbeschlüsse ist nämlich ein unbedingtes Erfordernis der bewußten bolschewistischen Parteidisziplin, ein unbedingtes Erfordernis der innerparteilichen Demokratie, ein unbedingtes Erfordernis der öffentlichen Rechenschaftspflicht der Partei vor den Massen. Das geht aus buchstäbliche allen Stellungnahmen Lenins zu diesem Thema ganz klar hervor.

Eine solche offene und öffentliche Diskussion ist nicht nur ein Erfordernis, um die Parteitagsbeschlüsse bewußt in die Tat umzusetzen, sondern auch, um Beschlüsse, die falsch sind, kritisieren und korrigieren zu können, um eine bewußte Meinung dazu herauszubilden, die es "in Beschlüsse eines neuen Parteitags umzuwandeln" gilt, damit Schaden von der Partei abgewendet wird.

Die Diskussion der Parteitagsbeschlüsse verbieten zu wollen, heißt der Partei die Möglichkeit der Korrektur von falschen Beschlüssen zu nehmen, heißt der revisionistischen Entartung den Weg zu bereiten! Konkret gesprochen:

a) Es ist eine gefährliche Halbwahrheit, lediglich festzustellen,

"daß im allgemeinen die Beschlüsse des Parteitags vor der Beschußfassung diskutiert wurden."
(ebenda)

Selbstverständlich muß ein Parteitag gründlich vorbereitet werden, und die zum Beschuß anstehenden Fragen (mit Ausnahme geheimer, militärischer und dgl. Fragen) müssen in der Partei und in der Öffentlichkeit vor Beschußfassung gründlich diskutiert werden. Das versteht sich von selbst, wenn auch die Praxis der TKP/ML(B) dem entgegengesetzt ist, wie die 2. Parteikonferenz dieser Partei gezeigt hat.

Doch selbstverständlich kann diese Debatte vor dem Parteitag das Ergebnis, die Beschlüsse des Parteitags, nicht vorwegnehmen. Ansonsten wäre der Parteitag nur eine Farce, ein "Paradefeiertag". Das würde ganz und gar der Rolle eines Parteitags als des höchsten Gremiums der Partei widersprechen. Die Beschlüsse des Parteitags müssen in der ganzen Partei und unter den Massen nach dem Parteitag diskutiert werden, um die auf dem Parteitag erarbeiteten Ergebnisse in der ganzen Partei bewußt zu machen.

b) Die von Lenin geforderte "breiteste Diskussion der Parteitagsbeschlüsse", damit alle Parteimitglieder "eine völlig bewußte und kritische Stellungnahme" einnehmen, ergibt sich gerade auch aus der realen Möglichkeit, daß ein Parteitag falsche Beschlüsse annimmt. Die bürokratische These, daß es "im allgemeinen" nicht notwendig und nicht richtig sei, nach dem Parteitag die Parteitagsbeschlüsse breit zu diskutieren, geht faktisch von der Annahme aus, daß die Parteitagsbeschlüsse richtig sind, was nicht nur in der Realität keineswegs immer der Fall ist, sondern vor allem auch der Erziehung zu einer "völlig bewußten und kritischen Stellungnahme" der Parteimitglieder widerspricht.

c) Die Debatte der Parteitagsbeschlüsse ist auch ein grundsätzliches Erfordernis des innerparteilichen Kampfes, der es manchmal sogar notwendig macht, nach dem Parteitag die Debatte in verschärfter Form weiterzuführen, wenn zwar auf dem Parteitag über die umstrittene Frage ein Beschuß herbeigeführt worden ist, aber die Widersprüche nicht beseitigt worden sind. Dann wird unter der Bedingung, daß die Beschlüsse durchgeführt werden müssen, die Debatte weitergeführt. Wurde ein richtiger Beschuß gefaßt, so wird gerade anhand der Praxis im innerparteilichen Kampf bewiesen werden, warum der Beschuß richtig ist, warum ein anderer Beschuß falsch gewesen wäre. War der Beschuß falsch, so dienen die Ergebnisse der Umsetzung des Beschlusses womöglich dazu, daß der nicht richtige, nicht dem Zweck entsprechende Beschuß raschest möglich aufgehoben und durch einen richtigen Beschuß ersetzt werden kann.

d) Ein Hohn auf die proletarische Demokratie ist schließlich, daß das ZK der TKP/ML(B) in Abrede stellt, daß grundsätzlich die Beschlüsse des Parteitags unter den Massen, unter den Arbeiterorganisationen diskutiert werden müssen. Das ZK der TKP/ML(B) stellt es geradezu als absurd hin, anzunehmen, daß es "im allgemeinen" erforderlich sein könnte, "die Billigung oder Mißbilligung dieses oder jenes Beschlusses von den Arbeiterorganisationen" einzuholen.

Gegen alle Erscheinungen der Kommandosucht, des bürokratischen Herantretens an die parteilosen Massen verteidigten Lenin und Stalin unermüdlich die gegenüber der Klasse und den Massen auf der proletarischen Demokratie beruhende Führungsmethode der kommunistischen Partei, die allein die Gewähr gibt, daß die Partei wirklich feste, unlösbare Bande zur Klasse und zu den werktätigen Massen knüpft und im Klassenkampf ihre politische Führungsrolle wirkungsvoll zur Geltung bringen kann.

Stalin verteidigte gegen Trotzki und andere Opportunisten, daß die Massen bzw. die parteilosen Massenorganisationen keinesfalls bürokratisch-administrativ "geführt" werden dürfen, und betonte:

- ◆ "daß es eigentlich undenkbar ist, mit Methoden des Zwanges die Bewußtheit der Massen zu entwickeln oder ihr Vertrauen zur Sowjetmacht zu stärken."
- ◆ (Stalin, "Unsere Meinungsverschiedenheiten", 1921, SW 5, S. 12)

An anderer Stelle betonte Stalin ebenso:

- ◆ "Die Autorität der Partei beruht auf dem Vertrauen der Arbeiterklasse. Das Vertrauen der Arbeiterklasse aber wird nicht durch Gewalt erworben - durch Gewalt könnte es nur vernichtet werden - , sondern durch die richtige Theorie der Partei, durch die richtige Politik der Partei, durch die Ergebenheit der Partei für die Sache der Arbeiterklasse, durch ihre Verbundenheit mit den Massen der Arbeiterklasse, durch ihre Bereitschaft und ihre Fähigkeit, die Massen von der Richtigkeit ihrer Lösungen zu überzeugen (*)."
- ◆ (Stalin, "Zu den Fragen des Leninismus", 1926, SW 8, S. 38)

Daraus wird ersichtlich, daß alle Vorstellungen, denen zufolge eigentlich gar keine besondere Notwendigkeit bestehe, die Beschlüsse der Partei, speziell ihrer Parteitage, unter den breiten Massen zu diskutieren, mit dem Leninismus nichts zu tun haben. Solche Vorstellungen laufen notwendig auf die zutiefst bürokratische, ja regelrecht sozialfaschistische Ansicht hinaus, daß die Massen widerspruchslös dem "Kommando" der Partei folgen müßten, wie es die Deng-Hua-Revisionisten und andere revisionistische Demagogen propagieren, die nicht die wirkliche Überzeugung und Bewußtheit, sondern nur den blinden Kadavergehorsam brauchen können, um ihr finsteres Werk zu betreiben.

(*) Hervorhebung im Original

Jedes Abgehen von der leninistischen Linie der Überzeugung der breiten Massen, jeder Versuch, Methoden des Kommandierens einzuführen, bedeutet, wie Stalin warnend betonte,

◆ "den Zerfall sowohl der Klassen- als auch der Parteidisziplin."
 ◆ (Stalin, "Zu den Fragen des Leninismus", 1926, SW 8, S.39)

★ ★ ★

Alle diese grundsätzlichen Notwendigkeiten, die sich ergeben aus den Erfordernissen

- des innerparteilichen Kampfes,
- der innerparteilichen Demokratie,
- der proletarischen Demokratie und der Methode der Überzeugung der Arbeitermassen,
- der Kritik und Selbstkritik,

zählen für das ZK der TKP/ML(B) nichts, sie werden einfach beiseitegeschoben. Nach Beschußfassung wird "im allgemeinen" nicht debattiert, aus, basta.

2. Offene Revision der Prinzipien des Leninismus unter dem Vorwand der "konkreten Bedingungen": Debatte der Parteitagsbeschlüsse nur erlaubt, wenn zwei Linien bestehen und die falsche vorherrscht

Um den innerparteilichen Kampf mit aller Konsequenz führen zu können, ist es nicht nur notwendig, die liberalistische Konzeption eines "immerwährenden Kampfes zweier Linien" zu bekämpfen, sondern es müssen auch alle bürokratischen Thesen, welche die bewußte bolschewistische Disziplin durch formale und bline Disziplin zu ersetzen suchen, energetisch bekämpft werden. Beide Konzeptionen schließen sich nicht aus, ja können sogar direkt nebeneinander existieren, und beide Konzeptionen stehen der marxistisch-leninistischen Lehre von der - durch den richtig geführten innerparteilichen Kampf bewußt gemachten, das heißt, der auf Einsicht beruhenden - Disziplin und der daraus erwachsenden Einheit feindlich gegenüber.

Die bürokratische Form der Negierung der Gesetzmäßigkeit des innerparteilichen Kampfes führt in der Praxis - nicht anders als die "Theorie des ständigen Kampfes zweier Linien" - dazu, daß auf den Kampf gegen den Opportunismus in der Partei verzichtet wird. Erklärt die "Theorie des ständigen Kampfes zweier Linien" die Existenz einer revisionistischen Linie geradezu als gesetzmäßig und normal, was zwangsläufig zu Liberalismus ihr

gegenüber führt, so folgt aus der Negierung der Gesetzmäßigkeit des innerparteilichen Kampfes praktisch der Verzicht auf den Kampf gegen den Opportunismus bzw. man erkennt ihn nur in ganz besonderen Situationen als nötig an, dann nämlich, wenn bereits zwei Linien bestehen.

Die revisionistische Formel des ZK der TKP/ML(B) lautet:

"Ja, in einer Partei, in der es zwei Linien gibt und die falsche Linie vorherrschend ist, sind die Marxisten-Leninisten im Recht, auch die Forderung aufzustellen, die Beschlüsse des Parteitags zu diskutieren."
("Unsere Haltung...", a.a.O., S.27)

Das Recht auf Diskussion der Parteitagsbeschlüsse besteht also nicht allgemein als grundsätzliche Norm der bolschewistischen Partei, sondern soll nur in außerordentlich zugesetzten Situationen, dann, wenn schon eine Katastrophe eingetreten ist, gelten. Die Gültigkeit der Leninschen Forderung nach breiter Debatte der Parteitagsbeschlüsse reduziere sich auf solche angebrochene Ausnahmesituationen.

Damit greift das ZK der TKP/ML(B) in dieselbe revisionistische Trickkiste, in die schon das revisionistische 2. ZK der TKP/ML und dessen SfiB gegriffen hat: Die "konkreten Umstände" der Existenz der SDAPR vor 1912, als sich die Bolschewiki noch nicht endgültig von den Menschewiki getrennt hatten, werden zum Vorwand genommen, um grundsätzliche, allgemeingültige Lehren Lenins anzugreifen und über Bord zu werfen.

Dabei ist die Behauptung, daß es ein Recht auf Diskussion von Parteitagsbeschlüssen nur in einer Partei gebe, in der die falsche Linie bereits vorherrsche, von vornherein ein offensichtlicher Unsinn. Wo hat es das jemals gegeben, daß die in der Partei vorherrschende Linie von sich selbst sagt, daß sie falsch sei und *d e s h a l b* die Vertreter der anderen, nicht vorherrschenden Linie das Recht hätten, über die Parteitagsbeschlüsse zu debattieren? Sowas gibt es im realen Leben gar nicht. Was das ZK der TKP/ML(B) da als "Bedingungen" konstruiert, sind in Wirklichkeit Seifenblasen, die schon platzen, wenn man sie auch nur dem leisesten Lüftchen der Realität aussetzt.

Ideologischer Kern der Sache ist, daß sich die Notwendigkeit der Diskussion der Parteitagsbeschlüsse *n i c h t* erst aus dem Bestehen zweier Linien oder gar erst, wenn die falsche Linie schon vorherrschend geworden ist, ableitet, sondern allgemeingültig aus den Prinzipien von Kritik und Selbstkritik, innerparteilichem Kampf und innerparteilicher proletarischer Demokratie zwangsläufig ergibt.

Die Diskussion der Parteitagsbeschlüsse muß gerade auch ein Mittel sein, um die Widersprüche *a u s z u t r a g e n*, gerade auch, um zu verhindern, daß sich womöglich aus einem einzelnen falschen Beschuß ein ganzes System falscher Anschauungen, eine ganze falsche Linie *e n t w i c k e l t*, was nur durch ei-

nen wirkungsvollen Kampf von Anfang an verhindert werden kann. Und genau diesen innerparteilichen Kampf möchte die TKP/ML(B) verhindern, ihm will sie die Basis nehmen.

Wir müssen hier auch nochmals auf den II. Parteitag der SDAPR zurückkommen. Dieser nahm bekanntlich keine falsche Linie an, er verabschiedete ein marxistisches Programm usw. Doch enthielt er einen falschen Beschuß über den § 1 des Parteistatuts. In dieser Frage hatten sich die Menschewiki durchgesetzt. Um diese Frage ging nach dem II. Parteitag der SDAPR der innerparteiliche Kampf heftig weiter, ja er entfaltete sich erst richtig danach. In diesem Kampf entstand Lenins Werk "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück". Lenin ließ sich nicht den Mund verbieten und propagierte offen und öffentlich seine Meinung, daß in der Frage des § 1 des Parteistatuts ein falscher Beschuß gefaßt worden sei, den es auf dem nächsten Parteitag aufzuheben gelte.

Gemäß der "Theorie" des ZK der TKP/ML(B) hätte Lenin dazu kein Recht gehabt!

In dieser Frage spürt man besonders deutlich, wie sehr dieses Thema das ZK der TKP/ML(B) kitzelt, weil es für seine eigene Praxis von größter Tragweite ist.

Vor allem macht dem ZK der TKP/ML(B) ein großer Widerspruch zu schaffen: Warum hat es vom 2.ZK der "alten" TKP/ML die Debatte der Beschlüsse der II.Konferenz der "alten" TKP/ML vom Februar 1981 gefordert, warum weigert es sich aber, eine solche Debatte in bezug auf seine eigene 2.Konferenz, ein Jahr später, zu organisieren? Wo bleibt da die Übereinstimmung von Wort und Tat?

Genau um diesen Widerspruch zu "rechtfertigen", läßt sich offenbar die revisionistische These des ZK der TKP/ML(B) verwenden:

"In einer Partei, in der es zwei Linien gibt und die falsche Linie vorherrschend ist, sind die Marxisten-Leninisten im Recht, auch die Forderung aufzustellen, die Beschlüsse des Parteitags zu diskutieren."
(ebenda, S.27)

Diese "Bedingung" traf ganz sicher auf die II.Parteikonferenz der "alten" TKP/ML zu - doch auf die 2.Konferenz der TKP/ML(B) trifft sie - zumindest nach Ansicht des ZK der TKP/ML(B) - nicht zu. Deswegen also damals die Forderung nach Diskussion, diesmal das Abwürgen einer Diskussion. So einfach ist das!

Gerade auch an diesem Beispiel kann man veranschaulichen, wie grundlegend falsch diese Ansicht des ZK der TKP/ML(B) ist, wie pragmatisch ihr Charakter ist.

Wir sind nicht der Meinung, daß die Beschlüsse der 2.Parteikonferenz der TKP/ML(B) im allgemeinen revisionistisch sind, daß auf ihr eine falsche Linie angenommen wurde, die damit

in der Partei vorherrschend ist. Im Gegenteil. Die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz tragen eher den Charakter einer erleichternden Bedingung für eine richtige Vorwärtsentwicklung der Partei, wenn sie konsequent in die Praxis umgesetzt worden wären. Diese Beschlüsse entstanden faktisch im Kampf gegen das, was die Führung der TKP/ML(B) auf der 2. Parteikonferenz eigentlich durchsetzen wollte.

Und gerade die Praxis des letzten Jahres hat gezeigt, wie sehr es allgemein notwendig ist, die Beschlüsse eines Parteitags oder einer Parteikonferenz breit zu diskutieren, um ein kritisches und bewußtes Verhältnis der Parteimitglieder und der mit der Partei sympathisierenden Arbeiter herzustellen. Um das zu verhindern, hat das ZK der TKP/ML(B) nunmehr schon über ein Jahr lang die Debatte der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz sabotiert. Es hat diese Debatte sabotiert, weil es annahm und mit Recht annehmen konnte, daß eine wirkliche Debatte dieser Beschlüsse, eine Bewußtmachung ihrer Richtigkeit und die Notwendigkeit ihrer widerspruchlosen, schnellen und genauen Durchführung - was das ZK der TKP/ML(B) ebenfalls sabotiert hat - im Widerspruch zu den Plänen und Absichten des ZK der TKP/ML(B) steht!

Entgegen seinem eindeutigen Auftrag und unter Mißbrauch seiner Kompetenzen hat das ZK der TKP/ML(B) alles getan, um die Beschlüsse der 2. Konferenz der TKP/ML(B) in den Hintergrund zu schieben, sie möglichst der Vergessenheit anheimfallen zu lassen, eine ungefährliche "Distanz" dazu herzustellen usw.

Hieran zeigt sich, wie wichtig die Debatte der Parteitagsbeschlüsse in jedem Fall ist, besonders auch zur Kontrolle der Parteiführung. Wie soll die Partei ihre Führung kontrollieren, wenn sie sich nicht bewußt ist, welchen Charakter die Parteitagsbeschlüsse haben, welche es umzusetzen gilt. Wie soll sich die Partei bewußt werden, ohne über alle diese Fragen eine zu tiefst kritische Diskussion zu führen?

Eine solche Debatte der Parteitagsbeschlüsse einschließlich der Wortprotokolle hätte auch geholfen, die sicherlich bestehenden Mängel dieser Beschlüsse aufzudecken. Eine solche Diskussion hätte es erleichtert zu erkennen, wo man dem Opportunismus auf der Konferenz hat noch viel zu viel "durchgehängt" lassen. Eine solche Debatte wäre eine unerlässliche Voraussetzung gewesen, um den innerparteilichen Kampf in der TKP/ML(B) auf eine bewußtere und prinzipielle Basis zu stellen.

Die Entwicklung bereits wenige Wochen nach der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) hat deutlich gezeigt, daß der auf dieser Konferenz sichtbar gewordene innerparteiliche Kampf keineswegs beendet war. Zum Teil war nicht einmal die "Kritik erschöpft".

Speziell von den Bruderorganisationen, die im Kampf auf der 2. Konferenz eine wichtige Rolle gespielt haben, wurden erst nach der Konferenz noch Kritikpapiere erstellt usw.

Die tiefgehende Debatte der 2. Parteikonferenz, ihrer Ergebnisse und Beschlüsse und des dort vor sich gegangenen Kampfes hät-

te es vor allem erleichtert, daß die gesunden, dem Opportunismus die Stirn bietenden Kräfte in der TKP/ML(B) viel früher den prinzipiellen Kern dessen erkannt hätten, worum es in dem innerparteilichen Kampf geht, der auf der 2. Konferenz der TKP/ML(B) einen ersten Höhepunkt hatte.

Kurzum, auch die Praxis der TKP/ML(B) selbst beweist die Notwendigkeit der breitesten Debatte der Parteitagsbeschlüsse. Auch die Praxis der TKP/ML(B) beweist, daß es die Opportunisten sind, welche vor dieser Debatte Angst haben, da ihnen eine bewußte und kritische Haltung nur im Wege ist, während es umgekehrt die Marxisten-Leninisten sind, welche für ihre Vorwärtsentwicklung die breiteste Debatte der Parteitagsbeschlüsse brauchen, um in der eigenen Partei und unter den Arbeitern eine bewußte Partei- bzw. Klassendisziplin durchzusetzen.

3. Eine für den Opportunismus typische Konfusion

1906 fand der IV. Parteitag der SDAPR statt. Zu diesem Zeitpunkt setzte sich die SDAPR noch einerseits aus dem Flügel der Bolschewiki und andererseits aus dem Flügel der Menschewiki zusammen. Ungeachtet des zumeist menschewistischen Charakters der Beschlüsse des IV. Parteitags der SDAPR ordneten sich die Bolschewiki, die in der Minderheit geblieben waren, diesen Beschlüssen unter. Zugleich hielten sie an ihrem Recht auf Kritik und Debatte fest, was ein großes Geschrei bei den Menschewiki auslöste.

Ein besonders heftiger Kampf entbrannte zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki um die Frage, ob eine Kritik an den Beschlüssen des IV., des sogenannten "Vereinigungsparteitags" von 1906 in der Presse und in öffentlichen Versammlungen zulässig sei. Die Menschewiki, die den ideologischen Kampf um die Parteitagsbeschlüsse möglichst einschränken und abwürgen wollten, hielten eine Kritik nur in internen Parteiversammlungen für zulässig. Dagegen erklärte Lenin, ausgehend vom Prinzip "Freiheit der Diskussion und Einheit der Aktion", daß diese öffentliche Debatte unbedingt erforderlich ist. Lenin fährt fort:

◆ "Diese Diskussion muß in der Presse, in Versammlungen, in Zirkeln und Gruppen geführt werden, wenn wir wirklich ernstlich entschlossen sind, den demokratischen Zentralismus in unserer Partei durchzuführen, wenn wir entschlossen sind, die Arbeitermassen zu einer bewußten Lösung der Parteifragen heranzuziehen.

(Lenin, "Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR", 1906, LW 10, S. 383/384)

Lenin stellte weiter fest:

◆ "Nur unter dieser Bedingung wird sie (die SDAPR, AdV.) eine wirkliche Partei sein, die ihre Meinung s t e t s (*) kundzumachen weiß und die richtigen Wege findet, um die M e i n u n g (*), die sich herausgebildet hat, in B e - s c h l ü s s e (*) eines neuen Parteitags umzuwandeln.
(ebenda)

(*) Hervorhebung im Original

Den Menschewiki ging es in Wirklichkeit gar nicht darum, daß nicht "durchgeführt" wurde. Ihnen ging es nicht darum, die "Einheit der Aktion" durchzusetzen, sondern darum, die "Freiheit der Kritik" zu liquidieren, die Kritik zu verbieten, um ohne Widerstand eine opportunistische Politik betreiben zu können!

Leider sieht es beim ZK der TKP/ML(B) auch nicht anders aus.

Daß Lenin hier von "stets" spricht, ist insofern von besonderem Interesse, weil es das revisionistische Geschwätz des ZK der TKP/ML(B) widerlegt, daß Lenin angeblich nicht allgemeingültig, sondern nur 1906 propagiert hätte, daß Parteitagsbeschlüsse öffentlich debattiert werden müssen.

Das ZK der TKP/ML(B) weiß, daß seine eigene Theorie und Praxis im diametralen Gegensatz zu dem steht, was Lenin nach dem IV. Parteitag der SDAPR allgemeingültig über die Notwendigkeit der breitesten Debatte von Parteitagsbeschlüsse gesagt hat. Deshalb unterläßt es nichts, um die Autorität der Leninschen Lehren herabzusetzen.

Zum Beispiel propagiert das ZK der TKP/ML(B), daß die auf dem IV. Parteitag der SDAPR angenommenen Beschlüsse und dessen Linie "auf keinen Fall dem Willen der Mehrheit der Partei entsprach" ("Unsere Haltung...", in: GDS-Info 12/82, S.27) und läßt es damit und mit einer Reihe weiterer merkwürdiger Andeutungen fast so erscheinen, als habe dieser Parteitag gar keinen wirklich legitimen Charakter gehabt. Diese dem Opportunismus des ZK der TKP/ML(B) entsprungenen Phantastereien gipfeln in der Behauptung, daß Lenin dazu aufgerufen habe, die Beschlüsse des Parteitags zu debattieren, statt sie durchzuführen. Das ZK schreibt, Lenin habe nach dem IV. Parteitag der SDAPR den "Aufruf" erlassen,

"die Beschlüsse des Parteitags nicht durchzuführen, sondern auf breiteste Weise zu diskutieren, und von allen Arbeiterorganisationen die Billigung oder Mißbilligung dieses oder jenes Beschlusses mitzuteilen."
("Unsere Haltung...", a.a.O. S.26)

In leichter Abwandlung davon heißt es auch,

"daß es sich zwar bei der 'Freiheit der Kritik, Einheit der Aktion' um ein Prinzip handelt, jedoch die Anwendung dieses Prinzips nur in manchen besonderen Situationen den Aufruf notwendig macht, die Beschlüsse des Parteitags nicht zu befolgen, sondern vor allem diese zu diskutieren und ihre Billigung oder Mißbilligung mitzuteilen, und die Beschlüsse des Parteitags gefaßt werden, damit sie durchgeführt werden."
(ebenda, S.26)

Erst schreibt das ZK der TKP/ML(B), daß Lenin aufgerufen habe, "nicht durchzuführen, sondern auf breiteste Weise zu dis-

kutieren", dann wieder heißt es abgeschwächt, "vor allem diese zu diskutieren". Auf derselben Seite hat das ZK der TKP/ML(B) noch eine dritte Version anzubieten:

"Das Ziel des besonderen Aufrufs zur Diskussion, den Lenin 1906 machte, ist ganz klar: Lenin machte diesen Aufruf nicht damit (die Beschlüsse, A.d.V.) vor allem durchgeführt wurden, sondern damit die Beschlüsse, die er falsch fand, verändert wurden."
(ebenda)

Hieß es erst, daß "n i c h t durchgeführt" werden sollte, so heißt es jetzt, daß nicht "vor allem durchgeführt" werden sollte, was schon überhaupt keinen Sinn ergibt.

Durch alle drei zur Auswahl stehenden Ansichten des ZK der TKP/ML(B) zieht sich jedoch eine revisionistische Ansicht, eine bürokratische Haltung, die allen drei Fassungen gemeinsam ist, und wir bekämpfen das ZK der TKP/ML(B) in diesem Punkt nicht wegen dem, was sein wirres Zeug im Detail unterscheidet, sondern was ihm generell zugrunde liegt.

Der revisionistische Charakter dessen, was das ZK der TKP/ML(B) hier zusammenphantasiert, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ganz entgegen den Erfindungen des ZK der TKP/ML(B), Lenin nach dem IV. Parteitag der SDAPR zu keinem einzigen Moment dazu aufgerufen hat, die Beschlüsse dieses Parteitags n i c h t durchzuführen. Im Gegenteil, Lenin ging von der V e r b i n d l i c h k e i t dieser Beschlüsse für die gesamte Partei, auch für den bolschewistischen Flügel, aus. Die ganze Konfusion des ZK der TKP/ML(B) röhrt daher, daß ihm gänzlich f r e m d und unverständlich ist, daß Lenin von der Notwendigkeit der Durchführung der Beschlüsse des Parteitags ausging und z u g l e i c h zur breitesten Debatte dieser Beschlüsse aufrief! D a s ist der Grund, warum das ZK der TKP/ML(B) ins Stottern gerät und auf einer einzigen Seite - mit dieser Frage konfrontiert - gleich das abstruseste und dümmste Zeug zusammenphantasiert.

4. In flagranter Verletzung der marxistisch-leninistischen Parteidisziplin sabotiert das ZK der TKP/ML(B) die Durchführung der Parteikonferenzbeschlüsse

Gegen die menschewistisch-sozialdemokratische Vorstellung einer "Partei" als eines "verschwommenen, formlosen, desorganisierten 'Gebildes'" stellten Lenin, Stalin und die Bolschewiki die kommunistische Partei als ein einheitliches Ganzes,

◆ "mit oberen und unteren Organen der Führung, mit der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, mit praktischen Beschlüssen, die für alle Parteimitgliedern bindend sind," vor.

◆ (Stalin, "Grundlagen des Leninismus", 1924, SW 6, S.155)

Die Verwirklichung der einheitlichen Parteidisziplin, die Verwirklichung des demokratischen Zentralismus in der Partei erfordert, daß die Parteibeschlüsse verbindlich sind und einheitlich durchgeführt werden. Ohne das gibt es keine Einheit der Aktion.

In dieser Frage gab es zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki nach dem 2. Parteitag der SDAPR im Jahre 1903 einen heftigen Kampf, weil die Menschewiki, die nach dem 2. Parteitag entgegen dem Willen des Parteitags die zentralen Führungsgremien usurpierten, die verbindlichen Beschlüsse dieses 2. Parteitags nicht durchführten, die Durchführung der Beschlüsse dieses höchsten Gremiums der Partei hintertrieben und auf Schritt und Tritt sabotierten. Lenin entlarvte, daß bei den Menschewiki

◆ "die Anerkennung der Parteitagsbeschlüsse nur eine Phrase" war.

◆ (Lenin, "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", 1904, LW 7, S.361)

Genau in eine solche Phrase verwandelte das ZK der TKP/ML(B) die Anerkennung der Beschlüsse der 2. Konferenz der TKP/ML(B), zu deren unbedingten Durchführung dieses ZK verpflichtet ist, deren Durchführung es in der Tat aber hintertrieben und mit sophistischen Worten sabotiert hat.

Zum Beispiel hat die 2. Konferenz der TKP/ML(B) einstimmig den folgenden Beschuß über die Kritiken der Bruderorganisationen gefaßt:

"Die 2. Konferenz erklärt, daß alle Mitglieder der TKP/ML(B) sich in nächster Zeit intensiv mit diesen Kritiken auseinandersetzen werden. Das Zentralkomitee wird beauftragt, unter Einbeziehung der Diskussion auf der Konferenz und der Meinung der Zellen, eine Antwort an die Bruderorganisationen zu verfassen."

(Zitiert nach "Internationale Informationen" Nr.12, S.85.)

Das war und ist ein verbindlicher Beschuß, zu dessen Durchführung das ZK der TKP/ML(B) unabdingt verpflichtet gewesen war. In offener Verhöhnung der marxistisch-leninistischen Parteidisziplin hat das ZK der TKP/ML(B) den zitierten Konferenzbeschuß jedoch gebrochen, seine Durchführung unter allen möglichen Vorwänden sabotiert, immer wieder was "dazwischenkommen" lassen, so daß bis heute, d.h. über ein Jahr später (!), dieser Beschuß ein Fetzen Papier geblieben ist.

Das ZK der TKP/ML(B) glaubt seine fortgesetzten Disziplinbrüche unter anderem damit rechtfertigen zu können, daß es irgendwelche "ZK-Befragungen" der Partei durchführt, welche ihm den Freifahrtschein ausstellen sollen, "dazwischenkommen" zu lassen, was ihm in den Kram paßt. So führt das ZK der TKP/ML(B) seine eigene "ZK-Disziplin" ein und stellt sich faktisch über die 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) und macht sich selbstherrlich zum "obersten Organ".

Demgegenüber verwies Lenin darauf, daß die Beschlüsse des Parteitags als des höchsten Organs der Partei nicht von einem diesem Parteitag untergeordneten Organ, dem ZK, umgestoßen werden können, daß dafür nur ein neuer Parteitag die Kompetenzen hat. Lenin zitiert dazu aus dem § 18 des Statuts der SDAPR vom 2. Parteitag der SDAPR, in dem es heißt:

◆ "Sämtliche Entschlüsse des Parteitags und alle von ihm vorgenommenen Wahlen gelten als Parteibeschluß, der für alle Parteiorganisationen bindend ist. Sie können von niemandem und unter keinem Vorwand angefochten und nur vom nächsten Parteitag aufgehoben und abgeändert werden."

(Lenin, "Im Rat der SDAPR", 1904, LW 7, S.141)

Das zur Durchführung der Parteibeschlüsse verpflichtete Organ, etwa das ZK, hat wie alle anderen Gremien und Genossen der Partei das Recht auf Kritik und Diskussion, es kann seine abweichende Meinung darlegen und dafür plädieren, daß auf dem nächsten Parteitag der betreffende Parteitagsbeschluß durch einen anderen ersetzt wird, aber es muß sie durchführen. Das eben bedeutet das Prinzip der Freiheit der Kritik und der Einheit der Aktion. Das erfordert der auf der innerparteilichen Demokratie - es wird der auf dem Parteitag zum Ausdruck gekommene Wille der Mehrheit durchgeführt - beruhende Zentralismus der bolschewistischen Partei, ohne den von einer einheitlichen Parteidisziplin keine Rede sein kann.

Seine eklatanten Disziplinbrüche, seine Nichtdurchführung der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz suchte das ZK der TKP/ML(B) auch immer wieder mit Hinausredereien auf objektive Schwierigkeiten zu rechtfertigen. Haben wir dann darauf hingewiesen, daß das revisionistische 2. ZK der TKP/ML (!) genauso argumentiert hat, als es entgegen einem eindeutigen Beschuß der II. Konferenz der TKP/ML selbst nach Monaten noch nicht unsere Kritiken beantwortet hatte - und dies auch nie mehr tat -, so hat uns das ZK der TKP/ML(B) neuerlich mit Versprechungen gehalten und versucht uns auch heute noch damit hinzuhalten, daß in Zukunft ja noch geantwortet werden und deshalb auch jede Parallel zum 2. ZK der TKP/ML reine Demagogie sei.

In Wirklichkeit sind das alles faule Sophismen. Denn selbst falls das ZK der TKP/ML(B) wirklich noch auf unsere Kritiken auf der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) antworten sollte und falls es darüber wirklich noch irgendeine Diskussion in der Partei organisieren sollte, selbst dann kann diese zukünftige Entwicklung überhaupt nichts daran ändern, daß das ZK der TKP/ML(B) den Beschuß gebrochen hat, daß sich die Parteimitglieder "in nächster Zeit intensiv" mit den Kritiken der Bruderorganisationen auseinandersetzen sollen, was objektiv nicht geschehen ist.

Doch hier geht es letztlich um weit mehr als nur um den Bruch des einen oder anderen Beschlusses. Es geht um die grundsätzliche Bedeutung dessen, was z.B. in den Statuten der KPdSU(B) gefordert wird:

- * "Die Beschlüsse der Parteizentren müssen
- * schnell und genau ausgeführt werden."

- * (Statut der KPR(B), 1919, in : "Die KPdSU in Resolutionen, und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenaren des ZK", Bd.III, S.95; siehe auch die anderen Statuten der KPdSU(B), Abschnitt "Parteidisziplin".)

Hier ist nicht umsonst von "schnell" und "genau" die Rede. Denn wie die Erfahrungen des Kampfes gegen den Revisionismus und Opportunismus zeigen, ist die V e r s c h l e p p u n g der Durchführung der verbindlichen Beschlüsse, ihre halbherzige und zögernde Durchführung oder deren Sabotage in der Praxis überhaupt ein Hauptmittel der Entartung kommunistischer Parteien. Im Kern geht es dabei gerade um den Zwiespalt zwischen Worten und Taten, der schon, wie Lenin sagte, die II. Internationale zugrunde gerichtet hat. Es geht darum, daß das Aufstellen einer Lösung, die Fassung eines Beschlusses usw. erst den Anfang bildet und auch der beste Beschuß wertlos bleibt, wenn er nicht folgerichtig in die Tat umgesetzt wird.

Dies vor Augen, wird klar, daß es k e i n Zufall ist, daß das ZK der TKP/ML(B) die Durchführung der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) entweder ganz sabotiert hat oder nur mit größtem Verzug "durchführt". Das ZK der TKP/ML(B) verhält sich zur 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) wie seinerzeit die Menschewiki zum 2. Parteitag der SDAPR. Lenin entlarvte damals die Menschewiki, welche den Parteitag als höchste Instanz der Partei in Wirklichkeit nicht anerkannten und alles daran setzten,

"den Parteitag auf jede Art und Weise zu diskreditieren, seine Bedeutung und Autorität herabzusetzen"

(Lenin, "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", 1904, LW 7, S.203),

um entgegen dem Willen des Parteitags und entgegen dessen verbindlichen Beschlüssen ihre opportunistische Politik durchzusetzen.

Gegen die Haltung des ZK der TKP/ML(B), die Parteikonferenzbeschlüsse als einen Fetzen Papier zu behandeln, sich selbstherrlich und willkürlich über die Parteidisziplin hinwegzusetzen, können wir nur noch Lenin anführen, der gegen die menschewistischen Desorganisatoren ausrief:

"Nieder mit den Desorganisatoren!

Es lebe eine Partei des Proletariats, die wirklich die Parteitagsbeschlüsse durchzuführen, die Parteidisziplin und die Parteiorganisation hochzuhalten weiß!"

(Lenin, "An die Parteimitglieder", 1904, LW 7, S.136)

5. Ein dem Leninismus diametral entgegengesetztes Verständnis von "ZK-Disziplin"

Während es sich das ZK der TKP/ML(B) erlaubt, sich beliebig über bindende Beschlüsse hinwegzusetzen, die unbedingt durchgeführt werden müßten, fordert es zugleich von den ihm untergeordneten Parteimitgliedern eine kritiklose Ausführung dessen, was es selbst beschlossen hat.

Besonders klar wird dieses revisionistische Disziplinverständnis sichtbar, wenn es sogar zur "Pflicht aller Parteimitglieder" gemacht wird, jeden ZK-Beschluß verteidigen und vertreten zu müssen, selbst wenn er einer vorhergehenden Parteikonferenz bzw. der in anderen Dokumenten festgelegten Linie der Partei widerspricht, und noch dazu, selbst wenn ein solcher ZK-Beschluß ganz ohne innerparteiliche Demokratie, Debatte und Kampf gefaßt worden ist. So heißt es etwa in bezug auf das 4. Plenum des 1. ZK der TKP/ML, das beschlossen hatte, im Unterschied zu früheren Dokumenten der Partei Mao Tse-tung eindeutig und klar nicht als Klassiker des Marxismus-Leninismus zu betrachten: (★)

"Seitdem ist es die Pflicht aller Parteimitglieder und Parteiorgane, diese Ansichten zu vertreten ..." (Dokumente der TKP/ML(B) zur Spaltung", II, S.13)

Mit einer solchen Forderung wird ganz offensichtlich von den Parteimitgliedern eine blinde Disziplin und Zustimmerei verlangt, die mit der bewußten bolschewistischen Disziplin nichts gemein hat. Das gilt unabhängig vom Inhalt der betreffenden Beschlüsse, denn auch an sich richtige Beschlüsse müssen gemäß den Normen des demokratischen Zentralismus zustandekommen.

In dem Artikel "Die Arbeiter sollen entscheiden" legte Lenin gegen die Menschewiki dar, daß ein vom ZK gefaßter Resolutionsentwurf keineswegs automatisch von allen Parteimitgliedern bzw. Parteiorganisationen bedingungslos und blind zu unterschreiben sei. Lenin kämpfte gegen jedes bürokratische Verständnis von Disziplin und Parteipflicht, das die blinde Unterordnung der Partei unter Beschlüsse des ZK verlangt, ohne vorherige Prüfung dieser Beschlüsse durch alle Parteimitglieder, ohne Respektierung des Rechts jedes Parteimitglieds bzw. jeder Parteiorganisation, seine Opposition, seine abweichende Meinung zu bekunden und für die Korrektur des seiner Meinung nach fehlerhaften Beschlusses zu kämpfen. Lenin schrieb hierzu:

"L. Martow sagt im 'Kurjer' (Nr.13): Die Disziplin verlangt, daß man eine politische Kampagne des ZK nicht durchkreuzt. Das ist Sophismus. Keinerlei Disziplin verpflichtet die Parteimitglieder, alle vom ZK verfaßten Resolutionen entwürfe blindlings zu unterschreiben. Nirgends und niemals hat es auf der Welt solche Regeln gegeben, wonach die Parteiorganisationen auf das Recht ihres eigenen Urteils zu verzichten hatten und zu bloßen Unterstreichern (*) von Resolutionen des ZK wurden... L. Martow umgeht den Kern der Sache mit bloßen 'furchtbaren Worten' und Andeutungen, daß wir Desorganisatoren seien. Er verlor keine Silbe darüber, ob die Resolution des ZK dem Beschuß des Parteitags widerspricht. Er verlor keine Silbe.

(★) Es geht uns natürlich überhaupt nicht darum, den vollkommen richtigen Inhalt dieses Beschlusses in Frage zu stellen. Vielmehr geht es uns an dieser Stelle darum, die durch und durch falschen Methoden zu kritisieren, mit denen solche Beschlüsse durchgesetzt werden sollen.

(*) Hervorhebung im Original

über das Recht auf Opposition (*), d.h. über das Recht jeder (*) Parteiorganisation, in den Grenzen des vom Parteitag bekundeten Willens die Taktik des ZK anzufechten und seine Abweichungen und Fehler zu korrigieren. Wir werden Martow daher gelassen antworten: Ein Desorganisator ist, wer die verbrieften Rechte der Parteitagsorganisationen verletzt."

(Lenin, "Die Arbeiter sollen entscheiden", 1906, LW 10, S.508/509)

Ein solcher Desorganisator ist gerade das ZK der TKP/ML(B), das sich über die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz willkürlich hinwegsetzt. Ein solcher Desorganisator ist das ZK der TKP/ML(B), welches den Parteimitgliedern seine opportunistischen Ansichten mit disziplinarischen Mitteln aufzuzwingen sucht und eine blinde Unterordnung durchzusetzen sucht, welche es den Parteimitgliedern sogar verbietet, nach Beschußfassung die eigene Auffassung zu verfechten.

Offensichtlich ist das ZK der TKP/ML(B) der Meinung, daß es zwei Disziplinen geben muß: eine für die "Leiter" und eine für die "Masse". Dahinter steht nichts anderes als die Mentalität des bürgerlichen Intellektuellen,

"der sich zu den 'ausgewählten Geistern' zählt, die über der Massenorganisation und der Massendisziplin stehen".

(Lenin, "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", 1904, LW 7, S.359).

Stalin betonte ebenfalls, daß es in einer kommunistischen Partei nicht zwei Disziplinen geben kann, eine für irgendwelche selbstherrlichen "Leiter", welche meinen, daß für sie keine Gesetze geschrieben sind, und eine für die Parteimassen, die widerspruchslös ausführen müssen:

"Man kann nicht zwei Disziplinen haben: eine für Arbeiter und eine andere für Würdenträger. Es kann nur eine Diziplin geben."

(Stalin, "Die XIII. Konferenz der KPR(B)", 1924, SW 6, S.13)

6. Sabotage an der öffentlichen Debatte der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) (★)

Im Gründungsdokument der TKP/ML(B) wurden die Geheimhaltungsbeschlüsse der II. Parteikonferenz der TKP/ML vom Februar 1981 zurückgewiesen und die Notwendigkeit der öffentlichen Debatte über die Konferenzbeschlüsse und die Veröffentlichung der Konferenzdokumente betont. Im Beschuß Nr.5 der 1. Konferenz der TKP/ML(B) heißt es:

(*) Hervorhebung im Original

(★) Siehe die Anmerkung: "Das ZK der TKP/ML(B) versucht mit allen Mitteln, die offene und öffentliche Debatte der grundlegenden Widersprüche zu verhindern", S.77.

"Unsere Konferenz verurteilt den Beschuß der II. Parteikonferenz der TKP/ML, wonach die Diskussion der grundlegenden Fragen in der Partei vor den Massen geheimgehalten werden muß. Viele Sympathisanten der Partei befinden sich heute in einer Situation, in der sie nicht wissen, wo es 'lang geht', weil sie nicht über die in der Partei existierenden grundlegenden Meinungsverschiedenheiten unterrichtet worden sind. Eine solche Praxis ist revisionistisch."
 ("Dokumente der TKP/ML(B) zur Spaltung der Partei", I, S.11)

Tatsächlich ist eine solche Praxis revisionistisch. Doch wie sich zeigt, verurteilte die TKP/ML(B) diese Praxis nicht aus grundsätzlichen, prinzipiellen Gründen, sondern weil es sich eben um das revisionistische 2.ZK der TKP/ML handelte und die TKP/ML(B) davon ausging, daß in der Partei zwei Linien existieren und die falsche Linie vorherrscht. Kaum ein Jahr später wiederholte sich nach der 2.Konferenz der TKP/ML(B) dieselbe revisionistische Praxis, die im untrennbaren Zusammenhang mit dem revisionistischen Disziplinverständnis und dem bürokratischen Konzept des ZK der TKP/ML(B) steht.

Die Praxis der Nichtveröffentlichung der Dokumente der 2.Parteikonferenz der TKP/ML(B) bis zu dem Zeitpunkt, als die Bruderparteien sie veröffentlichten, d.h. also über ein Jahr lang, sowie die Praxis, daß nach der 2.Parteikonferenz nicht die öffentliche Diskussion über die 2.Parteikonferenz eröffnet wurde, entspricht haargenau der Revision der Leninschen Forderung nach öffentlicher kontroverser Debatte der Parteitagsbeschlüsse.

Die ganze Debatte, warum die 2.Parteikonferenz der TKP/ML(B) das ganze folgende Jahr über nicht im Mittelpunkt der Debatte mit den Bruderorganisationen stand, läßt sich aus dem Disziplin- und dem Öffentlichkeitsverständnis des ZK der TKP/ML(B) erklären, wenn das auch nicht der einzige Grund ist !

Die Vorstellung von der nur parteiinternen Debatte vor der öffentlichen Debatte, solange noch kein Beschuß gefällt ist, in Kombination mit der These, daß nach dem Beschuß die Parteimitglieder nicht mehr öffentlich kontrovers debattieren dürfen, macht auch klar, daß vor dem Beschuß wie nach dem Beschuß die öffentliche kontroverse Debatte der Parteimitglieder verboten ist.

Dies entspricht der Praxis der Debatte mit den Bruderorganisationen. Sie soll nicht öffentlich geführt werden, bis die Parteidebatte intern ganz oder "fast" abgeschlossen ist, nach dem Beschuß aber darf ja "in der Regel" gar nicht mehr kontrovers debattiert werden.



Es ist tragisch, doch leider eine tragische Realität, daß das ZK der TKP/ML(B) in dieser Organisation weitgehend seine revisionistische Linie und ein dieser revisionistischen Linie entsprechendes bürokratisches Regime hat durchsetzen können. Buchstäblich ohne Rücksicht auf Verluste, unter Niederwal-

zung und administrativer Ausschaltung von berechtigtem Widerstand, hat das ZK der TKP/ML(B) sein bürokratisches Konzept durchgedrückt. Das zeigt sich immer deutlicher an Dingen, die man nur als Erscheinungen einer zunehmenden revisionistischen Degenerierung bezeichnen kann.

Nach der 2.Parteikonferenz der TKP/ML(B) und besonders nach dem 1.Mai 1982 hat das ZK der TKP/ML(B) alles getan, um mit bürokratisch-administrativen Mitteln den Widerstand in den eigenen Reihen gegen seinen verhängnisvollen Kurs zu "erledigen". GDS, WBK und MLPÖ haben auf den sogenannten "1.Mai-Versammlungen" deutliche "Kostproben" der durch und durch revisionistischen und bürokratischen Vorgehensweisen des ZK der TKP/ML(B) und all jener, die auf seinem Standpunkt stehen und sich seiner Methoden bedienen, bekommen. Von revisionistischen Manipulationen bis hin zu der offen ausgesprochenen Androhung, die Kritiker in den eigenen Reihen und die Vertreter der Bruderorganisationen, die sich das revisionistische Regime dieser Veranstaltungen nicht gefallen ließen, einfach rauszuwerfen, reichte die Palette der durch und durch bürgerlichen Prinzipienlosigkeiten, die dort geboten wurden. So war es denn durchaus keine Übertreibung, als der Vertreter der MLPÖ auf der öffentlichen Veranstaltung von "Bolshevik Partizan" in Stuttgart am 23.1.83 im Namen der Bruderorganisationen GDS, MLPÖ und WBK erklärte:

"Wir müssen hier als Kommunisten unter Bedingungen diskutieren, die wir nur mit denen von Kommunisten in einem reaktionären bürgerlichen Parlament vergleichen können."
(Wortprotokoll)

Wir erklären mit aller Entschiedenheit, daß die Einstellungen und Vorgehensweisen des ZK der TKP/ML(B) mit der Weltanschauung, der Ideologie, Politik und Moral des Weltproletariats nichts, aber auch rein garnichts zu tun haben. Das sind Standpunkte und Methoden, die der bürgerlich-revisionistischen Welt entsprechen, jener alten Welt, deren Zerschlagung sich die Kommunisten auf die Fahne geschrieben haben.

Was sich da entwickelt hat - sehr rasant entwickelt hat -, ist das, was Stalin im Kampf gegen Bürokratismus und Revisionismus als "Araktschejew"-Regime gebrandmarkt hat, bei dem zur Durchsetzung und Verteidigung einer revisionistischen Linie jegliche Kritik unmöglich gemacht und mit Repressalien beantwortet wird. Es ist das, was in Konsequenz zum Sozialfaschismus führen muß. Wie schnell das gehen kann, wie rasch Opportunisten dahin abgleiten, haben die sozialfaschistischen Überfälle von Partizan-Elementen gegen Anhänger der TKP/ML(B) vor zwei Jahren deutlich gezeigt. Sollte das nicht eine Warnung an all jene sein, die sich noch nicht in willfährige Claqueure des gänzlich aus dem Häuschen geratenen, sich auf schiefer Bahn rasant nach unten bewegenden ZK der TKP/ML(B) verwandelt haben, sich diesem verderblichen Kurs mit aller Kraft entgegenzustellen?

Zwischen GDS, WBK und MLPÖ einerseits und dem ZK der TKP/ML(B) andererseits hat sich ein unüberbrückbarer Graben aufgetan. Wir werden nicht einen Moment den Eindruck zulassen, mit den anti-marxistischen Einstellungen und Handlungen des ZK der TKP/ML(B) irgendetwas gemein zu haben. Hier geht es um zwei entgegengesetzte Weltanschauungen, zwei entgegengesetzte Arten von Politik, zwei entgegengesetzte Wege.

SCHLUSSBEMERKUNG
oooooooooooooooooooo

Es stellt sich die Frage: Wie ist eine solch verheerende Entwicklung möglich, was liegt ihr zugrunde? Die revisionistische Entwicklung der TKP/ML(B) zeigt vor allem, wohin man gerät, wenn man die Gesetzmäßigkeiten des Aufbaus einer marxistisch-leninistischen Partei mißachtet, wenn man die Prinzipien des Marxismus-Leninismus mit Füßen tritt.

Besonders der Kern des bürokratischen Konzepts des ZK der TKP/ML(B), daß nach Beschlüssen im allgemeinen nicht debattiert werden darf, richtet sich gegen die Funktionen der bolschewistischen Partei. Nirgends kommt das konzentrierter zum Ausdruck als in der revisionistischen Position des ZK der TKP/ML(B):

"Für Lenin ist die 'Freiheit der Kritik' auf keinen Fall eine Regel (*)
("Unsere Haltung...", a.a.O., S.29)

Allein diese zutiefst revisionistische These zeigt, daß das ZK der TKP/ML(B) auf die Prinzipien "pfeift", indem es das, was sich allgemeingültig aus den ganzen ideologischen Grundlagen des demokratischen Zentralismus ergibt und ein unabdingbarer Bestandteil des Wesens der bolschewistischen Partei überhaupt ist, "in der Regel" nicht gelten lassen will und frontal angreift. Prinzipienlos, wie es ist, will das ZK der TKP/ML(B) die "Freiheit der Kritik" nur "von Fall zu Fall", nur unter besonderen "Bedingungen" gelten lassen, d.h. seiner revisionistischen Praxis anpassen.

Das Leninsche Prinzip der "Einheit der Aktion, Freiheit der Diskussion und Kritik" gilt vor wie nach Beschußfassung. Das kann nur bestreiten, wer die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der bolschewistischen Parteien mit Füßen tritt, wer bestreitet, daß das Prinzip des innerparteilichen Kampfes, der nach Beschlüssen nicht aufhört, sondern sich gegebenenfalls verschärft, allgemeingültiges Gesetz des Parteiaufbaus ist.

Im Kampf gegen die Opportunisten in der KPdSU(B) hat Stalin im Jahre 1926 nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der innerparteiliche Kampf eine Gesetzmäßigkeit der Entwicklung proletarischer Vorhutsparteien ist.

Stalin erläuterte, daß die Gesetzmäßigkeit des innerparteilichen Kampfes tiefgehende gesellschaftliche Wurzeln hat, objektive gesellschaftliche Umstände, die bedingen,

◆ "daß nur durch den Kampf um die prinzipielle marxistische Linie die proletarische Partei gegen den Druck und den Einfluß der Bourgeoisie geschützt werden kann,...daß nur durch die

(*) Hervorhebung im Original

◆ Überwindung der innerparteilichen Gegensätze die Gesundung und Festigung der Partei erreicht werden kann."
 (Stalin, "Noch einmal über die sozialdemokratische Abweichung in unserer Partei", 1926, SW 9, S.11)

Stalin betonte, daß die innerparteilichen Widersprüche nichts "Konstruiertes" sind, nichts, was man einfach durch ein "Dekret" aus der Welt schaffen könnte:

◆ "Man könnte annehmen, daß die russischen Menschen allzu rauf lustig seien, daß sie gern diskutieren, Meinungsverschiedenheiten in die Welt setzen, und daß deshalb die Entwicklung ihrer Partei durch die Überwindung der innerparteilichen Gegensätze vor sich gehe. Das stimmt nicht, Genossen. Es handelt sich hier nicht um Rauflust. Es handelt sich darum, daß es prinzipielle Meinungsverschiedenheiten gibt, die im Verlauf der Entwicklung der Partei, im Verlauf des Klassenkampfes des Proletariats entstehen. Es handelt sich darum, daß man Gegensätze nur auf dem Wege des Kampfes überwinden kann, des Kampfes um diese oder jene Prinzipien, um diese oder jene Kampfziele, um diese oder jene Kampfmethoden zur Erreichung des Ziels."
 (ebenda, S.3/4)

Ausdrücklich erklärte Stalin, daß die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der kommunistischen Parteien im innerparteilichen Kampf nicht nur für die KPdSU(B) gilt, sondern auch "für die anderen proletarischen Parteien" (ebenda, S.7), daß es sich um eine allgemeingültige Gesetzmäßigkeit des Parteiaufbaus handelt.

Das ZK der TKP/ML(B) hat schließlich auch das Prinzip von Kritik und Selbtkritik über Bord geworfen, das unmöglich gemacht wird, wenn nach der Beschußfassung die Debatte "im allgemeinen" verboten wird. Die Gesetzmäßigkeit und Notwendigkeit der Selbtkritik der leninistischen Vorhutspartei steht in einem untrennbar inneren Zusammenhang mit der Gesetzmäßigkeit des innerparteilichen Kampfes. Ohne Selbtkritik kann es kein Vorwärtsschreiten, kein Erstarken der kommunistischen Partei auf der Grundlage der Überwindung der innerparteilichen Widersprüche geben:

◆ "Unser Vormarsch erfolgt im Kampf, durch Entwicklung der Widersprüche, durch Überwindung dieser Widersprüche, durch Bloßlegung und Liquidierung dieser Widersprüche..."

◆ Wenn wir nicht offen und ehrlich, wie es Bolschewiki geziemt, die Fehler und Mängel unserer Arbeit feststellen und aufdecken, dann versperren wir uns selbst den Weg nach vorn. Wir wollen aber vorwärtsschreiten. Und gerade, weil wir vorwärtsschreiten wollen, müssen wir die ehrliche und revolutionäre Selbtkritik zu einer unserer wichtigsten Aufgaben machen."

(Stalin, "Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees", 1927, SW 10, S.287)

Wie Stalin ausführte, gingen die vom Revisionismus zerfressenen Parteien der II. Internationale auch unter, weil in ihnen der Geist der Selbtkritik erstickt wurde. Eines der

Kennzeichen, der "Physiognomie" dieser Parteien war die

- ◆ "Furcht der Parteien der II. Internationale vor Selbstkritik, ... ihre Manier, ihre Fehler zu verheimlichen, heikle Fragen zu vertuschen, ihre Mängel durch die Vorspiegelung zu bemänteln, als sei alles in bester Ordnung, wodurch jeder lebendige Gedanke abgestumpft und die revolutionäre Erziehung der Partei anhand der eigenen Fehler gehemmt wird."

(Stalin, "Grundlagen des Leninismus" 1924, SW 6, S.77)

Wie Stalin lehrt, ist die Selbtkritik nichts "Vorübergehendes", keine "Ausnahme" von der Regel:

- ◆ "In Wirklichkeit ist die Selbtkritik eine nicht wegzudenkende und ständig wirkende Waffe in der Rüstkammer des Bolschewismus, ist sie mit der ganzen Natur des Bolschewismus, mit seinem revolutionären Geist untrennbar verbunden."

(Stalin, "Gegen die Vulgarisierung der Lösung der Selbtkritik" 1928, SW 11, S.114)

Wie soll ohne innerparteilichen Kampf und Selbtkritik revisionistische Entartung verhindert werden? Das ist unmöglich! Die Mißachtung der Gesetzmäßigkeit des innerparteilichen Kampfes führt unvermeidlich zur ideologischen Entartung der Partei, zum "ideologischen Tod der Partei", wie Stalin sagt. Die Mißachtung der Gesetzmäßigkeit führt unvermeidlich zum Untergang der Partei als einer revolutionären Kraft; denn, wie Lenin lehrt, sind alle Parteien zum Untergang verurteilt, die es nicht vermögen, anhand ihrer Fehler zu lernen.

Durch sein bürokratisch-revisionistisches Konzept hat das ZK der TKP/ML(B) seine insgesamt revisionistische Linie abgerungen. Damit hat es sich ein Instrumentarium verschafft, um alle Keime einer möglichen marxistisch-leninistischen Entwicklung der TKP/ML(B) zu vernichten und den Weg für eine völlige revisionistische Ruinierung freizulegen.★

Anmerkung

DAS ZK DER TKP/ML(B) VERSUCHT MIT ALLEN MITTELN DIE OFFENE UND ÖFFENTLICHE DEBATTE DER GRUNDELGENDEN WIDERSPRÜCHE ZU VERHINDERN

Die Scheu vor der Öffentlichkeit, der Versuch, die offene und öffentliche Debatte über Fragen der Parteilinie zu hintertreiben oder gar runderaus abzulehnen, ist seit jeher ein fester Bestandteil bürokratischer und revisionistischer Konzeptionen des Parteiaufbaus. Der Verzicht auf den öffentlichen Meinungskampf sowohl bei der innerparteilichen Auseinandersetzung als auch bei der Debatte zwischen Bruderorganisationen bedeutet Verzicht auf die Hebung der Bewußtheit und Aktivität der Kader der Partei und der mit ihr sympathisierenden Arbeiter. Solche Vorstellungen sind Ausdruck mangelnden Vertrauens in die Arbeiterklasse und ihrer Urteilskraft, denn sie leugnen die unabdingte Notwendigkeit und Möglichkeit, daß sich die revolutionären Arbeiter ein selbständiges Urteil bilden, lernen, sich in den Streitigkeiten zurechtzufinden, und bewußt, auf der Grundlage einer kritischen Prüfung der Argumente und unterschiedlichen Standpunkte, für die eine oder für die andere Seite Partei zu ergreifen. Die Arbeiter vermögen im Verlauf der Auseinandersetzung aufgrund ihrer Kampferfahrung und ihres proletarischen Instinktes auch die "Führer" manches zu lehren, wie Lenin betonte, der die Geheimhaltung des ideologischen Kampfes in der Partei insbesondere in lebenswichtigen und prinzipiellen Fragen stets verurteilte und auf der Heranziehung der Arbeitermassen zu einer bewußten Lösung der Parteifragen bestand:

◆ "Wir beginnen (*) das 'Hineinragen von Zwistigkeiten in die Arbeitermasse', denn gerade diese Masse und nur sie wird die 'Zwistigkeiten' von den Meinungsverschiedenheiten über das Wesen der Sache trennen (*), wird sich in den Meinungsverschiedenheiten selbst (*) zurechtfinden, wird sich eine eigene (*) Meinung bilden, wird die Frage entscheiden, nicht 'mit wem gehen, sondern wohin gehen', d.h. die Frage nach einer eigenen, bestimmten, klaren, von ihr selbst durchdachten und erprobten Linie."
 (Lenin, "Die Methoden des Kampfes der bürgerlichen Intellektuellen", 1914, LW 20, S.481)

Wer eine solche lebendige ideologische Debatte in der revolutionären Öffentlichkeit ablehnt, zeigt nicht nur seine Überheblichkeit gegenüber der angeblich so "unwissenden Masse", sondern fördert auch den Ruin und die Spaltung der Partei, da die Opportunisten in einer stickigen, geheimniskrämerischen Atmosphäre am ehesten Aussicht auf Erfolg bei der Durchsetzung ihrer falschen Auffassungen haben.

◆ "Breite Öffentlichkeit - das ist das sicherste und das einzige zuverlässige Mittel, um Spaltungen, die vermieden werden können, zu vermeiden und um den Schaden der Spaltungen, die bereits unvermeidlich geworden sind, auf ein Minimum herabzumindern."
 (Lenin, "Brief an die Redaktion der Iskra", 1903, LW 7, S.107)

(*) Hervorhebung im Original

Öffentlichkeit im ideologischen Kampf ist auch unbedingter Bestandteil der Rechenschaftspflicht der kommunistischen Partei über die Entwicklung der Organisation sowohl gegenüber der "eigenen" Arbeiterklasse wie gegenüber der kommunistischen Weltbewegung.

Die Verstöße der TKP/ML(B) gegen diese leninistischen Normen der offenen und öffentlichen Debatte der Meinungsverschiedenheiten im innerparteilichen Kampf und in den Beziehungen zwischen Bruderorganisationen, die im folgenden nachgewiesen werden, sind daher Ausdruck des bürokratischen Konzepts der Führung der TKP/ML(B) für den Parteiaufbau und den innerparteilichen Kampf, Produkt der Vorstellung, die Parteilinie ohne ideologischen Kampf und Überzeugungsarbeit dekretieren zu können. Sie widersprechen auch der Leninschen Forderung nach schonungsloser Kritik und Selbtkritik und Rechenschaftspflicht der Partei des Proletariats.

Obzwar die 2.Parteikonferenz der TKP/ML(B) die "Gemeinsame Erklärung" mit GDS, MLPÖ und WBK "Es lebe die TKP/ML(B)" und damit auch die dort als maßgebliche Grundlage der weiteren Zusammenarbeit festgelegte Notwendigkeit "der offenen und öffentlichen Debatte und Kritik zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen in der Kommunistischen Weltbewegung" einstimmig bestätigte und sogar die zur Beschußfassung vorgelegten Dokumente, mit denen unter anderem auch eine Reglementierung des offenen ideologischen Kampfes durchgesetzt werden sollte, einstimmig verwarf, wurden vom ZK der TKP/ML(B) die ihm offenbar bereits in Fleisch und Blut übergegangenen bürokratisch-revisionistischen Vorstellungen weiter entwickelt und massiv ausgebaut. Die von der 2.Parteikonferenz verabschiedeten Richtlinien, mit denen die negative Entwicklung nur vorübergehend gestoppt werden konnte, wurden vom ZK der TKP/ML(B) wie Makulatur behandelt. Es wurde im Laufe der Entwicklung klar, daß hinter den bisherigen Halbheiten, Beschränkungen und Reglementierungen ein tiefverwurzeltes Konzept zur Verhinderung der öffentlichen Polemik über die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren Organisationen und die Streitfragen in der Partei steckte.

Das ZK der TKP/ML(B) entwarf einen "Plan" für die Diskussion der Widersprüche. Dieser lief zum einen darauf hinaus, die Generaldebatte über die grundlegenden ideologischen Meinungsverschiedenheiten künstlich einzuschränken, in ein Prokrustesbett einer ausgeklügelten bürokratischen Reglementierung zu zwängen und zum anderen die öffentliche Polemik bis zum faktischen Abschluß der parteiinternen Diskussion hinauszuschieben und sie erst dann nach zuzulassen.

So verschärften sich in einer ganzen Reihe prinzipieller Fragen die Differenzen zwischen der TKP/ML(B) und unseren Organisationen. Und jeder dieser Fragenkomplexe, seien es nun die Abweichungen in Richtung des großtürkischen Nationalismus oder das bürokratische Konzept für den Parteiaufbau oder andere Fragen, war schon für sich genommen eine ernsthafte Bedrohung für die Entwicklung der brüderlichen Beziehungen wie für den weiteren Entwicklungsweg der Partei überhaupt. In dieser Situation lehnte das ZK der TKP/ML(B) eine dringend gebotene allgemeine Diskussion, die keinen dieser grundlegenden Widersprüche aus-

klammert, ab und versuchte, einer Generaldebatte aus dem Weg zu gehen. Der Gegenstand der Auseinandersetzung, für den man sich überhaupt zu einer öffentlichen Diskussion bereit erklärte, sollte nämlich auf den 1. Mai 1982 und die damit zusammenhängenden Fragen beschränkt werden.

Doch damit nicht genug. Das ZK der TKP/ML(B) war keineswegs gewillt, nun wenigstens über diese Fragen eine lebendige Polemik zu führen, in der jede Seite ihre Standpunkte in der Presse und auf Versammlungen darlegt und durch Antwort und Gegenantwort eine in ihrer Entwicklung verfolgbare Auseinandersetzung stattfindet, in die sich jeder interessierte Revolutionär einschalten kann. Dem ZK der TKP/ML(B) schwebte vielmehr vor, zuerst die parteiinterne Diskussion zu Ende zu führen, seine Standpunkte ohne den "störenden" Einfluß einer öffentlichen Polemik durchzusetzen und der revolutionären Öffentlichkeit nur noch die feststehenden Ergebnisse vorzusetzen. So schrieb es:

"Unser Ziel ist es, ausgehend von Euren Kritiken, die ganze Partei in eine Analyse- und Diskussionsarbeit zu ziehen. Die Antworten müssen das natürliche Produkt gerade dieser Arbeit sein. Aus diesem Grund sind wir nicht dafür, 'Hin und Her' in der Presse zu machen. Das finden wir nicht richtig. Natürlich gibt es auch Probleme, bei denen wir diese Methode verwenden werden. Unser ZK hat die Aufgabe, in allen strittigen Fragen mit Euch, wo die Meinung unserer Partei feststeht, zu Euren Kritiken Stellung zu beziehen und auch öffentlich Polemik gegen Eure Kritiken zu führen. Das wird es auch machen. Aber in den Punkten, die in der ganzen Partei selbst Diskussionspunkte sind, ist es richtig, erst in der Partei zu diskutieren, bevor zu antworten."

("Brief des ZK der TKP/ML(B) an GDS", 25.9.82, zitiert nach GDS-Info 11/82, S.60)

Unter dem Vorwand, daß die ganze Partei in die Diskussion und die Erarbeitung eines Standpunktes zu den Kritiken der Bruderorganisationen einbezogen werden muß, wird also die öffentliche Debatte, das "Hin und Her" in der Presse abgelehnt. Mit Argumenten, die denen des 1.ZK der TKP/ML gegen die öffentliche Polemik mit den Bruderorganisationen wie ein faules Ei dem anderen ähneln, soll sie hinausgeschoben werden, bis die Meinung der Partei "feststeht", bis es also eigentlich nichts mehr zu diskutieren gibt.

An einer anderen Stelle wird noch krasser vor dem Beginn der öffentlichen Debatte die "Beendigung der Diskussion in der Partei" geplant, wenn das ZK der TKP/ML(B) schreibt, daß

"diese Veranstaltungen (in Arbeitervereinen, A.d.V.) nur dann sinnvoll sind, wenn erst in der Partei diskutiert worden ist. D.h. es war zugleich ein realistischer Plan für die Beendigung der Diskussion in der Partei."
(ebenda, S.61)

In "Bolshevik Partizan" wird dann schließlich erklärt, man sei, in einer Etappe,

"in der die Meinungen der Genossen noch nicht klar heraus-kristallisiert sind, und wer was sagt, noch nicht klar ist,

mit der breiten legalen Veröffentlichung der Dokumente nicht einverstanden."
 ("Bolshevik Partizan" Nr.3/4, Anhang)

Die öffentliche Debatte in Versammlungen und in der Presse sollte also erst erlaubt werden, wenn in der Partei diskutiert worden ist, was zugleich als "Beendigung der Diskussion in der Partei" geplant war. (Siehe dazu die ausführlichen Dokumente in GDS-Info 11/82, S.55-65.) (★)

In all diesen Passagen wird die Geisteshaltung des ZK der TKP/ML(B) deutlich:

8 Ihm ist der Gedanke zutiefst fremd, daß v o r einer Antwort der Partei auf Kritiken die lebendige öffentliche Debatte, die gegenseitige Kritik und Prüfung der Argumente, das "Hin und Her" in der Presse eine wertvolle Hilfe für die Diskussion in der Partei ist. Für das ZK der TKP/ML(B) sind dies alles eher unliebsame Störfaktoren bei der Durchsetzung seiner opportunistischen Standpunkte, ein "Risiko", das man besser nicht eingeht.

Man stelle sich vor, was dies angesichts des menschewistischen Schnekkentempos des ZK der TKP/ML(B) bedeutet und wozu es auch in der Praxis real geführt hat: Die Bruderorganisationen bringen auf der 2.Parteikonferenz, Anfang 1982, massive und umfangreiche Kritiken an der Linie der TKP/ML(B) zu Grundfragen der Revolution in der Türkei, des Parteiaufbaus, zu den ideologisch-politischen Grundfragen der TKP/ML(B) überhaupt vor, und über diese lebenswichtigen Fragen soll nun auf ungewisse Zeit nicht öffentlich in der Presse, auf Versammlungen etc. diskutiert werden können, weil sie - was selbstverständlich ist - Gegenstand der Diskussion in der Partei sind. Zu den grundsätzlichen Kritiken, die im Zusammenhang mit der 2.Parteikonferenz vorgetragen wurden, herrscht also Funkstille. Und die ersten öffentlichen Diskussionsveranstaltungen finden mehr aufgrund von Druck als aufgrund eigener Überzeugung ein dreiviertel Jahr nach der 2.Parteikonferenz statt und dann zum Thema des 1.Mai 1982 in Westdeutschland, wobei die grundlegenden Widersprüche, so weit es nur geht, ausgeklammert werden sollen.

(★) Nun stellt sich das ZK der TKP/ML(B) unverfroren hin und behauptet doch tatsächlich:

"Wir haben zu keiner Zeit und nirgends gesagt, eine öffentliche Debatte sei erst nach Abschluß der parteiinternen Diskussion zulässig."
 ("Brief des ZK der TKP/ML(B)", 20.12.1982)

Das wirft die Frage auf: Leidet das ZK der TKP/ML(B) an Gedächtnisschwund? Ist "Beendigung der Diskussion" etwas anderes als "nach Abschluß der parteiinternen Diskussion"? Oder ist nicht vielmehr tiefer Opportunismus die Wurzel?

Wenn dieses ursprünglich revisionistisch-bürokratische Konzept heute vom ZK der TKP/ML(B) von Fall zu Fall durchbrochen wird (es gibt ja auch kaum einen Beschuß des ZK der TKP/ML(B) aus der letzten Zeit, den es nicht wieder gebrochen hätte), dann nicht aus Überzeugung und in selbtkritischer Haltung, sondern nur unter dem Druck der revolutionären Öffentlichkeit.

Aber selbst diese verstümmelte Form der öffentlichen Debatte, die der Mentalität von Buchhaltern entspringt, die Posten für Posten abhaken und zu den Akten legen wollen, hält das ZK der TKP/ML(B) nicht für prinzipiell nötig, sondern sieht sie aufgrund "konkreter Erfordernisse" nur als "möglich" an:

"Je nach den konkreten Erfordernissen sehen wir es auch als möglich an, daß wir entweder kurz vor der Beschußfassung oder nachher eine öffentliche Propaganda-Diskussionsveranstaltung mit Vertretern von Euch, wo nicht nur diejenigen, die '...' (das interne Organ, A.d.V.) kriegen, sondern jeder, der Interesse hat, eingeladen wird, durchzuführen. Das kann auch als gemeinsame Veranstaltung mit Euch durchgeführt werden. So haben wir die Diskussion geplant. So sehen wir die Sache."

("Brief des ZK der TKP/ML(B) an GDS, 25.9.82, a.a.O., S.62)

Hier haben wir es wieder, das berühmte Wörtchen "konkret", die "konkreten Erfordernisse", die "konkreten" Bedingungen, die schon immer dafür herhalten mußten, um das Prinzip außer Kraft zu setzen und "von Fall zu Fall" festzulegen, was einem gerade ins bürokratische Konzept paßt. Auch eine gemeinsame Veranstaltung mit den Bruderorganisationen, die eigentlich bei einer Debatte über Widersprüche mit ihnen eine Selbstverständlichkeit sein müßte, wird gar nicht mehr angestrebt, sondern lediglich für denkbar gehalten. Doch dies kann schon gar nicht mehr wundern, wenn die öffentliche Debatte überhaupt nur noch als Möglichkeit in Erwägung gezogen wird.

Diese Möglichkeit stellt uns das ZK der TKP/ML(B) in Aussicht, aber bevor es dazu kommt, bleibt die Diskussion auf die Parteimitglieder und organisierten Sympathisanten beschränkt und werden auch nur diesem Kreis die Dokumente der Auseinandersetzung um den 1.Mai zugänglich gemacht. Es war geplant, diese Dokumente nur im internen Organ abzudrucken, und sie damit der revolutionären Öffentlichkeit vorzuenthalten.

Unter diesen Voraussetzungen ist dann natürlich auch die öffentliche Debatte am Schluß eine Angelegenheit pro forma, und das ZK der TKP/ML(B) kann scheinheilig die Frage stellen: "Bitte schön, Genossen, ist es denn unbedingt nötig, solch eine Diskussion zu führen, zu der auch Leute kommen, die nicht zu den Lesern des internen Organs gehören und die daher auch gar nicht wissen, worum es geht? Bleiben wir doch lieber unter uns.":

"Nach dieser Phase, nach den Diskussionen in den Zellen, haben wir vor, Diskussionsveranstaltungen mit Euch, mit Euren Vertretern durchzuführen. Bei diesen Diskussionsveranstaltungen werden von unserer Seite unsere Parteimitglieder und organisierten Sympathisanten teilnehmen, d.h. konkret der teilnehmende Kreis wird aus den Leuten bestehen, die '...' kriegen und imstande sind, der Diskussion zu folgen."
(ebenda)

Dieser Gedankengang des ZK der TKP/ML(B) ist wahrhaftig der Gipfel der Unverfrorenheit. Erst wird dafür gesorgt, daß die revolutionäre Öffentlichkeit, der sympathisierende Umkreis nicht einmal die Dokumente der Auseinandersetzung kennt, und dann erklärt: "Dieser Kreis ist ja gar nicht imstande, der Diskussion

zu 'folgen', also werden wir die öffentliche Debatte nur führen, wenn es 'konkret erforderlich' ist."

Hier wird auch deutlich, wie sich das ZK der TKP/ML(B) offenbar die Debatte mit den Bruderorganisationen selbst im Kreis der organisierten Genossen und wohl erst recht bei einer öffentlichen Versammlung vorstellt. Den Teilnehmern ist scheinbar nur die Rolle von bloßen Zuschauern zugeschrieben, die der Debatte "folgen", nicht aber sich einschalten und an der Auseinandersetzung beteiligen und dabei vielleicht etwa das ZK kritisieren.

Eine wirkliche Einschaltung der revolutionären Öffentlichkeit in die ideologische Debatte, wobei die Revolutionäre aus dem Umkreis der Partei sich bei voller Kenntnis der gegensätzlichen Standpunkte ihre Meinung bilden und diese vorbringen können, ist im Plan des ZK der TKP/ML(B) ja auch gar nicht vorgesehen, da der Öffentlichkeit, solange die Diskussion in der Partei noch nicht abgeschlossen ist und die Ergebnisse festgeschrieben sind, lediglich "über den Verlauf der Diskussion berichtet" werden soll (ebenda, S.62). Also kein "Hin und Her" in der Presse, kein lebendiger ideologischer Kampf, keine Einbeziehung in die Debatte, sondern Abspeisung der revolutionären Öffentlichkeit im Sinne einer "Chronik der Woche" mit "Berichten" über eine Auseinandersetzung, deren Dokumente noch nicht einmal bekannt sind.

Wie wenig das ZK der TKP/ML(B) zu begreifen imstande ist, worauf es uns bei unserem Beharren auf einer öffentlichen Polemik zwischen den Bruderorganisationen geht, zeigt seine Antwort, mit der unsere Kritik in dieser Frage zurückgewiesen wird:

"Außerdem sagen wir, daß die Feststellung(im Brief von GDS vom 9.11.82, A.d.V.), daß die geführte Parteidiskussion vor der revolutionären Öffentlichkeit fernhalten würde', eine Verleumdung ist; es ist eine beweisbare Tatsache, daß wir bei diesem Thema die revolutionäre Öffentlichkeit fortwährend informiert haben."

("Brief des ZK der TKP/ML(B)", 14.1.83)

Einmal abgesehen davon, daß von einer "fortwährenden Information" nicht die Rede sein kann, wiederholt das ZK der TKP/ML(B) gerade das, was wir ihm vorwerfen: Lediglich "Information" der revolutionären Öffentlichkeit, die dabei zudem noch durch systematische Vertuschung der Widersprüche über den ideologischen Kern der Auseinandersetzung hinweggetäuscht wurde, ü b e r eine Diskussion, in die sie aber unbedingt eingeschaltet und einbezogen werden muß.

Diese Scheu, diese Angst vor der Öffentlichkeit, all die Versuche, die offene und öffentliche Debatte über Fragen der Parteilinie zu hintertreiben oder gar rundheraus abzulehnen, all das ist fester Bestandteil und direkter Ausdruck des bürokratisch-revisionistischen Konzepts des ZK der TKP/ML(B). Bürokraten und Revisionisten sind, wie Lenin schon sagte, außerstande:

- ◆ "den frischen Wind in aller Öffentlichkeit geführter Diskussionen zu ertragen."
- ◆ (Lenin, "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", 1904, LW 7, S.284)

Mit seinem Plan, die öffentliche Polemik zu verschleppen, bis hinter verschlossenen Türen die Würfel gefallen sind, und sie somit zur Formsache zu degradieren, ist das ZK der TKP/ML(B) wieder bei dem ebenso bürokratischen und revisionistischen Konzept des 1.ZK der TKP/ML gelandet, die Diskussion über die Widersprüche "in den Grenzen (zu) halten..., in denen auch die Disziplin der Partei anerkannt wird" (siehe "Dokumente der Auseinandersetzung zwischen MLPÖ, WBK, GDS und der TKP/ML - 1978-1981", Internationale Informationen" Nr.11, S.42), um allen Unwägbarkeiten, die andernfalls bei der Durchsetzung seiner opportunistischen Standpunkte auftreten könnten, aus dem Weg zu gehen.

Doch wie das bei Opportunisten nun mal so ist, hält sich das ZK der TKP/ML(B) nicht einmal an seine eigenen Pläne und Vorsätze.

Das ZK der TKP/ML(B) ist dermaßen opportunistisch, daß es in der Praxis, überall dort, wo es glaubt, Vorteile daraus zu ziehen, von seinem e i g e n e n revisionistischen Konzept a b w e i c h t, "Ausnahmen" schafft bzw. ganz einfach entgegen seinen Worten handelt. Deshalb ist auch gar nichts darauf zu geben, wenn sich das ZK der TKP/ML(B) mittlerweile gezwungen sieht, etwa die Dokumente der 2.Parteikonferenz zu veröffentlichen und die Debatte in der Öffentlichkeit auch dann zu führen, wenn es das gemäß seinem eigenen "Plan" eigentlich gar nicht dürfte. Nimmt der ideologische Druck zu, so wirft das ZK der TKP/ML(B) überhaupt seine "Pläne" über den Haufen. Das ZK der TKP/ML(B) argumentiert für seine Beschußänderung in bezug auf seinen "Plan" der Debatte und der Beantwortung der Kritiken der Bruderorganisationen und seiner Veröffentlichungspraxis so:

"Unsere Partei befindet sich vor einer Spaltung. Eine winzige Minderheit in der Partei verbreitet über das ZK Demagogie, wie 'Das ZK verheimlicht die Dokumente vor der Öffentlichkeit' usw..."

In solch einer besonderen Situation den Beschuß unbedingt durchsetzen zu wollen, bedeutet vor der Wahrheit die Augen zu verschließen, und dieses bedeutet, auch denjenigen Schützenhilfe zu leisten, die im Namen des Parteiaufbaus den demokratischen Zentralismus ablehnen...

Es wird den Don Quichotten (die sich als Verteidiger des Marxismus-Leninismus verkaufen) die Möglichkeit geben, laut zu schreien, daß das 'ZK nicht einverstanden sei, mit den Bruderorganisationen zu diskutieren'. Aber wir wollen es. Wir können beweisen, daß das eine Demagogie ist, aber wir können nicht verhindern, daß durch diese Demagogie viele Menschen beeinflußt werden und sich von dem Kernpunkt der Diskussion ablenken lassen. Dies wird auch der Partei schaden." ("Rundbrief des ZK der TKP/ML(B) vom 23.11.82)

Hier zeigt sich deutlich die Anpassungssucht des Opportunismus, der nicht unabsehbar jenen Plan verfolgt, der für r i c h t i g befunden wird, sondern das, was "die Leute meinen". Faktisch gesteht das ZK der TKP/ML(B) ein, daß sein famoser "Plan der Debatte" eine bürokratische Ausgeburt ist, denn sonst hätte es ihn nicht ändern dürfen und hätte gegen die angebliche "Demagogie" beweisen müssen, warum er richtig ist. Das ZK der TKP/ML(B), das sich gewohnheitsgemäß von "Ausnahme zu Ausnahme" hangelt, beruft sich auf die "besondere Situation", um zu ver-

decken, daß es sein Mäntelchen nach dem Wind hängt. Das ist die opportunistische Reaktion des ZK der TKP/ML(B) auf den verschärften ideologischen Kampf, und das darf überhaupt nicht mit "beserer Einsicht" verwechselt werden, sondern geschieht lediglich zur Wahrung des Scheins. Das ist durchaus nichts Neues. Das hat zuvor auch das 2.ZK der TKP/ML getan, und d a m a l s schrieb die TKP/ML(B) ganz treffend, was heute auf sie selbst zutrifft:

"Die ZK-Fraktion war gezwungen, vor der Öffentlichkeit zu den Meinungsverschiedenheiten Stellung zu beziehen ... Die Methode der ZK-Fraktion besteht darin, prinzipielle Meinungsverschiedenheiten so lange wie möglich vor den Massen zu verheimlichen, im Trüben zu fischen und die Massen mit Agitation einzulullen."

("Dokumente zur Spaltung der Partei", II, S.4 und 6)

Doch auch dort, wo sich das ZK der TKP/ML(B) gezwungen sieht, öffentlich zu diskutieren, weicht es faktisch nicht von seiner antileninistischen Haltung zum ideologischen Kampf ab.

Das zeigten die skandalösen "öffentlichen" 1.Mai-Veranstaltungen im Dezember und Januar. Bei der Planung und Durchführung dieser "Mai-Debatten" wurde sichtbar: Statt wirklicher Absprache nur formales, unwirksames Einholen der Meinung der Bruderorganisationen, keine Absprache der Tagesordnung, keine Gleichberechtigung der Bruderorganisationen, antidemokratische Praxis der Debatte mit offener Manipulation der Rednerliste und Einführung eines "Proporzsystems", das jede Möglichkeit der Einschaltung der Arbeiter in die Debatte beseitigte, bürokratische Planung der Tagesordnung durch die Zergliederung der Debatte in fünfzehn Tagesordnungspunkte usw. usf. (Siehe im Detail dazu: "Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B)", IV, März 1983)

Kurz: Es zeigt sich, daß das ZK der TKP/ML(B), allen möglichen "besonderen Situationen" angepaßt, seinen revisionistischen Weg beharrlich weiterverfolgt und immer deutlicher in die Fußstapfen des revisionistischen 2.ZK der TKP/ML tritt.

Dieses ganze absurde Hin und Her in der Frage der öffentlichen Debatte hat seine tieferen Wurzeln nicht einfach in der Ablehnung der öffentlichen Debatte, sondern in der ganzen revisionistischen Auffassung vom Wesen der bolschewistischen Partei und ihrer Pflichten, sich wirklich als Partei der Klasse zu verhalten.

Die Notwendigkeit der öffentlichen Debatte in der kommunistischen Partei und in der kommunistischen Weltbewegung ergibt sich gerade daraus, daß die kommunistische Partei bei strengster Disziplin und unbedingter Durchführung der Beschlüsse gleichzeitig grundlegend demokratisch, durchsichtig, ehrlich in bezug auf Schwächen und innere Widersprüche der Arbeiterklasse gegenüberstehen muß, um in jeder Hinsicht Autorität und wirkliches Vertrauen der Arbeiter zu erlangen.

